

# NACHRICHTEN

20. APR 1977  
Freie Universität Berlin  
BIBLIOTHEK I

## ZUR WIRTSCHAFTS-UND SOZIALPOLITIK

**GEWERKSCHAFTS-SPIEGEL • INFORMATIONEN UND KOMMENTARE**

Frankfurt/M., April 1977

Einzelpreis 3,— DM

XVII. Jahrgang

**D 3476 EX**

# 4/77

### Aus dem Inhalt:

Bundesrepublik auf dem Weg zum Polizei- und Schnüffelstaat	2
IG Chemie-Papier-Keramik fordert um 9 Prozent	5
Welche Forderungsform ist die beste?	6
Daten zur Wirtschaftsentwicklung	9
DGB zum 1. Mai: „Gemeinsam erreichen wir mehr!“	10
IG-Metall-Angestelltenkonferenz fordert 32-Stunden-Woche	11

Aktionsprogramm der IG Druck und Papier	
Frauenkonferenzen mit wichtigen Beschlüssen	
2. Europäische Gewerkschaftskonferenz	
Kommuniqué	
Auszüge aus Reden von Vetter und Tisch	13–20

Vor IGM-Bundesjugendkonferenz: Probleme werden immer mehr	
Interview mit IG-Metall-Jugendfunktionären	22
Berufsverbote im Betrieb — Zusammenarbeit der Schnüffler	25
Etablierte Parteien sind sich einig: Bevölkerung soll geschröpft werden	26
Europas Gewerkschafter wollen die Zusammenarbeit fortsetzen	28
Türkischer Gewerkschaftsbund DISK für gute Beziehungen zum DGB	
Interview mit Mehmet Karaca, DISK-Generalsekretär	30

**D**er 1. Mai 1977 fällt in der Bundesrepublik — wie auch in anderen kapitalistischen Ländern — in eine sozial-, wirtschafts- und gesellschaftspolitisch zugespitzte Situation. Wenn nicht umgehend wirksame Maßnahmen zur Überwindung der Arbeitslosigkeit ergriffen werden, befürchten die Gewerkschaften einen Anstieg der Massenarbeitslosigkeit auf 2 bis 3 Millionen. Die Konjunktur kommt nicht recht in Schwung. Und die Praktik der Bundesregierung, mit Steuererhöhungen, Abbau des Systems der sozialen Sicherung und des Bildungswesens die Verursacher der Krise, die Konzerne und Kapitaleigner, von den Folgen freizuhalten, bringt der arbeitenden Bevölkerung immer neue Lasten. Auf die zunehmende Unzufriedenheit in der Arbeiterschaft reagieren die Herrschenden mit dem Ausbau eines gigantischen Überwachungssystems. Landauf, landab werden Menschenrechte verletzt, mißachtet.

Der Deutsche Gewerkschaftsbund hat zum 1. Mai, dem internationalen Kampftag der Arbeiterschaft, die Losung ausgegeben: „Arbeiter, Angestellte, Beamte — Gemeinsam erreichen wir mehr“. Diese Aufforderung, sich den Problemen und Aufgaben gemeinsam zu stellen, entspricht der Notwendigkeit, daß alle Gruppen der arbeitenden Bevölkerung solidarisch zusammenstehen bei der Verteidigung des in vielen Jahrzehnten erkämpften sozialen und gesellschaftlichen Standards. Als 1969 die politische Linke warnte, daß mit der Übernahme der Regierungsverantwortung durch die SPD nur ein Regierungswechsel, aber kein Machtwechsel stattgefunden habe, weil die Vormacht des Kapitals mit allen ihren

Konsequenzen bestehen bleibe, da klang das auch für manchen Gewerkschafter nach miesmachender Prophetie. Heute ist diese These durch die Ereignisse längst bestätigt, und die Gewerkschaften haben die Erfahrung machen müssen, daß sie auch unter einer sozial-liberalen Regierung kämpfen müssen, wenn sich die Dinge nach vorn bewegen sollen. Die Gewerkschaften haben mit Erfolg gekämpft. Aber das alles steht auf dem Spiel, wenn sie nicht entschlossen ihre 7,4 Millionen Mitglieder und die gesamte Arbeiterschaft für die Verteidigung des Erreichten und den Kampf für weiteren sozialen, gesellschaftlichen Fortschritt mobilisieren.

„Gemeinsam erreichen wir mehr“ — gemeinsam wofür und wogegen? Im Zentrum aller gewerkschaftlichen Anstrengungen steht ohne Zweifel der Kampf für das Recht auf Arbeit und Berufsausbildung. Ebenso engagieren sich die Gewerkschaften — und in diesem Zeichen werden gewiß die Demonstrationen und Kundgebungen am 1. Mai stehen — für wirksame Mitbestimmung, gegen Sozialabbau, für Verteidigung und Verbesserung der Realeinkommen, Kürzung der Rüstungslasten, gegen Berufsverbote und Knüppeldemokratie. Der Verletzung und Mißachtung der Menschenrechte in allen ihren Erscheinungsformen muß in unserem Lande endlich Einhalt geboten werden. Es ist das Anliegen gerade der Gewerkschaften seit ihrem Bestehen, die Würde des arbeitenden Menschen zu verteidigen und mit Nachdruck seine berechtigten Forderungen zu vertreten und dabei internationale Solidarität zu praktizieren. Am 1. Mai gilt es, den Herrschenden die Stärke der Arbeitenden zu demonstrieren.

gs



## Bundesrepublik auf dem Weg zum Polizei- und Schnüffelstaat

Seit dem Bespitzelungsskandal, den man den Fall Traube nennt, haben endlich auch die bürgerlichen Meinungsmedien ein „Neuland“ entdeckt, auf das Kommunisten und andere Linke schon seit vielen Jahren verweisen: den Sumpf von Überwachung, Bespitzelung und Verfassungsbruch in der Bundesrepublik. Immer neue Fälle, in die vor allem der Geheimdienst mit dem irreführenden Namen „Verfassungsschutz“ verwickelt ist, werden ans Licht gezogen. Und es drängt sich zwingend der Gedanke auf, daß es genau diejenigen sind, die in sozialistischen Ländern nach angeblichen Menschenrechtsverletzungen suchen, die bei uns im Lande die Verletzung der Menschenrechte zur täglichen Praxis gemacht haben.

Es ist darum begrüßenswert und mutig, wenn sich Mitte März in Bonn ein Initiativkreis von Persönlichkeiten mit einer „Deklaration zur Verwirklichung der Menschenrechte in der Bundesrepublik Deutschland“ an die bundesdeutsche und internationale Öffentlichkeit wandte. „Wo sich zwischen Grundgesetzauftrag und Verfassungswirklichkeit Abgründe auftun, dort ist es an der Zeit, Inhalt und Werte der Menschenrechte zu definieren“, heißt es in der Deklaration.

Realistisch werden die – oft millionenfachen – Verstöße und Verweigerungen von Menschenrechten genannt: Weit mehr als einer Million Menschen wird das elementarste und allerwichtigste Menschenrecht auf Arbeit verweigert; für 300 000 Jugendliche ist das Menschenrecht auf Berufsausbildung leeres Geschwätz; die Gleichberechtigung der Frau steht fast nur auf dem Papier; die ausländischen Arbeiter werden würdelos behandelt; 800 000 Gesinnungsüberprüfungen und 3000 Berufsverbote verhöhnen das Menschenrecht auf freie Wahl des Berufes und freien Zugang zu jedem öffentlichen Amt; Meinungsmanipulation, Völkerei, Rassismus und Antikommunismus tun ein übriges bei der organisierten Verweigerung elementarer Menschenrechte durch Staatsorgane und Unternehmerschaft.

Während sich Illustrierte und andere bürgerliche Meinungsmedien nur die sensationsträchtigen „Prominentenfälle“ herauspicken und profitabel vermarkten, sind in Wirklichkeit Zehntausende von Kommunisten, linken Sozialdemokraten, Jusos, Gewerkschaftern, Betriebsräten, kritischen Künstlern und Wissenschaftlern, Journalisten usw. von systematischer Überwachung erfaßt. Für sie ist das grundgesetzlich garantierte Post- und Telefongehheimnis oder das Recht auf eine andere Meinung als die staatlich-offizielle nicht das Papier wert, auf dem es steht. Langsam, aber sicher breitet sich in der Bundesrepublik eine Atmosphäre aus, die dem Carthyismus der 50er

Jahre in den USA ähnelt, was seinerzeit Thomas Mann, Charly Chaplin und viele andere veranlaßte, das Musterland des „freien Westens“ zu verlassen.

Aber nicht nur Berufsverbote und die anderen genannten polizeistaatlichen Praktiken machen das Ausmaß eines bedrohlichen Rechtstrends unter sozialdemokratischer Regierungsverantwortung sichtbar. Spätestens seit den Ereignissen um Brokdorf, Grohnde und andere Kernkraftwerksbauplätze ist einer breiten Öffentlichkeit klarer geworden, mit welcher Verbissenheit hierzulande die Staatsmacht private Konzerninteressen durchpaukt und die Verschmelzung von Staats- und Kapitalgewalt zur Minderheitsmacht gegen demokratischen Mehrheitswillen bereits gediehen ist. Und was die Brutalisierung der Staatsmacht gegenüber dem Bürger betrifft: Immer häufiger, ja fast täglich, werden in irgendeiner Stadt der Bundesrepublik flüchtige kleine Kriminelle oder auch nur Verdächtige per Polizeipistole – „Todesschuß“ – auf der Straße exekutiert. Das findet sich dann als „tragischer Irrtum“ nur in der Lokalpresse wieder.

Die Menschenrechte werden bei uns täglich mißachtet! Dabei ist der riesengroße Bereich der Drangsalierungen und Entwürdigungen in den Betrieben noch gar nicht angesprochen. „Niemand vermag zu sagen, wie viele Bundesbürger jährlich ihren Arbeitsplatz verlieren, nur weil sie „sicherheitsdienstlich auffällig“ geworden sind. Weil irgendeiner sie denunziert hat. Offen, über drei Ecken, oder anonym.“ Das schrieb am 11. März die „Welt der Arbeit“ als Resümee des Falles Traube, der „winzigen Spitze“ eines Eisbergs.

Angesichts einer derartigen Entwicklung kann sich für die Gewerkschaften, den DGB, die Frage stellen, ob eine Situation herangereift ist, in der sie von ihrer satzungsmäßigen Verpflichtung zur Verteidigung der demokratischen Grundrechte Gebrauch machen müßten. Gerd Siebert

## Zwei Aktionsprogramme

Im vergangenen Monat sind zwei gewerkschaftliche Programme vorgelegt worden: das „Aktionsprogramm der IG Druck und Papier zur aktuellen Situation in der Druckindustrie“ (Wortlaut siehe Einhefter S. 13) und das „Aktionspapier zur Bekämpfung der Jugendarbeitslosigkeit“ (erscheint im Einhefter der Mai-Ausgabe). Letzteres hat der DGB-Bundesjugendausschuß für die weitere Diskussion innerhalb der Gewerkschaftsjugend wie im Bereich der Gesamtorganisation des DGB in einem Sonderheft der „Solidarität“ veröffentlicht. Zugleich sollen die Forderungen eine Anleitung zum Handeln sein.

Während im Programm der IG Druck und Papier umfassend wichtige aktuelle Forderungen aufgegriffen werden, beschränkt sich das der Gewerkschaftsjugend auf den gesellschaftlichen Skandal der Jugendarbeitslosigkeit. Beide Programme stellen auch für die vorgesehene Diskussion über ein neues DGB-Grundsatz- und Aktionsprogramm eine wertvolle Bereicherung dar.

Angesichts der andauernden Massenarbeitslosigkeit, insbesondere der Jugendarbeitslosigkeit, sind klare gewerkschaftliche Aufgabenstellungen dringend erforderlich. Um so weniger ist es verständlich, daß der DGB-Bundesvorstand die Erarbeitung eines Entwurfs für ein neues DGB-Grundsatz- und Aktionsprogramm unter Ausschuß der Mitgliedschaft in einer internen Spitzendiskussion vornimmt. Positiv zu werten ist jedoch, daß jetzt offensichtlich beim DGB-Bundesvorstand die Erkenntnis Platz greift, zur Überwindung der Arbeitslosigkeit muß der Kampf um die Verwirklichung des Rechts auf Arbeit eine zentrale Rolle spielen. Recht auf Arbeit ist ein elementares Menschenrecht, was jedoch nur gegen den erbitterten Widerstand der Unternehmer und ihrer politischen Freunde in der Regierung durchgesetzt werden kann.

Auf einer Funktionärskonferenz des DGB-Kreises Wolfsburg nannte der DGB-Vorsitzende Heinz-Oskar Vetter die „Verkürzung der Arbeitszeit... um die Arbeitsplätze zu erhalten“, eine vorrangige Aufgabe der Tarifpolitik. Hatte Kritik übt er an der von der Bundesregierung geplanten Senkung der Vermögens- und Gewerbesteuer. Durch diese „Geschenke an die Unternehmer“ würden ihre Gewinne überproportional begünstigt. Wörtlich führte Vetter aus: „Wann begreift man eigentlich, daß die bis zur Bewußtlosigkeit wiederholte Formel „mehr Gewinne gleich mehr Investitionen gleich mehr Arbeitsplätze“ durch die Tatsachen widerlegt und heute kaum noch mehr ist als Gesundbetelei.“ Zugleich wieder-

## Zusammenarbeit in Europa

Fragen der Verbesserung der Arbeitsumwelt und die gewerkschaftliche Arbeiterbildung waren die Themen einer gemeinsamen Konferenz der Gewerkschaften Europas am 5. und 6. März 1977 in Genf. Dieses gewerkschaftspolitisch herausragende Ereignis führte die Vorsitzenden, Generalsekretäre und Präsidenten von 42 nationalen Gewerkschaftsverbänden aus 28 europäischen Ländern zusammen. Der DGB-Vorsitzende Vetter, der britische TUC-Präsident Murray oder der norwegische LO-Vorsitzende Aspengren gehörten ebenso dazu wie der FDGB-Vorsitzende der DDR, Tisch, der Vorsitzende der sowjetischen Gewerkschaften, Schibajew, der Vorsitzende der französischen CGT, Seguy, oder Hoffmann, Vorsitzender des CSSR-Gewerkschaftsverbandes.

In einem einstimmig verabschiedeten Kommuniqué stellen die europäischen Gewerkschaftsführer fest, „daß ein regelmäßiger Gedankenaustausch zwischen allen Gewerkschaftsverbänden in Europa über Probleme, die die arbeitenden Menschen berühren, nützlich und erwünscht ist“. Nachdem die erste Konferenz dieser Art 1975 stattgefunden hatte, gab dieses zweite Treffen die Empfehlung, „die Möglichkeit einer weiteren Konferenz Anfang 1979 in Erwägung zu ziehen“.

NACHRICHTEN waren bis Redaktionsschluß dieser Ausgabe die einzige Zeitung, die ausführlich – und überhaupt – über dieses wichtige Ereignis berichtet. Auch das DGB-Organ „Welt der Arbeit“ und die übrige Gewerkschaftspresse hatten noch keinen Ton verlauten lassen. (Siehe Seiten 18–20) G. S.

holte er seine These, daß sich die „soziale Marktwirtschaft“ in Frage stellt.

Die als „soziale Marktwirtschaft“ deklarierte kapitalistische Profitwirtschaft in Frage zu stellen, ist sicher ein richtiger Ausgangspunkt auch für das neue DGB-Programm. Allerdings reicht das allein nicht aus, vielmehr kann es eine menschenwürdige Gesellschaft ohne Arbeitslosigkeit und ohne Ausbildungsnotstand für die Jugend nur geben, wenn grundlegende demokratische Reformen anvisiert und verwirklicht werden. Jene Ziele, unter denen der DGB nach dem 2. Weltkrieg angetreten ist – umfassende Mitbestimmung, Überführung von markt- und wirtschaftsbeherrschenden Unternehmen in Gemeineigentum und demokratische Planung – sind heute aktueller denn je. Diese Erkenntnis wird den Millionen Gewerkschaftern in dem Maße bewußt, wie man daran geht, aktiv für die Verwirklichung zu kämpfen. W. P.

## Arbeiterseminar '77 Sozialpolitik

Für das zum 23. und 24. April nach Frankfurt einberufene Arbeiterseminar '77 liegen beim Veranstalter zahlreiche Anmeldungen vor. Das unterstreicht die Aktualität des Themas: „Sozialpolitik in der Krise – Sicherung und Ausbau sozialer Rechte und Leistungen“. In den vom Referenten des Arbeiterseminars Arthur Böppe, Mitherausgeber der NACHRICHTEN, vorgelegten Entwurf der Thesen wird zum Ausdruck gebracht, daß der Angriff auf die sozialen Leistungen Bestandteil einer umfassenden strategischen Konzeption der Unternehmer und der Bundesregierung sei, um die Verteilungsverhältnisse grundlegend zugunsten der Unternehmer zu verändern. In der Mai-Ausgabe werden wir die Thesen und einen Bericht über das Arbeiterseminar '77 veröffentlichen.

## GLOSSE

### Rotgefärbte Heidi

Der Jungsozialistenkongreß am 19. März in Hamburg brachte endlich des Rätsels Lösung: Nannte man die „rote Heidi“ Wicczorek-Zeul, die bisherige Juso-Chefin, so wegen ihrer rotgefärbten Haare oder wegen roter Gesinnung? Die roten Haare konnte jeder sehen. Aber es gab auch Leute, die schwuren auf rote Gesinnung.

Doch Rätsel sind dazu da, daß sie gelöst werden, obgleich manches Rätsel am schönsten ist, solange man daran rätselt. Zu seiner Lösung bedurfte dieses Rätsel jedoch erst eines Klaus-Uwe Benneter. Dieser neue Juso-Vorsitzende wurde mit knapper Mehrheit gewählt. Seitdem spricht man wieder von „Stamokap“, was soviel wie staatsmonopolkapitalistischer Kapitalismus heißt. Und das wiederum bedeutet, daß Staatsorgane und Monopole soweit miteinander verschmolzen sind, daß der Staat zuallererst immer die Monopolinteressen durchsetzt (übrigens: siehe Kernkraftwerke).

Also besagter Benneter soll Anhänger dieser Auffassung sein. Grund genug, um rechte Sozialdemokraten wie Schmidt, Wehner, Brandt und andere zu verschrecken. Und dann hat er noch die Verstaatlichung der Schlüsselindustrien und punktuelle Zusammenarbeit mit der DKP gefordert, dieser Benneter. Daraufhin hat ihm die rote Heidi zu seiner Wahl demonstrativ nicht gratuliert. Somit ist das Rätsel gelöst. Man nannte sie so wegen der rotgefärbten Haare. okulus

## Hessen-Wahl

Der Ausgang der Kommunalwahlen am 20. März in Hessen gibt zu berechtigter Sorge Anlaß. Die CDU, angeführt vom Strauß-Intimus und Rechtsaußen Dregger, konnte erhebliche Stimmengewinne verbuchen. In Frankfurt sowie in anderen Städten und Gemeinden ist erstmalig nach 1945 eine Partei zur stärksten geworden, die offen Unternehmerinteressen vertritt.

Erleichtert wurde der Wahlerfolg der CDU durch die Politik der sozialdemokratisch geführten Bundes- und Landesregierung, die die Krisenlasten auf die Arbeiter, Angestellten und ihre Familien abwälzen. Besonders der Bruch gerade gegebener Versprechen – das Gerangel um die Renten –, und der Mitbestimmungskompromiß führten dazu, daß viele Gewerkschafter, enttäuscht von der SPD, den Wahlen fernblieben. Bildungsmisere, gegen den Willen der Bevölkerung durchgeführte Gebietsreform und Skandale taten ein übriges. Die DKP, die Stimmengewinne erzielte, konnte die Zahl ihrer Mandate erhöhen. Und das nicht nur in Marburg.

In Frankfurt hatte der DGB vor der Kommunalwahl Prüfsteine herausgegeben. Sie fordern ein besseres Bildungssystem, sichere Arbeits- und qualifizierte Ausbildungsplätze sowie einen attraktiven Nahverkehr mit niedrigen Fahrpreisen. Auch die CDU stimmte ihnen seinerzeit auf einer Veranstaltung im Gewerkschaftshaus im großen und ganzen zu. Das jedoch, was jetzt aus CDU-Kreisen zu hören ist, klingt anders. Die Gewerkschafter werden also anpassen müssen, daß ihnen nicht noch mehr das Fell über die Ohren gezogen wird.

In einer am 28. März veröffentlichten Presseerklärung machte der hessische ÖTV-Vorsitzende Heinz Wolf deutlich, daß sich seine Gewerkschaft mit jedem Versuch politisch auseinanderzusetzen werde, der eine negative Veränderung von „Arbeitnehmerrechten und seit vielen Jahren bestehende Zuständigkeiten“ zum Inhalt habe. Das gleiche gelte selbstverständlich auch für die zum Teil bereits angekündigte Beschränkung von Aufgabenbereichen, die Privatisierung kommunaler Einrichtungen sowie die Verminderung der Belegschaften.

Wie Heinz Wolf weiter sagte, sei die ÖTV nicht ohne Verständnis, wenn die CDU dort, wo sie Mehrheit erlangt habe, einen Wechsel in bestimmten Führungspositionen anstrebe. Sie werde jedoch als Vertreterin der Beschäftigten im öffentlichen Dienst gemeinsam mit den zuständigen Personalvertretungen entschiedenen Widerstand leisten, wenn etwa ein Personalaustausch auf weiteren verantwortlichen Dienstposten geplant werde, für den es keine sachliche Notwendigkeit gibt. G. M.

## Rekordleistungsanstieg bei Textil: GTB-Forderungen mehr als berechtigt

Die rund 342 000 Arbeiter und Angestellten der Textilindustrie, deren Tarife zusammen mit den über 270 000 Beschäftigten der Bekleidungsindustrie fristgemäß zum 30. April 1977 gekündigt worden sind, stehen am Beginn der Tarifbewegung. In den vergangenen zwei Monaten haben sich die Tarifkommissionen der Gewerkschaft Textil-Bekleidung (GTB) auf örtlicher und bezirklicher Ebene mit der Situation in der Textilindustrie befaßt und unter Berücksichtigung der Lage der Arbeiter und Angestellten ihre tarifpolitischen Entscheidungen getroffen.

Bei diesem Prozeß der Meinungs- und Willensbildung der Gewerkschaftsmitglieder über die Forderungshöhe haben zweifellos Überlegungen eine Rolle gespielt, die GTB-Vorsitzender Karl Buschmann in der Nr. 1/77 der Zeitung seiner Gewerkschaft „einigkeit“ folgendermaßen formulierte: „Der Konjunkturaufschwung wird jedoch nur dann nachhaltig gesichert werden können, wenn er auch von der Konsumenten-nachfrage abgestützt wird. Die Erfahrungen des letzten Jahres haben deutlich gezeigt, daß eine Begünstigung der Unternehmergewinne allein nicht ausreicht, um die Unternehmer zu höheren Investitionen zu veranlassen, durch die allein die Konjunkturbelebung sichergestellt werden könnte. Die einfache Formel: Höhere Unternehmergewinne führen automatisch zu höheren Investitionen und zu einer höheren Beschäftigung hat sich als unzutreffend erwiesen. Deshalb wird die Tarifpolitik der Gewerkschaften im kommenden Jahr darauf gerichtet sein müssen, die Realeinkommen der Arbeitnehmer in einem angemessenen Umfang zu erhöhen.“

Es ist daher nur zu verständlich, daß im Vordergrund der diesjährigen Tarifrunde das Bemühen um eine spürbare Erhöhung der Einkommen steht und, bedingt durch gesteigertes Arbeitstempo und Arbeitsleistung, eine Verkürzung der Jahresarbeitszeit durch Urlaubsverlängerung gefordert wird. Hauptvorstand und Beirat der GTB haben — wie NACHRICHTEN kurz melde-ten — entsprechend den Anträgen der bezirklichen Tarifkommissionen beschlossen, eine Einkommensverbesserung von 8,2 Prozent sowie eine Urlaubsverlängerung um zwei Tage anzustreben. Diese Gesamtforderung im Volumen von 9 Prozent ist zwar sehr maßvoll, entspricht aber im wesentlichen dem Willen der Gewerkschaftsmitglieder.

Erste Äußerungen von Textilunternehmern zeigen, daß die von dieser Seite seit Jahrzehnten beliebte Langspielplatte von der „Überzogenheit der Forderungen“ und der „schwierigen Situation“ wieder auf den Drehteller der

Meinungsmanipulation gelegt wird. Daher lohnt es sich, die wirtschaftliche Lage der Textilindustrie zu untersuchen. Quellen des Statistischen Bundesamtes und Berechnungen der GTB zufolge hat von Januar bis November 1976, gemessen am gleichen Vorjahreszeitraum, eine unwahrscheinliche Produktionssteigerung in der Textilindustrie stattgefunden. Das wird am deutlichsten sichtbar, wenn man entsprechende Vergleichszahlen der Gesamtindustrie hinzuzieht.

Während in der Gesamtindustrie die Produktion arbeitstäglich um 6,9 Prozent stieg, erhöhte sie sich in der Textilindustrie mit einer um 4,5 Prozent reduzierten Beschäftigtenzahl um 9,3 Prozent. Pro Arbeitstag betrug die Steigerung in der Gesamtindustrie 6,8 Prozent gegenüber 9,7 Prozent in der Textilindustrie. Eine absolute Spitzenleistung aber wurde in der Produktion pro Beschäftigter erzielt. Brachte es schon die Gesamtindustrie auf eine Glanzleistung von 9,8 Prozent, so stellte das die Textilindustrie mit einer Rekordleistungssteigerung von 14,4 Prozent in den Schatten.

Auf eine Kurzformel gebracht heißt das: Immer weniger Beschäftigte erbringen eine immer höhere Arbeitsleistung. Diese Tatsache kann jeder Textilarbeiter aus eigenem Erleben nachdrücklich bestätigen. Da die Löhne und Gehälter in der Textilindustrie viel weniger zunehmen als die Produktionsleistung, sanken sowohl die Lohnstückkosten als auch der Anteil der Löhne und Gehälter am Umsatz um jeweils 4,3 Prozent. Somit brachte das Jahr 1976 den Textilunternehmern eine wesentliche Gewinnsteigerung.

Die berechtigten Forderungen der Textilarbeiter sind zwischenzeitlich durch die GTB-Bezirksleitung den zuständigen Unternehmerverbänden mitgeteilt worden. Bis Redaktionsschluß haben bereits Verhandlungen stattgefunden, allerdings ohne Erfolg. Es deutet sich aber an, daß den gewerkschaftlichen Tarif- bzw. Verhandlungskommissionen eine Periode zähflüssiger schwieriger Verhandlungen bevorsteht.

Peter Tümmers

## Lohnrunde ohne Ergebnis

Auf den 4. und 5. April verlagte wurde die Schlichtungsverhandlung über Lohnerhöhungen für mehr als eine Million Bauarbeiter, nachdem sie am 23. März zu keinem Ergebnis geführt hatte. Die Unternehmer hatten in dieser Verhandlung ihr herausforderndes erstes Angebot von 4 Prozent auf nur 5,5 Prozent erhöht. Auch diese Ziffer wurde von der Verhandlungskommission der IG Bau-Steine-Erden unter Führung des Gewerkschaftsvorsitzenden Rudolf Sperner abgelehnt.

Die IG Bau fordert Lohnerhöhungen von 8,5 Prozent, die Anhebung eines 13. Monatseinkommens auf 60 Stundenlöhne und die Verbesserung der Lohnrelation für „qualifizierte Facharbeit“. Diese Forderung wird von den Bauarbeitern als außerordentlich dürftig empfunden, denn die vorausgegangene Diskussion in der Gewerkschaft über die Forderungshöhe hatte Erwartungen von 9 bis 15 Prozent erbracht.

Nachdem die Tarifrunde 1976 mit einer Lohnanhebung von nur 5,4 Prozent das Absinken des Reallohns nicht verhindert hatte, wollen die Bauarbeiter sich diesmal nicht wieder so dürftig abspiesen lassen. Zum erstenmal seit Jahren gelingt es dem Gewerkschaftsvorstand nicht, einen schnellen Abschluß am „grünen Tisch“ zu erzielen. Dieser wäre ganz offensichtlich nur in einer Größenordnung zu haben, die von den Bauarbeitern nicht akzeptiert würde.

In einer Reihe von Großversammlungen mit Funktionären und Mitgliedern der IG Bau-Steine-Erden, an der insgesamt über 10 000 Gewerkschafter teilnahmen, versicherte sich der Vorstand der Solidarität der Bauarbeiter. Beifall bekam Sperner, wenn er forderte, daß die Beschäftigten des Baugewerbes bei den Effektivlohn wieder auf die vordersten Plätze gelangen müßten. Auf dem Bezirksverbandstag der IG Bau-Steine-Erden in Dortmund erklärte Vorstandsmitglied Kurt Herforth: „Nur mit Härte können wir die Forderungen durchkämpfen.“

Diese Einschätzung ist zweifellos richtig, denn die Bauunternehmer spekulieren auf die durch die Vernichtung von rund 400 000 Arbeitsplätzen erfolgte Verunsicherung im Baugewerbe. Aber gerade diese Entwicklung hat mit dazu beigetragen, daß die Produktivität pro Kopf der Beschäftigten auch in dieser Branche um 6,5 Prozent gestiegen ist. Dies sowie die Entwicklung der Preise, Lohnsteuern und Sozialabgaben machen die volle Durchsetzung der beschlossenen Forderungen unabdingbar, wenn der Lebensstandard der Bauarbeiter nicht noch weiter absinken soll.

Sb.

## IG Papier-Chemie-Keramik fordert um 9 Prozent

Die diesjährige Tarifrunde für die mehr als 600 000 Arbeiter und Angestellten der chemischen Industrie hat begonnen. Die großen Tarifkommissionen von Nordrhein, Rheinland-Pfalz und Hessen haben bereits ihre Forderungen beschlossen. Auch der Bezirk Westfalen, dessen Tarifvertrag zugleich mit Baden-Württemberg, Westberlin und den norddeutschen Tarifbereichen erst einen Monat später, zum 30. April, ausläuft, hat seine Forderungen vorgelegt. Zum 31. Mai werden noch die Tarifverträge für Bayern und Saarland gekündigt.

In Hessen forderte die Tarifkommission für die rund 100 000 Beschäftigten eine Lohn- und Gehaltserhöhung von 9,5 Prozent mit einer Laufzeit von 12 Monaten ab 1. April 1977. Für die Auszubildenden wird eine Angleichung vom 1. an das 2. Ausbildungsjahr und auf die so veränderte Staffel ein einheitlicher Betrag von 60 DM gefordert. Die hessische Tarifkommission ist über die Empfehlung des geschäftsführenden Hauptvorstandes und der Bezirksleiter der IG Chemie-Papier-Keramik hinausgegangen. Diese sah vor, daß die Forderung „um neun Prozent“ liegen sollte, wobei die Interpretation dieser Empfehlung eindeutig bei 9 Prozent lag.

In Nordrhein wurde eine Erhöhung der Löhne und Gehälter um 8,5 Prozent gefordert, und zwar für die Endgehälter der Gehaltsgruppen K/T/M und der Lohngruppen 1 bis 3. Für die Lohngruppen 4 bis 6 sollen die Löhne der über 18 Jahre alten Arbeiter um den Festbetrag je Stunde erhöht werden, der sich aus einer 8,5prozentigen Erhöhung des Endgehaltes von T 2 bis T 4 ergibt. Die Löhne der höheren Lohngruppen sollen folglich stärker steigen als die der unteren. Da nach Auffassung der Gewerkschaften hier vergleichbare Tätigkeiten mit Angestellten vorliegen, soll durch die Erhöhung in gleichen Geldbeträgen die Schere in der Tarifentlohnung nicht noch weiter auseinandergehen. Die Erhöhung der Ausbildungsvergütung soll im 1. und 2. Ausbildungsjahr 70 DM und im 3. und 4. Ausbildungsjahr 60 DM betragen.

Rheinland-Pfalz fordert eine Erhöhung der Löhne und Gehälter um 9,5 Prozent. In diesem Tarifbereich sollen die Facharbeiter im Zeitlohn (Lohngruppe 4 und 5) eine Zulage von 10 Pfennig je Stunde erhalten. Die Ausbildungsvergütungen sollen um 70 DM erhöht werden.

In Westfalen sollen die Löhne und Gehälter um 9 Prozent steigen. Auch hier sollen wie in Nordrhein und Rheinland-Pfalz die Löhne der Facharbeiter schrittweise an vergleichbare Gehälter der technischen Angestellten herangeführt werden.

Wie wir bereits in Nr. 3/1977 der NACHRICHTEN nachwiesen, befindet

sich die chemische Industrie in einer ausgezeichneten Gewinnsituation. So konnten die drei Chemieriesen ihre ausgewiesenen Gewinne im Geschäftsjahr 1976 gegenüber dem Vorjahr beträchtlich steigern, Hoechst um 60,7 Prozent, BASF um 100 Prozent und Bayer um 153,2 Prozent. Aus diesem Grunde werden die Chemieunternehmen in der diesjährigen Lohn- und Gehaltsrunde, so Egon Schäfer, hessischer Bezirksleiter der IG Chemie-Papier-Keramik, „nicht mit der schlechten wirtschaftlichen Lage der chemischen Industrie tiefstapeln können“. Hans Wulf, Bezirksleiter in Westfalen, will eine reale Einkommenssteigerung, da es ohne Steigerung der Massenkaukraft keinen Aufschwung, keine Stärkung der Inlandsnachfrage und keine Beschäftigungschancen für Arbeitslose gäbe.

In der „Gewerkschaftspost“ Nr. 3/1977 wird hervorgehoben, daß der Aufschwung in der chemischen Industrie stärker als in anderen Wirtschaftszweigen sei. Die Produktion stieg 1976 um 14,5 und der Umsatz sogar um 16 Prozent. 1977 werde die Produktion aller Voraussicht nach genauso hoch sein, wenn nicht noch höher als im Spitzenjahr 1974. 1977 sei eine Umsatzsteigerung um 9 Prozent und ein um 2 bis 3 Prozent höheres reales Wachstum als in der Gesamtindustrie zu erwarten. Der Bezirksleiter der IG Chemie-Papier-Keramik in Nordrhein, Walter Gläser, meint daher, daß bei aller Differenziertheit die chemische Industrie in ihren wirtschaftlichen Ergebnissen beachtlich über dem Niveau der übrigen Industrie liege.

Daraus leitet sich die Schlußfolgerung ab, daß die Tarifabschlüsse in der chemischen Industrie weitaus höher sein müßten als in den anderen Wirtschaftsbereichen, vor allem im öffentlichen Dienst und der Metallindustrie. Die IG Chemie-Papier-Keramik könnte mit einem guten Abschluß, ähnlich wie die IG Druck und Papier im vorigen Jahr, auch für die noch folgenden Lohnauseinandersetzungen anderer Gewerkschaften und für die Tarifrunde 1977/78 eine gute Ausgangsposition schaffen. Der Hauptvorstand ließ verlauten, daß „der Verhandlungsspielraum nur gering“ sei.

Heinz Schäfer

## ÖTV-Abschluß

Der 5,3-Prozent-Abschluß im öffentlichen Dienst bietet für die Gewerkschaften wahrlich keinen Anlaß zur Freude. Das in den Beschlüssen des letzten Hamburger ÖTV-Gewerkschaftstages im Juni 1976 vorgegebene Ziel „Vergrößerung des Anteils am Ertrag der Volkswirtschaft“ (E 203) wurde auch nicht annähernd erreicht. Ebenso wenig wurden die Mitglieder rechtzeitig in die Vorbereitung der Tarifrunde einbezogen (A 367). Die seit Anfang 1976 eingetretenen Preissteigerungen sowie die Auswirkungen der Steuerprogression und der erhöhten Sozialbeiträge wurden nicht ausgeglichen. Man kann sich drehen wie man will: Es wurde kein Ausgleich der eingetretenen Reallohnverluste erreicht.

Nicht ohne Grund jubelte das Unternehmenssprachrohr „Handelsblatt“ über den Abschluß, den auch Nordrhein-Westfalens Finanzminister Halstenberg als „außerordentlich maßvoll“ bezeichnete. ÖTV-Vorsitzender Kluncker wurde mit Prädikaten wie er habe ein „gewisses Augenmaß“ bewiesen und seine „große Marktmacht nicht mißbraucht“ belegt. Vor drei Jahren hörte man es anders.

Positiv an dieser Gehaltsrunde zu werten ist der 150-DM-Einstieg in das zusätzliche Urlaubsgeld, wenn das Erreichte in seiner Höhe auch weit hinter den Forderungen zurückbleibt. Ein Manko besteht vor allem darin, daß das verlangte Urlaubsgeld von 50 DM je Kind überhaupt nicht in Erwägung gezogen wurde. Darüber hinaus werden die vor allem im kommunalen Bereich bestehenden „urlaubsähnlichen Regelungen“ voll angerechnet. Ein weiterer negativer Aspekt dieser Tarifrunde ist die 13monatige Laufzeit des Tarifvertrages. Die 100 DM Streckungsgeld können die Nachteile der längeren Laufzeit höchstens versüßen, nicht aber ausgleichen.

Viele Gewerkschaftsmitglieder sind nicht zufrieden. Sie hatten sich auf die von Heinz Kluncker auf dem letzten Gewerkschaftstag angekündigte „härtere Gangart“ eingestellt. In zahlreichen Städten war es zu Streikaktionen gekommen, die dann aber nicht mehr fortgesetzt wurden. Nur die hessischen Mitglieder der Großen ÖTV-Tarifkommission stimmten gegen den Kompromiß. Nicht so ein leichtes Spiel dürften die Unternehmer mit der Belegschaft der Luftfracht-Umschlagsgesellschaft in Frankfurt und Nieder-Roden haben, die Ende März die gebotenen 5,3 Prozent, 50 DM mehr Urlaubsgeld und einen Tag mehr Urlaub mit zweistündigen Warnstreiks pro Schicht beantworteten. Sie bestehen auf die Erfüllung ihrer Lohn- und Gehaltsforderung von 9 Prozent sowie Erhöhung des Urlaubsgeldes von 280 auf 400 DM, die von der ÖTV Hessen gefordert werden.

G. M.

## Welche Forderungsform ist die beste?

In jeder Lohnrunde wird in den Gewerkschaften darüber diskutiert, welche Lohnforderung die beste ist, sowohl in ihrer Höhe als auch in der Form. Dabei spielen Überlegungen eine Rolle, wie es am ehesten möglich sei, eine einheitliche Front aller Arbeiter und Angestellten herzustellen. Nur wenn das Kräfteverhältnis eindeutig zugunsten der Arbeiter und Angestellten verändert wird, besteht überhaupt die Möglichkeit, den Unternehmern den für die Reproduktion der Arbeitskraft notwendigen Lohn abzurufen. Die Forderung muß zum einen die erforderliche Höhe haben, denn nur so ist gewährleistet, daß die Arbeitskraft in normaler, dem gesellschaftlichen Durchschnittsstandard entsprechender Güte reproduziert wird.

### DAS ARGUMENT

Das wichtigste einer Lohnforderung, auch für die Einheitlichkeit des Handelns, ist — wie schon gesagt — ihre Höhe. Bevor darüber keine klaren Vorstellungen bestehen, ist es völlig unzulässig, zuerst über die Form der Forderung zu diskutieren, etwa in dem Stile, daß erst eine sogenannte Festgeldforderung der Weisheit letzter Schluß sei. Dabei gilt es zu beachten, daß eine aktive Lohnpolitik nicht nur die Erhöhung der Preise, Steuern und anderer Abgaben ausgleichen, sondern auch darauf gerichtet sein muß, unter Berücksichtigung der steigenden Produktivität und Intensität der Arbeit, einen höheren Anteil am geschaffenen Neuwert durchzusetzen. Besteht über die Höhe der Forderung Einverständnis, dann kommt es darauf an, die Form herauszufinden, die in der jeweiligen Situation von den breitesten Schichten der Arbeiter und Angestellten getragen wird, und diese ist nicht immer gleich. Also auch hier müssen Überlegungen im Vordergrund stehen, wie am besten sowohl Hilfsarbeiter als auch technische Angestellte und Meister unter einen Hut zu bringen sind. Diese Einheitlichkeit ist notwendig, um die Unternehmer in die Knie zu zwingen. Völlig falsch wäre es, Teile der Arbeiter und Angestellten gegeneinander auszuspielen bzw. eine Forderungsform, etwa die in gleichen Geldbeträgen, zu verabsolutieren. Selbstverständlich muß eine Lohnforderung immer brutto gestellt werden, aber dabei darf niemals aus dem Auge verloren werden, was unter dem Strich für den einzelnen herauskommt. Auch ein gleicher Geldbetrag für alle bringt nicht für alle das gleiche. Eine Forderung in gleichen Geldbeträgen ist dann in der Regel gut, wenn sie hoch genug ist, daß auch sie den Facharbeitern sowie

den kaufmännischen und technischen Angestellten in den oberen Gehaltsgruppen eine Sicherung ihrer Realeinkommen und eine Verbesserung derselben bringt. Wer jedoch glaubt, aus welchen Gründen auch immer, die Facharbeiter oder die Tarifangestellten aus seinen Überlegungen ausklammern zu können, besorgt objektiv das Geschäft der Unternehmer. Dadurch trägt er dazu bei, die Arbeiter und Angestellten zu spalten. Wenn deshalb eine chaotische Zeitung wie die „KVZ“ für eine Forderung von 170 DM plädiert, weil diese Forderung „genau an der richtigen Stelle spalte zwischen Lohnabhängigen und Vertretern der Bourgeoisie“, so ist das reiner Schwachsinn, denn eine gute Forderung muß das einheitliche Handeln fördern. Abgesehen davon ist ein Kollege, wenn er 3000 DM verdient, noch keineswegs ein „Bourgeois“, weder „Rationalisierer“ noch „Unterdrücker“. Auch dieser Kollege, der in der Gewerkschaft organisiert und vom Tarif erfaßt wird, hat einen Anspruch auf die Verbesserung seines Lebensstandards. Es ist deshalb Erwin Ferlemann, dem 2. Vorsitzenden der IG Druck und Papier, durchaus zuzustimmen, daß bei allen Forderungsformen mit sozialen Aspekten „die Solidaritätsbereitschaft der oberen Lohngruppen vorhanden sein muß“.

In letzter Zeit mehren sich in den Gewerkschaften die Stimmen, die die Nachteile von rein prozentualen oder gleichen Geldbeträgen vermeiden wollen und sogenannte gemischte Forderungen aufstellen, Sockel und Prozent, Prozent und Mindestforderung, Prozent und stärkeres Anheben der unteren Einkommensgruppen. Die beste Forderungsform wie auch die Höhe der Forderung wird niemals am grünen Tisch ausgeknobelt werden können. Sie ergibt sich vielmehr aus der lebendigen Diskussion in den Betrieben und gewerkschaftlichen Zusammenkünften. Keine Form besitzt einen Ausschließlichkeitsanspruch. H. Sch.

### Protestdemonstration gegen fristlose Entlassung

Mit einer Demonstration und anschließenden Kundgebung protestierten am 22. März mehr als 600 Arbeiter und Angestellte aus pfälzischen Betrieben in Edenkoben gegen die fristlose Entlassung der Betriebsrätin Ruth Schaub durch die Firma Gillet KG in Edenkoben. Einer der Gründe für die Maßregelung ist die Interessenvertretung der ausländischen Beschäftigten durch die Betriebsrätin.

## 6,6 Prozent für Druckindustrie

Am 1. April hat die Große Tarifkommission der IG Druck und Papier mit dem Bundesverband Druck einen neuen Tarifvertrag abgeschlossen. Das Ergebnis: Die Löhne werden linear um 6,6 Prozent erhöht, die Ausbildungsvergütungen ebenfalls um 6,6 Prozent; die Gehälter der Angestellten sollen bei den regionalen Gehaltstarifverträgen um den gleichen Betrag aufgesetzt werden; die Laufzeit beträgt ein Jahr bis zum 31. März 1978.

Umgerechnet auf die Stundenlöhne steigt der tarifliche Facharbeiter-Ecklohn um 63 Pfennig auf 10,17 DM. Die Tariflöhne der Korrektoren um 67 Pfennig auf 10,83 DM und der Maschinensetzer um 77 Pfennig auf 12,21 DM. Die Steigerung der Löhne der Hilfskräfte sind entsprechend geringer, so in der Lohngruppe III um 51 Pfennig auf 8,29.

Gegenüber der ursprünglichen zentralen Forderung von 9 Prozent — in den Betrieben und Ortsvereinen wurden meist bis zu 12 Prozent verlangt — wurde mit dem 6,6-Prozent-Abschluß im günstigsten Falle gerade noch ein Absinken der Reallohn verhindert. Dies nur dann, wenn es in den Betrieben gelingt, den Tarifabschluß effektiv wirksam werden zu lassen. Die auch in der Druckindustrie zu verzeichnenden enormen Produktivitätssteigerungen schlugen für die Unternehmerprofite vollständig zu Buche.

Wenn auch die erreichte Steigerung in Pfennigen ausgedrückt höher liegt als andere Gewerkschaften bisher in der diesjährigen Tarifrunde abgeschlossen haben, kann dennoch insgesamt das Ergebnis nicht befriedigen. Beispielsweise bedeuten bei der Metallverarbeitung die abgeschlossenen 6,9 Prozent beim Facharbeiter-Ecklohn 52 Pfennig gegenüber 63 Pfennig beim Facharbeiter-Ecklohn in der Druckindustrie. Mit diesem linearen Prozentabschluß hat sich die Tendenz des Auseinanderklaffens zwischen den Löhnen der Facharbeiter und der Hilfskräfte weiter verstärkt.

Bei einer stärkeren Mobilisierung der Mitgliedschaft wäre es zweifellos möglich gewesen, näher an die gestellte Forderung von 9 Prozent heranzukommen. Ohne den erfolgreichen Streik im vergangenen Jahr und der vorhandenen Kampfbereitschaft hätten die Unternehmer selbst diesem nicht ausreichenden Ergebnis die Zustimmung verweigert. Die IG Druck und Papier steht vor der Aufgabe, diesen Abschluß kritisch zu diskutieren und Maßnahmen einzuleiten, daß entsprechend dem neuen Aktionsprogramm dieser Gewerkschaft die Reallohn nicht nur gesichert, sondern weiter verbessert werden. W. P.

## ÖTV fordert 9 Prozent für Zivilbeschäftigte

Für die knapp 100 000 Zivilbeschäftigten bei den Stationierungsstreitkräften hat die Gewerkschaft Öffentliche Dienste, Transport und Verkehr (ÖTV) 9 Prozent mehr Lohn und Gehalt und Erhöhung der Zulagen um fünf bis 20 Pfennig gefordert. Die Ausbildungsvergütungen sollen zwischen 50 und 60 DM im Monat angehoben werden. Von der ÖTV war der Tarifvertrag bereits zum 31. Januar 1977 gekündigt worden.

### 6,5 Prozent mehr Gehalt für Bankangestellte

Rückwirkend ab 1. März 1977 erhalten die 300 000 Bankangestellten 6,5 Prozent mehr Gehalt. Um den gleichen Prozentsatz werden auch die Ausbildungsvergütungen angehoben. Außerdem soll der Urlaub für die Bankangestellten vom 32. Lebensjahr an auf insgesamt 25 bis 27 Tage verlängert werden. Die Laufzeit dieses Tarifvertrages, der die Gewerkschaft Handel, Banken und Versicherungen (HBV) „nicht voll“ befriedige, beträgt 12 Monate. Ursprünglich hatte die HBV 8,25 Prozent mehr Gehalt verlangt.

### IG Bergbau verlangt acht Prozent

Der Hauptvorstand der IG Bergbau und Energie fordert für die Beschäftigten der Steinkohlereviere Ruhr, Saar, Aachen und Ibbenbüren eine Lohn- und Gehaltserhöhung von 8 Prozent. Monatlich um 13 DM sollen die sogenannten vermögenswirksamen Leistungen erhöht werden. Selbst bei voller Durchsetzung der 8-Prozent-Forderung kann die IGBE ihrem oft genannten Ziel — die Spitze der Lohnskala zu erreichen — kaum näher kommen.

### Neuer MTV für Beschäftigte der Knopfindustrie

Der neue Manteltarifvertrag für die Arbeiter, Angestellten und Auszubildenden der Knopfindustrie sieht nach Angaben der Gewerkschaft Holz und Kunststoff (GHK) eine Reihe von Verbesserungen vor: Der Jahresurlaub wird stufenweise angehoben, so daß er 1982 sechs Wochen beträgt. Das zusätzliche Urlaubsgeld, das in diesem Jahr noch 30 Prozent des Urlaubsentgelts ausmacht, steigt bis 1982 auf 45 Prozent. Die Auszubildenden erhalten 1977 mindestens 23 Urlaubstage, 1978 24 Urlaubstage und 26 Urlaubstage ab 1979 soweit sie nach dem Jugendarbeitsschutzgesetz keinen höheren Urlaubsanspruch haben. Ab 1. März stie-

gen auch die Tariflöhne und -gehälter sowie die Ausbildungsvergütungen um 6,5 Prozent und für die unteren Lohngruppen um 6,9 Prozent.

### Zechen-Betriebsräte fordern Ausgleichszahlung

Die Zahlung eines Härteausgleichs für Kurzarbeiter haben Betriebsräte der Ruhrkohle AG Mitte März in Essen von der Unternehmensleitung verlangt. Dieser Härteausgleich soll die Differenz zwischen dem normalen Verdienst und dem Kurzarbeitergeld überbrücken. Anlaß für diese Forderung ist der Plan des Vorstandes der Ruhrkohle AG, zehn Feierschichten einzuführen, und zwar im April zwei Tage, im Mai drei Tage, im Juni zwei und im September wiederum drei Tage.

### Urlaubsgeld und Sparförderung für Einzelhandelsbeschäftigte

Die Gewerkschaft HBV hat nach abschließenden Beratungen am 24. März dem Anfang März erzielten Verhandlungsergebnis über Einführung der Sparförderung und Erhöhung des Urlaubsgeldes für die zwei Millionen im Einzelhandel Beschäftigten zugestimmt. Nach den neuen Vereinbarungen erhöht sich das Urlaubsgeld in den Jahren 1977 bis 1979 auf DM 550/DM 600/DM 650 und für Jugendliche auf DM 225/DM 250 und DM 275. Außerdem tritt ab 1978 ein Sparförderungsabkommen mit einer monatlichen Leistung von 13 DM in Kraft. Ausgenommen davon sind jedoch Beschäftigte im ersten Jahr der Betriebszugehörigkeit sowie Auszubildende und Teilzeitbeschäftigte mit Arbeitszeiten unter 20 Stunden pro Woche. Das für Tarifpolitik zuständige Mitglied im geschäftsführenden HBV-Hauptvorstand, Ulrich Pagelsdorff, bezeichnet diesen Abschluß als einen — wenn auch kleinen — Schritt in die richtige Richtung. Die krasse Benachteiligung der Arbeiter und Angestellten im Einzelhandel würde dadurch jedoch nicht reduziert.

### Neuer Abschluß für Landarbeiter

Einen neuen Tarifvertrag für die Landarbeiter hat die Gewerkschaft Gartenbau, Land- und Forstwirtschaft (GGLF) am 10. März in Kassel abgeschlossen. Rückwirkend ab 1. Januar 1977 erhalten die Landarbeiter 60 Pfennig Lohn- und Gehaltserhöhung, bezogen auf den Ecklohn der Gruppe 5. In den 60 Pfennig ist der Lohnausgleich für die ebenfalls vereinbarte Verkürzung der Arbeitszeit von wöchentlich einer Stunde (von 44 auf 43 Stunden) enthalten.

## TARIFKALENDER

Die Lohn- und Gehaltstarife für nachstehende Wirtschaftsbereiche und Tarifbezirke sind zum jeweils angegebenen Termin kündbar. Die Zahlen in Klammern geben Auskunft über die Anzahl der beschäftigten Arbeiter und Angestellten. Die Zahlen hinter dem Datum enthalten auch die Beschäftigten in nicht aufgeführten kleineren Zweigen.

### 30. April 1977 — 2,8 Mill.

Baugewerbe (1 200 000), Textil- und Bekleidungsindustrie (620 000), Groß- und Außenhandel — Teilbereiche (300 000), Einzelhandel in den Bezirken Schleswig-Holstein und Pfalz (20 000), Steinkohlbergbau an Ruhr und Saar (180 000), chemische Industrie in den Bezirken Schleswig-Holstein, Baden-Württemberg, Niedersachsen/Bremen, Westfalen und Westberlin.

### 31. Mai 1977 — 0,4 Mill.

Chemische Industrie in den Bezirken Bayern und Saar (64 000), Einzelhandel im Bezirk Saar (40 000), Energie- und Versorgungsunternehmen in Baden-Württemberg (300 000).

### 30. Juni 1977 — 0,29 Mill.

Kfz-Gewerbe in Hessen (25 000), Zentralheizungs- und Lüftungsbau in Bayern (20 000), Groß- und Außenhandel Rheinland-Pfalz (40 000), Gas-, Wasser- und Elektrizitätswerke in Nordrhein-Westfalen (40 000), Ersatzkassen (26 000), Kautschukindustrie in Hessen, Niedersachsen und Schleswig-Holstein (74 000).

### Juli/August 1977 — 0,25 Mill.

Hohlglaserzeugende Industrie in Hamburg, Schleswig-Holstein, Bremen, Niedersachsen und Nordrhein-Westfalen (100 000), Papiererzeugung (70 000), feinkeramische Industrie (40 000).

### 30. September — 0,24 Mill.

Holzverarbeitung — restliche Bezirke.

### 31. Oktober — 0,36 Mill.

Eisen- und Stahlindustrie außer Saarland (311 000), Schuhindustrie (45 000).

### 31. Dezember — 3,8 Mill.

Metallindustrie ohne Bayern und VW (3 200 000), Holzindustrie verschiedener Bereiche (147 000), papier- pappe- und kunststoffverarbeitende Industrie (117 000), Einzelhandel Nordrhein-Westfalen (380 000).



# Trotz gesunkener Realeinkommen: Steuerschraube will man zudrehen

**Trotz wachsender Abgabenlasten, steigender Preise und sinkender Reallöhne — Bonn will die Mehrwertsteuererhöhung jetzt durchsetzen. Die gleichzeitig damit propagierten Steuererleichterungen für Arbeiter und Angestellte sind kaum mehr als ein Alibi. Sogar das Institut der Monopole, das Institut der Deutschen Wirtschaft, berechnet: Die Abgabenlast ist 1977 um ein Drittel höher als 1970. Lohnsteuer und Sozialversicherungsbeiträge stiegen durchschnittlich von 23 Prozent auf 30,8 Prozent des Bruttolohnes. In jeder Mark Lohn-erhöhung stecken 49,5 Pfennige Abgaben (idw 27. Januar 1977).**

Die Finanzierungslücke bei der gesetzlichen Sozialversicherung soll durch höhere Belastungen der Arbeiter, Angestellten und der Rentner geschlossen werden. Verbrauchssteuern wie die Branntwein- und Tabaksteuer wurden zu Beginn des Jahres erhöht. Die Preise steigen weiter. Die Mehrwertsteuer steigt automatisch mit jeder Preiserhöhung. In dieser Situation strebt die Bundesregierung die Erhöhung der Mehrwertsteuer von 11 auf 13 Prozent zum 1. Januar 1978 an. Das erklärte Bundeskanzler Helmut Schmidt in seiner Regierungserklärung am 6. Dezember 1976. Gleichzeitig kündigte er Verbesserungen, Erleichterungen und Entlastungen bei anderen staatlichen Einnahmen und Ausgaben an. Vor allem die geplante Erhöhung der Vorsorge-Pauschale von 16 auf 18 Prozent, die damit verbundene Erhöhung der Sonderausgabenhöchstbeträge und die Anhebung des Kindergeldes ab dem zweiten Kind werden angeboten.

Wie sieht jedoch die fiskalische Rechnung aus? Nach dem „Handelsblatt“ vom 14. Februar 1977 soll die Mehrwertsteuererhöhung im Jahre 1978 12,43 Mrd. DM Mehreinnahmen bringen. Die Erhöhung der Sonderausgabenhöchstbeträge soll zwischen 2,0 und 2,5 Mrd. DM, die Anhebung des Kindergeldes 1,8 Mrd. DM kosten. Damit werden die neuen Belastungen nur etwas versüßt. Hinzu kommt, daß die Einnahmen aus der Lohnsteuer im Januar 1977 im Vergleich zum Jahr 1976 um weitere 10,9 Prozent gestiegen sind.

Der Anteil der Lohnsteuer an den gesamten Steuereinnahmen wird nach der Steuerschätzung 1977 um 14 Prozent steigen; 1976 stieg er „nur“ um 13,4 Prozent. Die geschätzte Zuwachsrate der Lohnsteuer steigt 1977 um 5,2 Prozent schneller als der Durchschnitt des gesamten Steueraufkommens, sie liegt sogar um 5,2 Prozent über dem vermuteten Anstieg des nominellen Bruttoinlandsprodukts. Die ab 1978 geltenden „Vergünstigungen“ sind also schon vorher aus der schleichenden Lohnsteuererhöhung von den Arbeitern und Angestellten selbst vorfinanziert

worden. Und sie sind völlig unzureichend.

Gleichzeitig ist eine Gewerbesteuerermäßigung (Kosten 1978: 500 Mill. DM) und Senkung der Vermögensteuer (Kosten 1978: 1,35 Mrd. DM) vorgesehen. Diese Maßnahmen wären noch zu begrüßen, wenn sie auf kleine und mittlere Betriebe beschränkt blieben. Das ist jedoch nicht der Fall. Man muß auch wissen, daß eine Familie mit zwei Kindern erst ab einem Vermögen von 280 000 DM vermögenssteuerpflichtig wird. Wie viele Arbeiter und Angestellte mögen wohl von dieser Ermäßigung profitieren? Die Vermögensteuersätze sollen darüber hinaus für juristische Personen gesenkt werden, damit auch für die Konzerne und Monopole.

Zugleich werden aber alle diese Ermäßigungen an die Erhöhung der Mehrwertsteuer angebunden. Während diese Massensteuer jedoch bei den Konzernen eine durchlaufende Steuer ist, bedeutet sie für den Verbraucher weitere Belastungen und für viele mittelständische Betriebe eine Einschränkung der Wettbewerbsmöglichkeiten. Mit Recht stellte der Leiter des Referats Steuerpolitik beim DGB-Bundesvorstand, Hans-Georg Wehner, in den WSI-Mitteilungen vom Juli 1976 fest: „Bekanntlich treffen die indirekten Verbrauchssteuern in erster Linie untere Einkommenschichten, die wenig sparen können, weil sie fast ihr ganzes Ein-

kommen für den ‚versteuerten‘ Verbrauch ausgeben müssen.“ So kämen zwar alle in den Genuß von Steueranpassungssenkungen — wie jetzt bei der Erhöhung der Sonderausgabenhöchstbeträge — den Ausgleich über höhere indirekte Steuern würden aber insbesondere die Empfänger kleiner Einkommen zu spüren bekommen. Besonders skandalös ist, daß sie ausgerechnet die Senkung der Vermögenssteuer für Konzerne und Großverdiener finanzieren sollen.

Der DGB-Bundesvorstand hatte die ursprünglich zum 1. Januar 1977 geplante Erhöhung der Mehrwertsteuer ausführlich auf seiner Sitzung am 4. Mai 1976 diskutiert. Das Ergebnis war dem Finanzausschuß des Deutschen Bundestages zugestellt worden. In dem Schreiben heißt es u. a.: „Ursprünglich hatte der DGB ‚Verständnis dafür (geäußert), daß die Bundesregierung Verbesserungen auf der Einnahmenseite anstrebt‘. Gleichzeitig hat der DGB von Anfang an die Beibehaltung des ermäßigten Mehrwertsteuersatzes bei 5,5 Prozent gefordert. Darüber hinaus hat der DGB mehrfach darauf hingewiesen, daß eine Mehrwertsteuererhöhung zugleich mit der Inkraftsetzung einer Reform der Körperschaftsteuer im Sinne eines Anrechnungsverfahrens als politisch unverträglich abgelehnt werden müsse...“

Der DGB lehnt eine Erhöhung der Mehrwertsteuer insgesamt ab, sofern gleichzeitig eine Reform der Körperschaftsteuer im Sinne des Anrechnungsverfahrens in Kraft gesetzt wird. Der DGB lehnt in jedem Falle eine Erhöhung des ermäßigten Mehrwertsteuersatzes von 5,5 Prozent für den täglich notwendigen Bedarf ab... Grundsätzlich ist der DGB der Auffassung, daß eine Mehrwertsteuererhöhung unsoziale Belastungswirkungen hat, die zugleich für die Tarifabschlüsse 1977 eine schwere Belastung darstellen würden.“ Bekanntlich ist die angesprochene Körperschaftsteuerreform vom Bundestag im vergangenen Jahr beschlossen worden. Der DGB hatte das Anrechnungsverfahren abgelehnt.

Die Steuerpolitik der alten und neuen Bundesregierung (im Prinzip auch die der CDU/CSU) stellt sich damit so dar:

1. Zeitlich verzögerte und nur teilweise durchgeführte Anpassungen an die überproportional steigende Lohnsteuer sollen durch Mehrwertsteuererhöhungen kompensiert werden. Bei dieser Gelegenheit werden dann auch ein paar Konzernsteuern mitgesenkt und die Mehrwertsteuer weit über die Anpassungen hinaus erhöht.

2. Damit werden systematisch die beiden Steuerkanäle Lohn- und Mehrwertsteuer ausgebaut. Arbeiter, Angestellte und Verbraucher sollen immer mehr Steuern zahlen, während die Konzerne entlastet werden. Manfred Feustel

## „Nachfrage-mangel“

Obwohl die Auslastung der industriellen Kapazitäten gegenwärtig um etwa 6 Prozent höher als im Tiefpunkt der Krise 1975 liegt, ergeben die Investitionsplanungen der Industrie noch immer keine durchgreifende Belebung der Investitionstätigkeit. So ermittelte das Münchner Ifo-Institut für Wirtschaftsforschung, daß nur 24 Prozent der befragten Unternehmen in den nächsten zwei Jahren eine Erweiterung ihrer Investitionstätigkeit planen. Dagegen beabsichtigen 25 Prozent eine Einschränkung.

Das ist auch kaum verwunderlich. Zwar steigen die Unternehmensgewinne noch immer steil an, zwar wird auch für 1977 eine weitere Gewinnverbesserung prognostiziert. Aber noch immer ist die Kapazitätsauslastung um durchschnittlich 7 Prozent niedriger als z. B. in den Jahren 1969 bis 1971. Als Grund für die Investitionszurückhaltung gaben denn auch die durch das Ifo-Institut befragten Unternehmen zu 86 Prozent an: „Vorhandene Anlagen reichen.“ (Ifo-Schnelldienst, 7/77)

Vor allem für die Beschäftigungssituation erweist sich der Absatzmangel als eine wichtige Ursache. So ermittelte die Bundesanstalt für Arbeit in einer anderen Befragung, daß die Industrie sofort 700 000 Arbeitskräfte einstellen könnte, wenn die Aufträge in ausreichendem Maße zunehmen würden. Tatsächlich aber wird für die Zukunft eher mit einem weiteren Beschäftigungsabbau gerechnet: 48 Prozent aller Unternehmen planen 1977 einen Abbau des Personalstandes, nur 12 Prozent beabsichtigen Erweiterungen, ermittelte die Commerzbank.

In dieser Situation ist offensichtlich, daß sowohl die private als auch die öffentliche Nachfrage erweitert werden müssen, um die Stagnation der Konjunktur zu überwinden. Steigende Reallöhne, steigende Sozialausgaben und mehr öffentliche Investitionen sind die wirtschaftspolitischen Erfordernisse der Zeit. Statt dessen tut die staatliche Wirtschaftspolitik alles, um durch niedrige Tarifabschlüsse und „Sparpolitik“ im sozialen Bereich die Unternehmensgewinne weiter zu begünstigen. Selbst das geplante Investitionsprogramm, das für 1977 zusätzliche Ausgaben in Höhe von 4 Mrd. DM vorsieht, wird kaum expansive Effekte haben, denn gleichzeitig zwingt die Finanzlage vor allem die Gemeinden zu Einschränkungen an anderer Stelle.

Das Profitstreben der Konzerne und die daran orientierte staatliche Wirtschaftspolitik erweisen sich so als entscheidendes Hemmnis der wirtschaftlichen Entwicklung. J. G.

## Daten zur Wirtschaftsentwicklung

### 1. Index der Industriellen Nettoproduktion (1970 = 100)

	Dezember 1976	Veränderung in v. H. gegenüber	
		Dez. 1975	Nov. 1976
Gesamte Industrie	112,3	+ 2,6	— 9,4
Grundstoffe	104,0	+ 4,9	— 11,0
Investitionsgüter	114,8	+ 0,9	— 7,0
Verbrauchsgüter	106,7	+ 2,4	— 14,2
Bauindustrie	77,8	— 1,6	— 26,5

(Quelle: Monatsberichte der Deutschen Bundesbank, 3/77, S. 65\*)

### 2. Index der industriellen Auftragseingänge (1970 = 100)

	Januar 1977 <sup>1</sup>	Veränderung in v. H. gegenüber	
		Jan. 1976	Dez. 1976
Gesamte Industrie	148,6	+ 5,9	— 6,5
Grundstoffe	153,2	— 2,2	+ 3,3
Investitionsgüter	154,5	+ 10,1	— 13,4
Verbrauchsgüter	137,4	+ 10,1	— 5,9

<sup>1</sup> Vorläufiges Ergebnis

(Quelle: Monatsberichte der Deutschen Bundesbank, 3/77, S. 66\*)

### 3. Preise im Februar 1977

	Veränderung in v. H. gegenüber	
	Februar 1976	Januar 1977
Lebenshaltungskosten aller Haushalte	+ 4,0	+ 0,6
Industrielle Erzeugerpreise	+ 3,8	+ 0,3
Rohstoffpreise <sup>1</sup>	+ 15,0	+ 2,0

<sup>1</sup> Auf Dollarbasis, laut Index des HWWA-Instituts für Wirtschaftsforschung, Hamburg

(Quelle: Statistisches Bundesamt, laut Pressemitteilungen)

### 4. Arbeitsmarkt (in 1000)

	Februar 1977	Veränderung in 1000 gegenüber	
		Jan. 1977	Febr. 1976
Arbeitslose	1 214	— 35	— 133
Kurzarbeiter	281	+ 12	— 212
Offene Stellen	225	+ 23	+ 16
Ausländer <sup>1</sup>	1 937	— 1	— 134

<sup>1</sup> 2. Quartal 1976

(Quelle: Statistisches Bundesamt, lt. Pressemitteilungen)

### 5. Insolvenzen

Januar 1977	In v. H. gegenüber Januar 1976
842	+ 6,7

(Quelle: Statistisches Bundesamt, lt. FAZ v. 18. 3. 1977)

### 6. Kapazitätsauslastung in Prozent<sup>2</sup>

	1977	1976	1975	1974	1973
Industrie insgesamt	83,5	80,2	77,3	84,0	87,1
Investitionsgüter <sup>1</sup>	82,0	79,7	80,8	85,0	86,7
Konsumgüter	88,1	85,0	79,5	84,3	89,5

<sup>1</sup> Ohne Pkw

<sup>2</sup> Jeweils im Januar

(Quelle: Ifo-Schnelldienst, Nr. 7/1977, S. 2)

## Konzern-Wachstum

Während 1972 zwei westdeutsche Konzerne einen Umsatz von mehr als 15 Milliarden DM hatten (Volkswagen und Siemens), meldeten bereits 1976 acht Konzerne einen Umsatz von über 20 Milliarden DM. An der Spitze steht der VEB-Konzern mit einem Umsatz von 27,3 Milliarden DM, gefolgt von Daimler-Benz mit 23,3 Milliarden DM, Hoechst mit 23,2 Milliarden DM und BASF mit 23,1 Milliarden DM.



## DGB zum 1. Mai: „Gemeinsam erreichen wir mehr“

**Der Deutsche Gewerkschaftsbund hat jetzt seinen Aufruf zum 1. Mai, dem Internationalen Kampftag der Arbeiterklasse, veröffentlicht. In diesem Jahr hat der DGB den 1. Mai unter das Motto: „DGB – Arbeiter, Angestellte, Beamte – Gemeinsam erreichen wir mehr“ gestellt. In dem Aufruf, den wir nachfolgend im Wortlaut veröffentlichen, wird vor allem die Arbeitslosigkeit angeprangert.**

Noch immer sind mehr als 1 Million Menschen in der Bundesrepublik Deutschland ohne Arbeit. Jugendlichen ist vielfach der Weg in das Arbeitsleben versperrt. Frauen und Mädchen werden immer mehr vom Arbeitsmarkt verdrängt. Durch Rationalisierung und Technologie – gegen die sich die Gewerkschaften im Interesse des Fortschritts nicht grundsätzlich wenden – werden immer mehr Arbeitsplätze vernichtet. Die öffentlichen Arbeitgeber fordern einen zweijährigen Einstellungsstopp – während in vielen öffentlichen Dienstleistungsbereichen ein Defizit gegenüber den gesellschaftlichen Bedürfnissen besteht – während Schulstunden ausfallen, der Berufsschulunterricht unzureichend geboten wird, die Schulklassen zu viele Schüler haben und Tausende von Lehrern einen Arbeitsplatz suchen.

Betroffen davon sind alle Arbeiter, Angestellte, Beamte und ihre Familien. Dem kann nur wirksam begegnet werden durch starke Gewerkschaften. Sie setzen das einheitliche Wille und Handeln der Arbeiter, Angestellten und Beamten in die Tat um. Die Arbeitnehmer werden nicht hinnehmen, daß wirtschaftliche Schwierigkeiten und gesellschaftliche Probleme überwiegend auf sie abgewälzt werden. Deshalb – Arbeiter, Angestellte, Beamte –, es ist Zeit, fest zusammenzustehen.

Es gilt, das Problem Nr. 1 – die Arbeitslosigkeit – zu lösen. Neue Arbeitsplätze, gerade auch in den strukturell schwachen Gebieten, müssen geschaffen werden. Die Verantwortlichen in Politik und Wirtschaft müssen wissen – wir werden keinen Arbeitslosensockel dulden. Was wir brauchen, ist eine Politik, die Vollbeschäftigung herbeiführt und sichert, aber nicht neue Verteilungsungerechtigkeiten schafft. Der Deutsche Gewerkschaftsbund hat immer eine am Wettbewerb orientierte Wirtschaftsordnung vertreten, aber auch immer auf die Sozialverpflichtung des Eigentums hingewiesen. Diese soziale Verpflichtung des Eigentums ist aber in unserer Wirtschaft zu kurz gekommen. Die bisherigen Instrumente der Wirtschaftspolitik haben sich als unzureichend erwiesen. Die Vermachtung des Marktes hat die Wettbewerbsordnung weitgehend außer Kraft gesetzt.

Es ist höchste Zeit, neue wirksame Instrumente der Wirtschaftspolitik zu entwickeln und unter demokratischer Kontrolle einzusetzen.

Die Gewerkschaften haben konkrete Forderungen:

- ein 20-Milliarden-Investitionsprogramm für die nächsten 4 Jahre;
- Erfolgskontrolle und Durchforstung der Subventionen;
- weitere Arbeitsbeschaffungs- und qualifizierte Ausbildungsprogramme von Bund, Ländern und Gemeinden sollen insbesondere der Arbeitslosigkeit begegnen. Die Angriffe auf die Einheitengewerkschaft haben zugenommen. Reformfeindliche und reaktionäre Kräfte in unserem Lande lassen nichts unversucht, die gesellschaftspolitischen Uhren zurückzudrehen. Der DGB und seine Gewerkschaften haben das erfolgreich abgewehrt. Der Besitzstand der Arbeiter, Angestellten und Beamten wurde auch im Jahre 1976 gesichert, das soziale System vor Abbau bewahrt. Das war das Ergebnis unseres gemeinsamen, gewerkschaftlichen Handelns. Um das Erreichte auch künftig zu sichern und auszubauen, fordert der DGB
- die Verwirklichung des Rechtes auf Arbeit;
- menschengerechte Arbeitsplätze für alle;
- Realisierung des Rechtes auf Bildung und Ausbildung.

Dazu gehören die Einführung eines 10. Schuljahres, der sofortige Ausbau und die Errichtung zusätzlicher Ausbildungsstätten, die Verbesserung der Weiterbildungsmöglichkeiten der Arbeitnehmer und die Chancengleichheit für Mädchen und Frauen in Schule und Beruf. Die Finanzprobleme der Renten- und Krankenversicherung müssen durch ein gerechtes Konzept gelöst werden. Die Privilegien der verschiedenen Gruppen, die zu Lasten der Arbeitnehmer gehen, sind endlich zu beseitigen. Die paritätische Mitbestimmung muß in allen Bereichen der Wirtschaft und Gesellschaft verwirklicht werden. Die Gewerkschaften werden nicht nachlassen, dieses Ziel zu erreichen. Auch eine gerechte Beteiligung der Arbeitnehmer am Produktivvermö-

gen der Unternehmen ist ein unerlässlicher Beitrag zur Stärkung der sozialen Sicherheit für alle.

Unser Grundgesetz sichert die Tarifautonomie.

– Darum fordern wir die Politik, Wissenschaft und die Bundesbank auf, ihre Versuche aufzugeben, die Tarifautonomie direkt oder indirekt einzuschränken. Eine Reglementierung von Löhnen und Gehältern durch die Bindung an die Produktivitätsentwicklung, an sogenannte Lohnleitlinien oder statistische Maßzahlen, lehnt der DGB ab.

– Zur Tarifautonomie gehört unabdingbar das Streikrecht. Im Gegensatz hierzu ist die Aussperrung durch die Arbeitgeber eine Willkürmaßnahme, mit der diese ihr wirtschaftliches Übergewicht wieder herstellen. Die Aussperrung kann daher nicht wie der Streik von der Verfassung legitimiert werden.

Unser Motto „DGB – Arbeiter, Angestellte, Beamte – gemeinsam erreichen wir mehr“ ist eine Kampfansage an alle, die die Arbeitnehmer in Gruppen aufsplitteln wollen. Nur die gemeinsame gewerkschaftliche Organisation garantiert die wirksame Vertretung der Rechte und Interessen der Arbeitnehmer. Die rund 7,5 Millionen Mitglieder in den Gewerkschaften des DGB stehen mit ihren Vorstellungen und Zielen nicht allein in Europa. 39 Millionen Arbeitnehmer in 18 Gewerkschaftsbünden Europas dulden keine Arbeitslosen; kein rücksichtsloses Gewinnstreben zu Lasten der Beschäftigten, keine Politik gegen die Mehrheit der Bevölkerung.

Darum gilt auch für die Gewerkschaften Europas: Gemeinsam sind wir stark. Gewerkschaftliche und internationale Solidarität der Arbeiter, Angestellten und Beamten bringen uns dem Ziel näher, ihre Probleme in Europa zu lösen. Sie garantieren eine friedliche, demokratische und soziale Welt.

Deshalb: DGB – Arbeiter, Angestellte, Beamte – gemeinsam erreichen wir mehr.

## 277 Übertritte von DAG zur ÖTV

Ein weiterer hauptamtlicher Schiffsverkehrssekretär hat die DAG verlassen. Nachdem am 24. Januar alle 18 Seebetriebsräte der DAG und der hauptamtliche Schiffsverkehrssekretär der DAG, Wolfgang Baars, zur ÖTV übergetreten sind, hat jetzt auch der für den Hamburger Hafen zuständige Schiffsverkehrssekretär, Fritz Wirsing, wegen ihrer Politik im Bereich der Schifffahrt, sein Arbeitsverhältnis mit der berufsständischen DAG beendet. Allein vom 24. Januar bis 18. März traten 277 DAG-Mitglieder zur ÖTV über.

## IG-Metall-Angestelltenkonferenz fordert 32-Stunden-Woche

**Am 11. und 12. März 1977 fand in der Böblinger Kongreßhalle die 9. Angestelltenkonferenz der IG Metall statt. Sie stand unter dem Motto: „Die Arbeitswelt menschlich machen“. 228 Delegierte, darunter nur 21 Frauen, berieten über 141 Entschlüsse und Anträge sowie neun Initiativanträge. Das Durchschnittsalter betrug 46,3 Jahre, nur neun Delegierte waren jünger als 30. Obwohl von 1973 bis 1976 die Zahl der Angestellten in der Metallwirtschaft um vier Prozent zurückging, konnte die IG Metall einen beträchtlichen Mitgliederzuwachs bei den Angestellten von 16 Prozent verzeichnen. Der Organisationsgrad der Metallangestellten erhöhte sich von 25 auf 30 Prozent.**

Das zentrale Thema der 9. Angestelltenkonferenz war die Auswirkung von Automation und Rationalisierung. In seiner Eröffnungsrede verwies der 2. Vorsitzende der IG Metall, Hans Mayr, darauf, daß diese Konferenz im Schatten schwerer Krisenerscheinungen der Wirtschaft stehe. Insbesondere die Angestellten seien diesmal die Krisenopfer. Das Mitglied des geschäftsführenden Bundesvorstandes des DGB, Günter Stephan, sagte, daß es für die Gewerkschafter notwendig wäre zu begreifen, daß in einer Wirtschaft, die auf Gewinnmaximierung, konsequente Rationalisierung und die Einsparung von Arbeitskräften orientiert ist, es mit bisher bekannten und geschätzten Vorzügen einer Angestelltentätigkeit, wie höhere Beschäftigungssicherheit, bessere Aufstiegs- und Bildungschancen mehr und mehr vorbei sei.

In seinem Hauptreferat „Humanisierung der Gesellschaft – ein gewerkschaftlicher Auftrag“ erklärte der Vorsitzende der IG Metall, Eugen Loderer, daß die krasseste Form der Inhumanität heute das Schicksal der Arbeitslosigkeit sei. Die IG Metall sei bereit ihren Beitrag zum Abbau der Arbeitslosigkeit zu leisten, über Lohn- und Gehaltserhöhungen, die zur Steigerung der Massenkaukraft beitrügen, und über tarifpolitische Initiativen zur Arbeitszeitverkürzung im weitesten Sinne. Die innergewerkschaftliche Diskussion über eine wöchentliche Arbeitszeitverkürzung gehöre auf die Tagesordnung – aber nicht ohne vollen Lohnausgleich. Im Antrag 70 „Arbeitsmarktpolitik“ setzte sich die 9. Angestelltenkonferenz dafür ein, das Recht auf Arbeit im Grundgesetz zu verankern. Des weiteren wurde gefordert:

- die Einführung der 32-Stunden-Woche nach einem Stufenplan;
- die Herabsetzung der Altersgrenze in der gesetzlichen Rentenversicherung;
- Verlängerung des Jahresurlaubs;
- Ausdehnung der schulischen Ausbildungszeit.

In der Diskussion wurde hervorgehoben, daß diese Aufgaben organisch verbunden sein müssen mit der grundsätzlichen gewerkschaftspolitischen Orientierung nach Mitbestimmung, vor allem im gesamtwirtschaftlichen Bereich, einer Verschärfung der öffentlichen Kontrolle der großen Konzerne und hier vor allem deren Überführung in Gemeineigentum.

Mehrere Mitglieder des geschäftsführenden Vorstandes referierten zu Teilaspekten. Hans Preiss meinte, daß die Angestellten heute die traditionelle Arbeitsplatzunsicherheit, den beruflichen Abstieg und die Entwertung beruflicher Qualifikation der Arbeiter teilen. Für die Gewerkschaften bedeutet berufliche Mobilität, daß der Arbeiter und Angestellte auf der Grundlage einer theoretisch und praktisch umfassenden Ausbildung zwischen verschiedenen Arbeitsplätzen wählen und sich ohne beruflichen Abstieg auf technische Veränderungen einstellen könne.

Karl-Heinz Janzen stellte fest, daß die Angestellten gegenwärtig das Rationalisierungsobjekt Nummer eins seien. Als Beispiele nannte er die Automatisierung der betrieblichen Datenerfassung über EDV, die Entwicklung auf dem Gebiet des computerunterstützten Konstruierens und die automatisierte Textverarbeitung.

Die 9. Angestelltenkonferenz forderte eine Novellierung des Betriebsverfassungsgesetzes an verschiedenen wesentlichen Punkten, insbesondere der wirtschaftlichen Mitbestimmung.

Die ausschließlich kapitalismusorientierte Nutzung des technologischen Fortschritts bedeute teils die Vernichtung von Arbeitsplätzen, teils die Gestaltung von Arbeitsplätzen, an denen der Mensch zum Lückenbüsser der Technik degradiert werde, sagte Georg Benz. Die zu lösenden Aufgaben seien auch in Zukunft zu meistern, meinte er, wenn Arbeiter und Angestellte Seite an Seite, vereint durch eine starke Gewerkschaft in Solidarität für die Durchsetzung ihrer Interessen kämpften.

Heinz Schäfer

## 6. DruPa-Jugendkonferenz

Nahezu 23 000 junge Gewerkschafter wurden von den 51 Delegierten auf der 6. Bundesjugendkonferenz der IG Druck und Papier vertreten, die am 26. und 27. März 1977 in Springen/Taunus stattfand. Wie sich die Gewerkschaften als Kampforganisationen unter den gegenwärtigen Bedingungen orientieren sollten, machte der Vorsitzende der IG Druck und Papier, Leonhard Mahlein, in seinem Referat zum Thema „Hält die Politik der Gewerkschaften den Herausforderungen der Zukunft stand?“ deutlich. „Die Entwicklung der letzten Jahre kann den Gewerkschaften weder Anlaß geben, die Hände in den Schoß zu legen, noch rechtfertigt sie es, daß wir uns mit den kapitalistischen Machtverhältnissen abfinden.“

In Thesen stellte der Gewerkschaftsvorsitzende seine Positionen zu gewerkschaftlichen Grundsatzfragen dar: „Aufgabe der gewerkschaftlichen Tarifpolitik wird es weiterhin sein müssen, die Realeinkommen der Arbeiter und Angestellten weitgehend zu sichern und zu verbessern. Das heißt, daß wir auch zu berücksichtigen haben, daß die Lohnerhöhungen nicht nur von höheren Steuern und Sozialabgaben aufgefressen werden.“ Mahlein sprach sich gegen „tarifpolitische Vorleistungen – etwa auf einen kommenden Wirtschaftsaufschwung oder auf eine niedrige Inflationsrate“ aus. Sie sollten „für die Gewerkschaften unzumutbar sein.“

In der anschließenden Diskussion wurde von den meisten Diskussionsrednern eine vorwärtsweisende, aktionsorientierte Gewerkschaftsjugendarbeit gefordert. Unter kritischer Bezugnahme auf die Strategiediskussion in der Gewerkschaftsjugend verlangten die Diskussionsredner eine stärkere Orientierung auf die praktische Arbeit zur Durchsetzung aufgestellter Forderungen.

In diese Richtung zielt auch der Auftrag der Konferenz an den Hauptjugendausschuß, ein der Konferenz vorgelegtes „Aktionsprogramm der IG Druck- und Papier-Jugend“ zu überarbeiten und konkrete Aktionsvorschläge zu entwickeln.

Sowohl aus dem „Aktionsprogramm“ als auch aus den beschlossenen Anträgen gehen die Schwerpunkte der Jugendarbeit der IG Druck und Papier hervor: Kampf um Ausbildungsverpflichtung der Betriebe, Übernahme der Ausgelernten in ein Arbeitsverhältnis entsprechend dem erlernten Beruf, Verbesserung des Jugendarbeitsschutzes. Darüber hinaus wird von den jungen Gewerkschaftern die Beseitigung der Berufsverbote, das Verbot der Aussperrung sowie der Baustopp für Kernkraftwerke gefordert.

H. v. B.



## Frauen wollen nicht länger Spielball auf Arbeitsmarkt sein

Am 12. und 13. März 1977 fand in Springen/Taunus die 6. Bundesfrauenkonferenz der IG Druck und Papier statt, um Bilanz zu ziehen und die künftigen Aufgaben festzulegen. Den 61 Delegierten, die fast 30 000 weibliche Mitglieder vertraten — das ist ein Anteil von 18,6 Prozent an der Gesamtmitgliedschaft —, lagen über 40 Anträge und Entschlüsse zur Beratung und Beschlußfassung vor. Der Bundesfrauensekretärin Gisela Kessler sprachen die Delegierten einstimmig das Vertrauen aus.

IG-Druck-Vorsitzender Leonhard Mahlein forderte, die Gewerkschaften müßten sich „als politische Bewegung“ verstehen und damit zum selbständigen Motor der organisierten Arbeiter und Angestellten werden. Eine eindeutige Absage erteilte er dem Versuch konservativer Kräfte, die Existenz und das Wirken der Einheitsgewerkschaft auf ein vorgebliches „Gemeinwohl“ zu begrenzen. Ein solcher „Gemeinwohl“-Begriff meine nichts anderes als die Unantastbarkeit unternehmerischer Eigentums- und Herrschaftsverhältnisse. Bei der Wahrung ihrer Autonomie gegenüber Parteien und Staat, so Mahlein, müßten die Gewerkschaften von dem Bewußtsein geleitet sein, daß ihre „Ziele gegen den Widerstand gegensätzlicher Machtinteressen durchzusetzen sind, und daß es sich um Machtfragen handelt, die nur durch die Mobilisierung gewerkschaftlicher Gegenmacht entschieden werden können“.

Gisela Kessler, Bundesfrauensekretärin der IG Druck und Papier, wies in ihrem Grundsatzreferat darauf hin, daß die erwerbstätigen Frauen in der Bundesrepublik von Anfang an überproportional von Arbeitslosigkeit betroffen seien. Während ihr Anteil an den Beschäftigten 34 Prozent ausmache, stellten sie schon 45 Prozent der Arbeitslosen. Das habe dazu geführt, daß sich Angst und Unsicherheit ausbreiteten. Wörtlich erklärte Gisela Kessler: „Die Frauen in den Betrieben bangen besonders um ihre Arbeitsplätze, weil sie inzwischen sehr wohl gemerkt haben, daß sie zum Spielball auf dem Arbeitsmarkt gemacht werden.“ Alte Leitbilder würden wieder neu aufgelegt und den Frauen „ihre alleinigen und wichtigen Aufgaben im Haus und in der Kindererziehung suggeriert“. Dahinter stecke nicht nur die Absicht, arbeitslose Frauen mit ihrem Schicksal zu versöhnen, sondern auch, berufstätige Frauen zur Räumung ihrer Arbeitsplätze zu veranlassen.

Scharf wandte sich die IG-Druck-Bundesfrauensekretärin gegen die Gruppen der sogenannten Feministinnen, die den Kampf gegen eine angebliche Männerherrschaft an Stelle des gemeinsamen Kampfes von Männern und Frauen für eine Verbesserung der Ar-

beits- und Lebensbedingungen, für eine Veränderung der Gesellschaft im Interesse der Mehrheit der Bevölkerung propagierten. Damit betrieben die Feministinnen, ob sie es wollten oder

## DPG-Bundesfrauenkonferenz nahm „Reformvorschlag“ an

Am 1. und 2. März 1977 fand in der Augsburger Kongreßhalle die 5. Bundesfrauenkonferenz der Deutschen Postgewerkschaft (DPG) statt. Die 119 Delegierten, die 103 754 weibliche Mitglieder ihrer Gewerkschaft vertraten, berieten den Geschäftsbericht des Bundesfrauenausschusses und verabschiedeten rund 200 Anträge und Entschlüsse. 59 Anträge hatten den im Sommer des vergangenen Jahres veröffentlichten „Reformvorschlag Grundsätze und Ziele gewerkschaftlicher Frauenarbeit“ zum Inhalt. Er stand hier zur Diskussion und wurde auch angenommen.

Einige Anträge hatten grundsätzliche Änderungen des „Reformvorschlages“ zum Inhalt. Mehrere Delegierte traten für eine deutlichere Herausarbeitung der Tatsache ein, daß die Benachteiligung der Frau nicht nur ein Problem der Geschlechter ist, sondern daß nur konsequente Reformen unserer Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung die für die Frauen nachteilige Situation und die Situation aller abhängig Beschäftigten entscheidend verändern könnten.

Gerade die Deutsche Bundespost, als der größte Unternehmer für Frauen in der Bundesrepublik, stellte für die rund 150 000 Frauen fast keine qualifizierten Ausbildungs- und Arbeitsplätze zur Verfügung. So formulierte das auch die Leiterin der Abteilung Frauen beim DPG-Hauptvorstand, Ingeborg Langhammer, in ihrer Ergänzung zum Geschäftsbericht.

In einigen Anträgen und auch in der

nicht, „das Geschäft unserer Gegner, weil sie von den wahren Problemen der Frauen und den Schuldigen für die Diskriminierung ablenken“.

In der anschließenden Diskussion berichteten über 40 Delegierte über ihre Tätigkeit und Erfolge, die vor allem im Zusammenhang mit der Aktion gerechte Eingruppierung erreicht worden seien. So konnte beispielsweise durch Arbeitsplatzanalysen bei Westermann Druck und Verlag in Braunschweig erreicht werden, daß die Hilfsarbeiterinnen von der Lohngruppe II zuerst in Lohngruppe III und dann in Lohngruppe V eingestuft wurden.

Die Delegierten sprachen sich in ihren Anträgen für das Recht auf Arbeit aus (eine Auswahl von Anträgen befindet sich im Einheitsheft). Ein weiterer Antrag verurteilt die Praxis der Unternehmer, Frauen und Mädchen aus angeblich „sozialen Gesichtspunkten“ zu entlassen.

Diskussion kam der Unmut darüber zum Ausdruck, daß die Post höchstens drei Monate Anlernzeit für die zu 95 Prozent im produktiven Bereich tätigen Frauen für ausreichend hält. Ingeborg Langhammer erklärte, daß durch einen weiteren Ausbau der Teilzeitarbeit das Problem der Doppelbelastung der berufstätigen Frauen nicht gelöst werden kann. Um mehr Gleichberechtigung zwischen Männern und Frauen herzustellen und qualifizierte Arbeitsplätze zu erhalten, die ja bei Teilzeitarbeit nicht angeboten würden, müsse man aber andere Arbeitszeitregelungen finden. Im Gegensatz zu den Forderungen mehrerer Gewerkschaften nach Arbeitszeitverkürzungen bei vollem Lohnausgleich, meinte die DPG-Funktionärin, daß die Voraussetzungen dafür noch lange nicht gegeben seien.

Die Delegierten verabschiedeten in ihrem „Reformvorschlag“, daß sie entsprechend ihrem Organisationsverhältnis in allen Entscheidungsgremien der Gewerkschaft mitarbeiten und vertreten sind. In einer Entschluß wandte sich die Konferenz gegen die CDU/CSU-Machenschaften, den neuen § 218 durch Sonderabmachungen mit Krankenhausärzten zu unterlaufen. Auch Anträge gegen Rationalisierungsmaßnahmen und Arbeitshetze bei der Post wurden verabschiedet.

Entsprechend der neuen Richtlinien für die Frauenarbeit wählten die Delegierten der DPG-Bundesfrauenkonferenz als Vorsitzende des Bundesfrauenausschusses Hildegard Staber aus München. Stellvertretende Vorsitzende wurde Marita Weilmann aus Hamburg. -rie

## Aktionsprogramm der IG Druck und Papier

Am 14. März 1977 hat der Hauptvorstand der IG Druck und Papier der Öffentlichkeit ein Aktionsprogramm zur „aktuellen Situation in der Druckindustrie“ übergeben. In diesem Dokument wird auf den Leistungsdruck, den Reallohnverlust und auf das Arbeitsplatzrisiko hingewiesen. Sie hätten zu einer Verunsicherung der Beschäftigten in der Druckindustrie geführt. Das „Aktionsprogramm“, das auch für andere Gewerkschaften interessant sein dürfte, faßt die Konsequenzen zusammen, die sich aus dieser Situation ergeben. Zur Information unserer Leser veröffentlichen wir nachstehend das Dokument im Wortlaut.

### 1 Der soziale Besitzstand der Arbeitnehmer muß gesichert und ausgebaut werden

Die Arbeitnehmer in der Druckindustrie sind verunsichert. Leistungsdruck, Reallohnverlust und Arbeitsplatzrisiko bestimmen ihre Bewußtseinslage. Die Anwendung neuer Technologien, verbunden mit einem ungehemmten Gewinnstreben der Unternehmen, bestimmen die wirtschaftliche Situation und die soziale Stellung der Arbeitnehmer in unserer Zeit. In einer in unserer Gesellschaft bisher nie dagewesenen Weise ist die Lage der Arbeitnehmer von beschäftigungspolitischer Unsicherheit geprägt. Die schrankenlose Anwendung neuer Techniken führt darüber hinaus an vielen Arbeitsplätzen zu inhumanen Arbeitsbedingungen. Im sozialen Bereich wird der Besitzstand der Arbeitnehmer durch den drohenden Abbau gesetzlicher Leistungen gefährdet. Das alles ist eine ernste Bedrohung für die Arbeitnehmer. Sicherung und Ausbau ihres sozialen Besitzstandes sind deshalb von entscheidender Bedeutung.

Der soziale Besitzstand wird wesentlich durch tarifliche und gesetzliche Errungenschaften geprägt, die in der Vergangenheit durch den Kampf der deutschen Gewerkschaftsbewegung erreicht wurden. Die Sicherung und der Ausbau dieses Besitzstandes muß auf allen Ebenen und mit allen Mitteln erfolgen. Allen Forderungen der Unternehmen und allen politischen Versuchen zum Abbau und zur Einschränkung von Rechten und Ansprüchen der Arbeitnehmer ist entschlossener Widerstand entgegenzusetzen.

### Das bedeutet für die IG Druck und Papier

#### in der Betriebsarbeit:

- Betriebsräte und Vertrauensleute verteidigen den sozialen Besitzstand durch konsequente Wahrnehmung der Belegschaftsinteressen in enger Zusammenarbeit mit der IG Druck und Papier;
- Volle Ausschöpfung aller zugunsten der Arbeitnehmer geltenden Gesetze, Tarifverträge und Verordnungen sowie deren weite Auslegung im Arbeitnehmerinteresse;
- Einbeziehung der gesamten Belegschaft in die betrieblichen Auseinandersetzungen;
- Stärkung der gewerkschaftlichen Kampfkraft mittels aktiver Vertrauenskörper.

#### Tarifpolitische Schwerpunkte:

- Sicherung der Einkommen;
- Sicherung der Arbeitsplätze;
- und Verbesserung der Arbeitsbedingungen.

#### Forderungen an den Gesetzgeber:

- Gezielte und ausreichende Maßnahmen zur Wiederherstellung und Sicherung der Vollbeschäftigung;
- Keine Reduzierung von gesetzlichen sozialen Leistungen für Arbeitnehmer;
- Steuerliche Entlastungen für die unteren und mittleren Einkommen;

- Keine Subventionierung von Unternehmen und Betrieben ohne verpflichtende Auflage zur Schaffung bzw. Erhaltung von Arbeitsplätzen.

#### Organisationspolitische Aufgaben:

- Information, Bewußtseinsbildung und Mobilisierung der Mitgliedschaft;
- Intensivierung der Zusammenarbeit mit anderen DGB-Gewerkschaften;
- Gemeinsames Handeln mit den Gewerkschaften der Internationalen Grafischen Föderation gegen die Politik multinationaler Unternehmen.

### 2 Gewerkschaftliche Tarifpolitik ist den Lebens- und Arbeitsbedingungen der Arbeitnehmer verpflichtet

Die Tarifautonomie ist Angriffen und Einschränkungen ausgesetzt. Versuche, die Tarifpolitik der Gewerkschaften mit Orientierungsdaten, Lohnleitlinien, Gutachten und „Empfehlungen“ zu beeinflussen, nehmen zu. Diese Bestrebungen gefährden den sozialen Besitzstand der Arbeitnehmer und sind deshalb abzuwehren.

### Das bedeutet für die IG Druck und Papier

#### In der Betriebsarbeit:

- Rechtzeitige Vorbereitung der Tarifforderungen und ihrer Durchsetzung durch Vertrauenskörper und Mitgliedschaft;
- Warnstreiks in den Betrieben sind Kampfmittel der Gewerkschaften;
- Aussperrung soll die Gewerkschaften zerstören;
- ihr muß durch gezielte Aufklärungsarbeit begegnet werden.

#### Tarifpolitische Schwerpunkte:

- Fortsetzung einer aktiven und solidarischen Lohnpolitik;
- Verbesserung des Reallohns;
- Notwendige tarifpolitische Entscheidungen orientieren sich an den Interessen der Mitglieder und nicht an vorgegebenen Daten;
- Ablehnung der Zwangsschlichtung im Konfliktfall.

#### Forderungen an den Gesetzgeber:

- Durch wirtschaftspolitische Ziele und Konzepte der Regierungen darf die Tarifautonomie nicht beeinträchtigt werden;
- Die Aussperrung ist gesetzlich zu verbieten.

#### Organisationspolitische Aufgaben:

- Intensive Unterrichtung der Mitglieder über Inhalte und Zielsetzung der Tarifpolitik der IG Druck und Papier;
- Publizistische Aufklärung über die Sittenwidrigkeit unternehmerischer Aussperrung.

### 3 Einschränkungen der Rechte der Arbeitnehmer und ihrer Vertretungen durch den Tendenzschutz müssen beseitigt werden

Zeitungs- und Zeitschriftenbetriebe sind Wirtschaftsunternehmen und als solche gewinnorientiert wie andere. Es gibt daher keine Rechtfertigung, bestehende Mitbestimmungsregelungen für sie außer Kraft zu setzen. Die verfassungsmäßig garantierte Presse- und Meinungsfreiheit wird durch die Ausübung der vollen Mitbestimmungsrechte der Arbeitnehmer nicht eingeschränkt, sondern gestärkt. Die Presse- und Meinungsfreiheit ist kein Privileg für die einseitige Ausübung von Wirtschaftsmacht. Tendenzschutz und Manipulation mit Unternehmens-Rechtsformen dürfen nicht gegen die Rechte der Arbeitnehmer eingesetzt werden oder diese beschränken.

### Das bedeutet für die IG Druck und Papier

#### In der Betriebsarbeit:

- Die ungerechtfertigte Herabsetzung der Beschäftigten in



Presseunternehmen zu Menschen minderen Rechts muß bekämpft werden;

- Die Anwendung von Tendenzschutzbestimmungen muß ständig in Frage gestellt werden;
- Betriebsräte sollen in allen den Tendenzschutz betreffenden Streitfällen Beschlußverfahren einleiten;
- Stärkere Einbeziehung der Redakteure in die gewerkschaftliche Betriebsarbeit.

#### **Tarifpolitische Schwerpunkte:**

- Tarifliche Regelung der Mitbestimmungsrechte in Presseunternehmen;
- Tarifvertragliche Regelung von Mitwirkung und Mitbestimmung in den Redaktionen.

#### **Forderungen an den Gesetzgeber:**

- Ausweitung der Mitbestimmung auf die Zeitungs- und Zeitschriftenverlage einschließlich des technischen Bereiches;
- In Druck- und Vertriebszentren mit Verlagsbeteiligungen (Schachtelbesitz) muß die Bildung von Gesamt- oder Konzernbetriebsräten ermöglicht werden.

#### **Organisationspolitische Aufgaben:**

- Nachhaltige Öffentlichkeitsarbeit über die arbeitnehmerfeindliche Bedeutung und Auswirkung des Tendenzschutzes.

## **4 Die Beschäftigten der Druckindustrie sind in besonderem Maße von den wirtschaftlichen und technologischen Veränderungen betroffen**

Von 224 170 Arbeitsplätzen in der Druckindustrie im Jahre 1970 sind bis Ende 1976 34 000 vernichtet worden. Ausgelöst durch die Verdoppelung der Investitionen (von 430 Mio. DM 1964 auf 850 Mio. DM 1973) wurden die meisten Arbeitsverfahren von einer noch oftmals manuellen Fertigung zu industriellen Produktionsabläufen verändert. Damit ist eine umfassende Rationalisierung und Arbeitsintensivierung in den Betrieben verbunden. Die Umsätze, also die verkaufte Produktion, haben sich innerhalb von acht Jahren (von 1968 bis 1976) verdoppelt. Mit weniger Beschäftigten wird mehr produziert.

### **Das bedeutet für die IG Druck und Papier**

#### **In der Betriebsarbeit:**

- Qualifizierte Beteiligung der Betriebsräte und Vertrauensleute an den Investitionsplanungen und -entscheidungen;
- Ausschöpfung aller Möglichkeiten zur Personalplanung;
- Die Schweigepflicht des Betriebsrates darf nicht zu Lasten der Beschäftigten gehen;
- Betriebsvereinbarungen und Sozialpläne müssen mit der IG Druck und Papier abgesprochen werden.

#### **Tarifpolitische Schwerpunkte:**

- Sicherung der Beschäftigung bei Arbeitsplatzverlust infolge Einsatzes neuer Technologien mit allen betrieblichen und überbetrieblichen Mitteln;
- Sicherung der Einkommen bei Umsetzungen und Versetzungen;
- Verpflichtete Normen zur Personalplanung unter Mitbestimmung der Betriebsräte;
- Beschäftigungssicherung durch Maschinenbesetzungsregelungen, die humanen Arbeitsbedingungen entsprechen.

#### **Forderungen an den Gesetzgeber:**

- Die negativen beschäftigungspolitischen Auswirkungen durch Investitionen sind nach dem Verursacherprinzip zu regeln;
- Staatliche Investitionshilfen müssen mit Auflagen zur Schaffung und Erhaltung von Arbeitsplätzen und humanen Arbeitsbedingungen verbunden werden.
- Die Vergabe staatlicher Mittel zur Technologieforschung darf nur mit der Auflage erfolgen, daß gleichzeitig die arbeitsmarktpolitischen Folgen der Technologieanwendung erforscht werden.
- Bei der Vergabe von Mitteln für den Forschungsbereich Ingenieurwissenschaften an Produktionsunternehmen muß sichergestellt sein, daß diese Mittel bei wirtschaftlicher Nut-

zung des geförderten Projektes zweckgebunden für sozialwissenschaftliche Forschungsaufgaben zurückfließen.

#### **Organisationspolitische Aufgaben:**

- Vermehrte Information über die negativen sozialen Auswirkungen neuer Technologien;
- Förderung des Erfahrungsaustausches zwischen Betriebsräten und Vertrauensleuten;
- Referentenmaterial für Versammlungen, Schulungen, Arbeitskreise u. ä.

## **5 Produktivitätsfortschritt verringert die Zahl der Arbeitsplätze, ermöglicht aber auch die Verkürzung der Arbeitszeit zugunsten von mehr Erholung und Bildung**

Der Bedarf an menschlicher Arbeitskraft in der Druckindustrie wird durch gesteigerte Arbeitsintensität und erhöhten Arbeitszeiteinsatz der beschäftigten Arbeitnehmer sowie durch weitere Technisierung und Rationalisierung von Arbeitsabläufen immer geringer.

### **Das bedeutet für die IG Druck und Papier**

#### **In der Betriebsarbeit:**

- Neueinstellungen statt Überstunden;
- strikte Einhaltung der tarifvertraglichen Vorschriften über die Besetzung der Maschinen und Arbeitsplätze;
- Vereinbarungen über Unterbesetzungen dürfen nicht abgeschlossen werden;
- urlaubs- und krankheitsbedingte Ausfälle dürfen nicht durch Mehrarbeit ausgeglichen werden, sondern müssen in vereinbarten Stellenplänen berücksichtigt sein.

#### **Tarifpolitische Schwerpunkte:**

- Verlängerung der Erholzeiten mit vollem Lohnausgleich für Schichtarbeiter;
- Reduzierung der täglichen Effektivarbeitszeit an besonders belastenden Arbeitsplätzen durch die Einführung bezahlter Erholpausen;
- Verkürzung der Wochenarbeitszeit mit vollem Lohnausgleich.

#### **Forderungen an den Gesetzgeber:**

- Einführung eines 10. Schuljahres;
- Herabsetzung der Altersgrenze bei voller sozialer Sicherung;
- Bildungsurlaubsgesetze für alle Arbeitnehmer;
- gezielter Einsatz größerer Mittel aus dem Arbeitsförderungsgesetz zur Bekämpfung struktureller Arbeitslosigkeit;
- Novellierung der AZO;
- schärfere Anwendung und stärkerer personeller Ausbau der Gewerbeaufsichtsämter.

#### **Organisationspolitische Aufgaben:**

- Der verbreiteten Meinung entgegenwirken, wonach Arbeitszeitverkürzung vorrangig der Lösung arbeitsmarktpolitischer Probleme zu dienen hat.
- Der kulturelle und gesellschaftspolitische Wert der Arbeitszeitverkürzung ist stärker zu betonen.

## **6 Die Einführung neuer Technologien in der Druckindustrie hat die Arbeitsbedingungen und Anforderungen an Qualifikation und Leistung der Beschäftigten entscheidend verändert. Dies darf nicht zu Lasten der Arbeitnehmer gehen**

Unternehmer haben aufgrund ihrer Verfügungsgewalt über Produktionsmittel die Möglichkeit, Arbeitsbedingungen und

-anforderungen einseitig fortzusetzen. Der Konkurrenzkampf in der Druckindustrie — verstärkt durch Überkapazitäten und Fehlinvestitionen — hat zu konzentriertem Einsatz von neuen Technologien geführt. Im Bereich der Zeitungs- und Zeitschriftenherstellung verstärkt sich der Konzentrationsprozeß und führt zur Produktion in Druckzentren und externen Rechenzentren. Im Bereich der Satzherstellung ist es durch die Einführung von integrierten Texterfassungs- und Textverarbeitungssystemen zu veränderten bzw. völlig neuen Arbeitsabläufen gekommen.

### **Das bedeutet für die IG Druck und Papier**

#### **In der Betriebsarbeit:**

- Der Leistungsintensivierung ist von den Betriebsräten und Vertrauensleuten verstärkt zu begegnen;
- die Beschränkung auf die tarifliche Normalleistung (MTV § 4 Ziff. 3) ist zu sichern;
- genereller Widerstand gegen den Abbau von übertariflichen Zulagen und bestehenden freiwilligen Zahlungen im Rahmen betrieblicher Sozialpolitik ist zu leisten;
- die Besetzungsvorschriften an Maschinen sind zu prüfen und gegebenenfalls im Sinne der tariflichen Vorschriften neu zu vereinbaren;
- die tarifgerechte Eingruppierung von Arbeitnehmern in Lohn- und Gehaltsgruppen ist durchzusetzen;
- die gesetzlichen Betriebsvertretungen sind auf ihre Verpflichtung zur Überwachung und Einhaltung der gesetzlichen und tariflichen Bestimmungen hinzuweisen.

#### **Tarifpolitische Schwerpunkte:**

- Die Forderungen zu den Anhängen zum MTV gewerbliche Arbeitnehmer Druckindustrie müssen im Interesse der Anpassung der Arbeitsbedingungen an neue Technologien und veränderte Produktionsabläufe voll durchgesetzt und die Verhandlungen beschleunigt abgeschlossen werden;
- die Arbeitsbedingungen an integrierten Textverarbeitungssystemen müssen über die bisherigen Tarifvertragsgrenzen hinweg geregelt werden;
- die Arbeitsbedingungen an neuen Geräten und Anlagen, insbesondere bei integrierten Textverarbeitungssystemen, müssen unter Berücksichtigung von arbeitsmedizinischen Untersuchungen in die Manteltarifanhänge aufgenommen werden;
- die Besetzungsvorschriften für neue Maschinen und Anlagen sind entsprechend den gesteigerten körperlichen und nervlichen Anforderungen zu gestalten;
- Sicherung des sozialen Besitzstandes für ältere Arbeitnehmer.

#### **Forderungen an den Gesetzgeber:**

- Verbesserung der Bestimmungen für Arbeitssicherheit und Gesundheitsschutz.

#### **Organisationspolitische Aufgaben:**

- Die Betriebsräte und Vertrauensleute werden in die Pflicht genommen, in enger Verbindung mit der IG Druck und Papier dafür zu sorgen, daß tarifvertragliche Bestimmungen verwirklicht werden;
- alle Organe der IG Druck und Papier sind verpflichtet, die Betriebsräte und Vertrauensleute bei der Erfüllung dieser Aufgaben aktiv zu unterstützen.

## **7 Berufliche Bildung und Qualifikation der Arbeitnehmer in der Druckindustrie sind ein wichtiger Bestandteil ihres sozialen Besitzstandes**

Ausbildung und berufliche Weiterbildung müssen die veränderten technischen und arbeitsorganisatorischen Bedingungen verstärkt berücksichtigen. Dieser Prozeß kann nicht dem einzelnen davon betroffenen Arbeitnehmer zur individuellen Lösung oder Bewältigung überlassen bleiben.

### **Das bedeutet für die IG Druck und Papier**

#### **In der Betriebsarbeit:**

- Ausbildung, berufliche Weiterbildung und Umschulung auf-

grund neuer Arbeitsverfahren müssen nach dem Verursacherprinzip behandelt werden und eine Arbeitsplatzgarantie beinhalten.

#### **Tarifpolitische Schwerpunkte:**

- Umschulungen, Zweitausbildung und berufliche Weiterbildung sind von den Unternehmern zu finanzieren und während der Arbeitszeit durchzuführen.

#### **Forderungen an den Gesetzgeber:**

- Die Bundesanstalt für Arbeit hat verstärkt Arbeitsmarkt- und Berufsforschung zu betreiben;
- Schaffung von Ausbildungsplätzen und Weiterbildungsmöglichkeiten.

#### **Organisationspolitische Aufgaben:**

- Ausschöpfung und Verstärkung der Mitbestimmungsmöglichkeiten bei Kammern und Ausschüssen;
- Mitgestaltung an zukunftsorientierten Berufsbildern.

## **8 Die Auswirkungen der im Produktionsprozeß eingesetzten neuen Technologien heben die traditionellen Unterscheidungsmerkmale zwischen Arbeitern und Angestellten auf**

Trotz sich angleichender Arbeitsanforderungen und Arbeitsbedingungen werden die Arbeitnehmer noch immer in Arbeiter und Angestellte klassifiziert. Obwohl die Arbeitsbedingungen sich gleichen, bestehen noch immer unterschiedliche Tarifverträge.

### **Das bedeutet für die IG Druck und Papier**

#### **In der Betriebsarbeit:**

- Abbau des Konkurrenzdenkens zwischen Arbeitern und Angestellten;
- stärkere Einbeziehung der Angestellten in die gewerkschaftliche Betriebsarbeit.

#### **Tarifpolitische Schwerpunkte:**

- Zentralisierung der Angestelltentarife;
- gemeinsame Tarifverträge für Arbeiter und Angestellte sind anzustreben;
- alle EDV-Tätigkeiten sind zu tarifieren.

#### **Forderungen an den Gesetzgeber:**

- Gleichstellung der Arbeiter und Angestellten in allen sozialpolitischen Bereichen und dem Arbeitsrecht;
- keine Sonderrechte für leitende Angestellte.

#### **Organisationspolitische Aufgaben:**

- gezielte Aufklärungsarbeit und Werbemaßnahmen;
- bessere Darstellung der Tarifierfolge für Angestellte;
- keine Sonderstellung als Personengruppe innerhalb der Organisation;
- stärkere solidarische Einbindung in die innergewerkschaftliche Willensbildung.

## **9 Die Durchsetzung dieses Aktionsprogramms erfordert den vollen Einsatz aller Mitglieder und Funktionäre**

### **Das bedeutet für die IG Druck und Papier**

- Die Werbemaßnahmen müssen verstärkt auf Arbeitnehmergruppen mit geringem Organisationsgrad gerichtet sein, z. B. in der Papierverarbeitung und in Verlagen sowie bei Frauen, Angestellten und Jugendlichen.
- Kein Betrieb ohne Betriebsrat!
- Auf- und Ausbau der gewerkschaftlichen Vertrauenskörper.
- Verstärkte betriebsbezogene Schulungsarbeit im örtlichen und regionalen Bereich.
- Information der Öffentlichkeit über Aufgaben und Ziele der IG Druck und Papier.
- Kooperation mit den gemeinwirtschaftlichen Unternehmen.



# Frauenkonferenzen mit wichtigen Beschlüssen

In den letzten Wochen fanden zur Vorbereitung der jeweiligen Gewerkschaftstage Bundesfrauenkonferenzen der Gewerkschaft Holz und Kunststoff (GHK) am 26. und 27. Februar in Nürnberg, der Deutschen Postgewerkschaft (DPG) am 1./2. März in Augsburg und der IG Druck und Papier am 12./13. März in Springen/Taunus statt. Zur Information unserer Leser veröffentlichen wir nachfolgend eine Auswahl der angenommenen Beschlüsse.

## Gewerkschaft Holz und Kunststoff

### Arbeitsmarktpolitik (A 1)

Der Hauptvorstand der GHK wird aufgefordert, über den DGB auf die Bundesregierung einzuwirken, daß neue wirtschaftspolitische Möglichkeiten geschaffen werden, um die hohe Arbeitslosenquote zu senken. Steuer- und Investitionserleichterungen zugunsten der Unternehmer werden abgelehnt, da sie in der Vergangenheit nicht zur Beseitigung der Arbeitslosigkeit beigetragen haben. Die Vorstellungen des DGB zur Arbeitsmarktpolitik und Investitionslenkung sind geeignete Mittel zur Wiederherstellung der Vollbeschäftigung.

**Begründung:** Die Zahl der gemeldeten Arbeitslosen bei den Arbeitsämtern betrug im September 1976 898 300, davon waren 51,4 Prozent Frauen. Diese Entwicklung muß durch geeignete Maßnahmen gestoppt werden. Das Recht auf Arbeit ist eine unabdingbare Forderung der Gewerkschaften. Besonders die erwerbstätigen Frauen dürfen nicht zur industriellen Reservearmee abgestempelt werden.

### Mitbestimmung (A 5)

Der Hauptvorstand der GHK wird beauftragt, über den DGB-Bundesvorstand auf die Bundesregierung einzuwirken, daß das bereits verabschiedete Mitbestimmungsgesetz novelliert wird.

**Begründung:** Ein Mitbestimmungsgesetz, das für die Arbeitnehmer in der Bundesrepublik schlechter ist als das bestehende Mitbestimmungsgesetz in der Montanindustrie, ist für die Gewerkschaften kein Fortschritt.

### Vertrauensleutearbeit (A 6)

Der Hauptvorstand der GHK wird aufgefordert, die im Jahre 1976 eingeleiteten Maßnahmen zur Ausweitung und Verbesserung der GHK-Vertrauensleutearbeit weiter als vorrangige gewerkschaftspolitische Aufgabe zu behandeln. Dazu gehört insbesondere die Ausweitung der Vertrauensleutefunktionen und die Durchführung von Schulungsmaßnahmen für GHK-Vertrauensleute.

**Begründung:** Gerade für die gewerkschaftliche Frauenarbeit ist der Ausbau und die Ausweitung der GHK-Vertrauensleutearbeit eine gewerkschaftspolitische Notwendigkeit. Frauenarbeit in der GHK ist Bestandteil der allgemeinen Gewerkschaftsarbeit und findet insbesondere in der GHK-Vertrauensleutearbeit ein hervorragendes Aktionsfeld, um gemeinsam mit den männlichen Kollegen besonders die Situation der arbeitenden Frau in den Betrieben und Büros zu verbessern.

## Deutsche Postgewerkschaft

### Haushaltsstrukturgesetz (A 68)

Der Hauptvorstand wolle sich mit Nachdruck weiter dafür einsetzen, daß die durch das Haushaltsstrukturgesetz eingeführten Verschlechterungen im Beamten-, Besoldungs- und Reisekostenrecht wieder aufgehoben werden.

**Begründung:** Dieses erlassene Gesetz trifft nur einen Teil der im öffentlichen Dienst Beschäftigten. Die Maßnahmen sind unausgewogen und sozial ungerechtfertigt.

### Einstellungen (A 86)

Der Hauptvorstand wolle sich dafür einsetzen, daß — ggf. regional unterschiedlich — wieder Beschäftigte für den mittleren Fernmeldedienst einzustellen sind.

**Begründung:** Es zeichnet sich schon jetzt ab, daß durch Rationalisierungsmaßnahmen in verschiedenen Bereichen nicht die ursprünglich erwartete Anzahl von Kräften freigesetzt werden wird, so daß auf Dauer ein Personalüberhang — auch unter Berücksichtigung der normalen Abgänge — nicht zu erwarten ist. Außerdem sollten die Probleme der Jugendarbeitslosigkeit, von der auch weibliche Jugendliche betroffen werden, mit in die Überlegungen einfließen.

### Freistellung zur Pflege erkrankter Kinder (A 104)

Der Hauptvorstand wird aufgefordert, in Verhandlungen mit dem BPM bzw. mit dem Gesetzgeber zu erreichen, daß allen Beschäftigten die zur Pflege erkrankter Kinder erforderliche Freistellung vom Dienst unter Fortzahlung der Bezüge gewährt wird.

**Begründung:** Kranke Kinder können weder in Kindergärten noch in Kindertagesstätten untergebracht und gesundgepflegt werden. Auch benötigen kranke Kinder mehr die Anwesenheit und Fürsorge der Mutter oder des Vaters. Der in den Tarifverträgen für Arbeiter und Angestellte und in Verfügungen für Beamte zur Verfügung stehende Urlaub für persönliche Zwecke von bis zu 4 Tagen (höchstens 2mal im Kalenderjahr) reicht meist nicht aus, ein Kind gesundzupflegen, da Kinderkrankheiten bekanntlich länger dauern. Dasselbe gilt auch für die in der RVO getroffene Regelung.

### Erholungszuschläge (A 117)

Der Hauptvorstand wolle durch Verhandlungen mit dem BPM erreichen, daß die Erholungszuschläge in Bemessungsbereichen mit monotoner Tätigkeit erhöht werden.

**Begründung:** Monotone Tätigkeiten führen zu frühzeitigen Ermüdungserscheinungen und Verkrampfung und somit auch zu erhöhter Krankheitsanfälligkeit. Im Interesse der Gesunderhaltung des Personals und aus arbeitsmedizinischer Sicht ist die Einlegung (und Einhaltung) weiterer Kurzpausen und damit auch die Erhöhung der Erholungszuschläge erforderlich.

### Verkürzung der Arbeitszeit (A 143)

Der Hauptvorstand wird aufgefordert, sich umgehend für die Verwirklichung folgender Forderungen einzusetzen:

1. Verkürzung der Wochenarbeitszeit
2. Senkung des Akkordsatzes
3. Keine geteilten Schichten (Doppeltouren)
4. Sonn- und Feiertagszuschläge in der Bemessung
5. Erhöhung des Vertreteranteils
6. Senkung der Anwesenheitszeit auf maximal 8 Stunden
7. Pro Woche 56 Stunden zusammenhängende Freizeit
8. Ausschöpfung aller technischen Möglichkeiten, um den Arbeitsplatz menschengerechter zu gestalten
9. Einbeziehung der Ausbildung im einfachen und mittleren nichttechnischen Dienst in die vom BPM vorgelegte Ausbildung im AP-Bereich (Berufsfeld Kaufmann).

### Versicherungspflichtige Teilzeitbeschäftigung (A 182)

Der Hauptvorstand soll sich dafür einsetzen, daß auch die vielen teilzeitbeschäftigten Frauen mit einer Arbeitszeit von weniger als der Hälfte der jeweils geltenden Arbeitszeit bzw. mit einem Verdienst von weniger als einem Achtel der Beitragsbemessungsgrenze in der gesetzlichen Sozialversicherung (Arbeitslosen- und Rentenversicherung sowie Krankenversicherung) versicherungspflichtig werden.

**Begründung:** Die Möglichkeit sozialversicherungsfreier Tätigkeit hilft den Frauen nicht; sie fördert vielmehr die Unternehmer. Die Unternehmer nutzen es aus, daß die Frauen aufgrund ihrer familiären Situation eine Beschäftigung ausüben müssen. Dabei beuten sie die Arbeitskraft dieser Frauen unverantwort-

lich aus. Zudem haben sie eine konkurrenzlos niedrige Kostenbelastung, was zur Folge hat, daß gesicherte Arbeitsplätze (z. B. im Reinigungsdienst) verloren gehen.

### Pausenregelungen (E 2)

Vom Bundesrechnungshof und dem Bundesministerium des Innern gibt es erneut Bestrebungen, die bestehenden Pausenregelungen bei der Deutschen Bundespost zu kürzen. Die Delegierten der 5. Bundesfrauenkonferenz der DPG wenden sich mit allem Nachdruck gegen den Abbau bestehender Pausenregelungen, insbesondere in den Betriebsdiensten.

### Paragraph 218 (E 3)

Die Bundesfrauenkonferenz verurteilt das Vorgehen von CDU/CSU-Kommunalpolitikern, durch die die Reform des § 218 unterlaufen wird. Durch entsprechende Verträge mit Krankenhausärzten wird verhindert, daß diese Ärzte Schwangerschaftsunterbrechungen nach der sozialen Indikation vornehmen können. Dieses Vorgehen beschneidet die Gewissenstrennheit der Ärzte und verstößt gegen geltendes Recht. Der Kurfischerei wird in diesen Bereichen weiter in die Hände gearbeitet. Besonders Frauen aus den unteren gesellschaftlichen Schichten, für die die soziale Indikation Bedeutung hat, werden durch diese Methoden betroffen, weil sie aus wirtschaftlichen und familiären Gründen kaum in anderen Regionen oder gar einem anderen Bundesland die Schwangerschaftsunterbrechung vornehmen lassen können.

## IG Druck und Papier

### Recht auf Arbeit auch für Frauen (A 1)

Von den Auswirkungen der Krise werden Frauen besonders betroffen. Sie trifft die Arbeitslosigkeit zuerst und am längsten. Ihr Anspruch auf gleichen Lohn bei gleichwertiger Arbeit begegnet noch größerem Widerstand. Im Bereich der Bildung und Ausbildung sind sie noch mehr benachteiligt als zuvor. Ihre ohnehin absolut unzureichenden Aufstiegsmöglichkeiten sind weiter verschlechtert. Den Druck auf den Lebensstandard der Familie haben besonders die Frauen auszuhalten. Am Ende des Arbeitslebens haben sie durchschnittlich die niedrigsten Renten. Entgegen den Hoffnungen der vergangenen Jahre sind sie im Beruf und im privaten Leben diskriminiert wie zuvor. Gegenwärtig belebt sich zwar die Absatzlage der Unternehmer, doch bleiben die Rückwirkungen auf die Beschäftigungssituation der Arbeiter und Angestellten aus.

Recht auf Arbeit ist die zentrale gewerkschaftliche Forderung. Recht auf Arbeit — auch für Frauen beinhaltet aber auch, daß die Erwerbstätigkeit der Frauen nicht vom Konjunkturverlauf abhängig gemacht werden kann, und insoweit geht es nicht nur um die Wiedereingliederung der derzeit arbeitslosen Frauen, sondern gleichermaßen darum, daß die Integration der Frauen in den Erwerbsprozeß allgemein vorangetrieben wird. D. h., es sind alle Voraussetzungen dafür zu schaffen, daß Frauen erwerbstätig sein können, daß in Zukunft Männer und Frauen Erwerbstätigkeit als eine Selbstverständlichkeit betrachten und auch die Frauen ihren Lebensplan darauf aufbauen können. Alle damit verbundenen Forderungen können nicht losgelöst von den allgemeinen politischen Maßnahmen gesehen werden und sind nicht nur mit den Mitteln der Wirtschaftspolitik, sondern gleichermaßen mit der Bildungs- und Sozialpolitik zu erreichen.

#### Bereich der Wirtschaftspolitik

- Bei Vergabe von öffentlichen Aufträgen und staatlichen Investitionen sind Auflagen zu erlassen, die eine Vermehrung von Arbeitsplätzen zur Folge haben und eine bestimmte Quote qualifizierter Ausbildungs- und Arbeitsplätze für Jugendliche und Frauen vorsehen sowie die Einhaltung von gesetzlichen Bestimmungen über die Arbeitsbedingungen und die Arbeitsumwelt zu beachten;
- Schaffung von mehr Arbeitsplätzen durch eine aktive Arbeitsmarktpolitik im Rahmen allgemeiner Arbeitszeitverkürzung, Verlängerung von Urlaub sowie Einbeziehung von weiteren Beschäftigten ins Erwerbsleben;

- Verkürzung der Lebensarbeitszeit aufgrund steigender Arbeitsproduktivität durch technische und organisatorische Rationalisierung;
- verstärkter Schutz für die Beschäftigten bei Rationalisierungsmaßnahmen;
- Einführung von Wirtschafts- und Sozialräten;
- gesamtgesellschaftliche Planung und Lenkung des Wirtschaftsprozesses nach den Bedürfnissen der Arbeitnehmer bei gleichzeitiger Mitbestimmung der Gewerkschaften — insbesondere bei Investitionen sowie bei Kapitalexport;
- Demokratisierung der Wirtschaft durch Einführung der paritätischen Mitbestimmung; Überführung von Schlüsselindustrien und anderer markt- und wirtschaftsbeherrschender Unternehmen in Gemeineigentum.

#### Bereich der Bildungspolitik:

- Reform des Bildungswesens nach den bildungspolitischen Forderungen des DGB, insbesondere Einführung des 10. Schuljahres und Änderung der Bildungsinhalte;
- Einführung von Ganztagschulen und Einrichtung von Hausaufgabenhilfen;
- Reform der Berufsbildung nach der Forderung des DGB, insbesondere die Schaffung von mehr qualifizierten Ausbildungsplätzen und Einführung eines Berufsbildungsfonds;
- bei Vergabe öffentlicher Mittel zur Schaffung von mehr qualifizierten Ausbildungsplätzen ist eine bestimmte Quote für Frauen festzulegen, dies gilt besonders für sogenannte Männerberufe;
- bei Einrichtung überbetrieblicher Ausbildungsstätten ist eine bestimmte Quote für Ausbildungsplätze für Frauen vorzusehen;
- Änderung des Arbeitsförderungsgesetzes, damit die Wiedereingliederung der Frauen in den Arbeitsprozeß (Anpassungsbildung) ermöglicht wird;
- besondere Bildungsangebote für Frauen im Rahmen der Weiterbildung zur Erhöhung der Qualifikation bzw. zur Erreichung eines beruflichen Abschlusses sowie Umschulungsmaßnahmen;
- Betreuung der Kinder während der Veranstaltungen im Rahmen der allgemeinen und beruflichen Bildung;
- Bildungsurlaub für alle Arbeitnehmer.

#### Bereich der Sozialpolitik

- Sonderurlaub für Mütter und Väter in den ersten 18 Monaten nach Ablauf der Mutterschutzfristen bei Zahlung eines Entgeltes;
  - ausreichende Kindertagesstätten zu angemessenen Unterbringungskosten;
  - Freistellung Erwerbstätiger zur Pflege erkrankter Angehöriger bei vollem Lohnausgleich;
  - Verkürzung der täglichen Arbeitszeit, um die Aufgaben in Beruf und Familie besser vereinbaren zu können;
  - Verbesserung des Mutterschutzes nach dem 10-Punkte-Programm des DGB;
  - Schaffung einer eigenständigen sozialen Sicherung der Frau.
- Die Delegierten erwarten von den Gewerkschaften zur Durchsetzung dieser Forderungen gezielte Aktionen, die so angelegt sein müssen, daß sie mehr als bisher die Betroffenen selbst einbeziehen sowie die arbeitende Bevölkerung vom Standpunkt gegensätzlicher Interessen über wirtschaftliche und soziale Zusammenhänge aufklären und die Notwendigkeit der gewerkschaftlichen Forderungen deutlich machen. Der Hauptvorstand der IG Druck und Papier wird aufgefordert, beim Deutschen Gewerkschaftsbund darauf zu dringen, daß bei der Überarbeitung des Grundsatz- und Aktionsprogramms des DGB das Recht der Frauen auf Integration in das Erwerbsleben — im Sinne dieses Antrags — stärker in den Vordergrund gestellt wird.

### Diskriminierung bei Kündigungen (A 5)

Bei berufstätigen Frauen dürfen nicht länger angeblich soziale Gesichtspunkte als Vorwand für Kündigungen angeführt werden. Betriebsräte sollten keine derartige Diskriminierung der berufstätigen Frauen und Mädchen von Seiten der Unternehmer zulassen.

**Begründung:** Immer wieder müssen berufstätige Frauen erfahren, daß sie als erste gekündigt werden. Berufstätige Ehe-



frauen werden nicht selten als „Doppel- oder Zuverdiener“ diskriminiert. Das widerspricht dem Gleichheitsgrundsatz des Grundgesetzes, der Neuregelung des Familien- und Erbrechts und steht im krassen Gegensatz zum legitimen Recht auf Arbeit.

### Kindergeld (A 12)

Die Bundesregierung und alle im Bundestag vertretenen Parteien werden aufgefordert, gesetzliche Maßnahmen zu beschließen, wonach unter Ergänzung des § 2 Abs. 3 Ziff. 4 Kindergeldgesetz sowie der §§ 1262 Abs. 3, 1267 RVO ein Leistungsanspruch auch dann zu bestehen hat, wenn wegen Ausbildungsplatzmangels über das 18. Lebensjahr hinaus eine Schul- oder Berufsausbildung nicht durchgeführt werden kann und dadurch Arbeitslosigkeit eintritt.

**Begründung:** Kindergeld nach dem Kindergeldgesetz sowie Kinderzuschüsse bzw. Waisenrente nach den Vorschriften der RVO wird Anspruchsberechtigten über das 18. Lebensjahr hinaus nur dann gewährt, wenn diese sich in Schul- oder Berufsausbildung befinden. Besteht wegen Ausbildungsplatzmangels Arbeitslosigkeit, wird der Anspruch nicht verwirklicht.

### Reform des § 218 StGB (E 3)

Die Delegierten der 6. Bundesfrauenkonferenz halten die im Bundestag beschlossene Änderung des § 218 StGB – Indikationenregelung – für nicht ausreichend und fordern die Gewerkschaften auf, nicht nachzulassen in dem Bemühen, die Fristenregelung herbeizuführen. Sie wenden sich mit Nachdruck gegen das Urteil des Bundesverfassungsgerichts zur Fristenregelung bei der Reform des § 218 StGB, mit dem eine demokratische Entscheidung des Parlaments, die von der Mehrheit der Bevölkerung begrüßt wurde, wieder rückgängig gemacht worden ist. Sie sehen in diesem Urteil einen herben Rückschlag im Streben nach mehr sozialer Gerechtigkeit und Demokratie.

Die Entscheidung des Bundesverfassungsgerichts schrieb ein entwürdigendes Kapitel der Rechtsgeschichte fort. Sie schuf zweierlei Recht, ohne Not und Unrecht zu verhindern. Die Abtreibungen gingen weiter wie bisher – zum Nutzen der Abtreiber und zum Schaden der in Not geratenen Frauen und ihrer Familien. Einige wenige Frauen mit den entsprechenden Mitteln haben im europäischen Ausland offen und ohne Gefahr, die Mehrzahl hingegen unter größter Gefahr für Leib und Leben und unter entwürdigenden Umständen heimlich abtreiben lassen. Diesen Frauen gilt unsere ganze Solidarität gegen ein unmoralisches, weil unsoziales Recht. Die neue Regelung läßt so gut wie keinen Raum für das Recht der Frau auf eigene Lebensgestaltung.

Im Beratungsverfahren müssen von den Frauen, funktional gesehen, vier Stationen durchlaufen werden:

1. die soziale Beratung über die zur Verfügung stehenden öffentlichen und privaten Hilfen;
2. die medizinische Beratung;
3. die ärztliche Feststellung über das Vorliegen einer Indikation;
4. den von einem Arzt vorzunehmenden Abbruch.

Es besteht zwar die Möglichkeit, daß die soziale Beratung, die ärztliche und die Feststellung über das Vorliegen einer Indikation in einer Station erledigt werden können; eine weitere wäre der durchzuführende Abbruch. Voraussetzung ist aber immer das Vorliegen und der Nachweis einer Indikation, die auch bescheinigt werden muß. Damit entscheiden wie vor 100 Jahren andere als die betroffenen Frauen, ob ihnen das Austragen einer Schwangerschaft zugemutet werden kann.

Im übrigen wenden sich die Delegierten der 6. Bundesfrauenkonferenz ganz entschieden gegen den Gesetzesbruch von Behörden und Krankenhäusern, die in ihrem Zuständigkeitsbereich Schwangerschaftsabbruch bei sozialer Indikation zurückweisen. Es kann nicht hingenommen werden, daß konservative Kräfte sich die Befugnisse von Ersatzgesetzgebern anmaßen. Mit demselben Zynismus, mit dem sie jede Änderung des § 218 StGB zu verhindern suchten, hintertreiben sie die jetzige Gesetzesregelung.

Die Gewerkschaften werden aufgerufen, die Diskussion um die Fristenregelung erneut zu führen. Sie erteilen damit denen eine klare Absage, die mit allen Mitteln versuchen, die Frauen

in Unmündigkeit und Abhängigkeit halten und ihnen ihren politischen Willen aufzwingen wollen, wie dies mit dem Gang zum Bundesverfassungsgericht geschehen.

### Berufsverbote (A 23)

Die Bundesfrauenkonferenz der IG Druck und Papier wendet sich gegen die Berufsverbote, gegen Gesinnungsschnüffelei und Anhörungsverfahren, durch die ein Klima der Unsicherheit, der Angst und Einschüchterung geschaffen wird. Die Bundesfrauenkonferenz fordert die Aufhebung der Berufsverbote und die Beendigung jeder Bespitzelung von Arbeitern, Angestellten und Beamten. Alle Gesetze und Erlasse, die eine solche Praxis ermöglichen, sind zu beseitigen. Die im Grundgesetz verankerte Meinungs-, Gewissens- und Koalitionsfreiheit muß gewährleistet werden, d. h. auch, niemand darf wegen seiner Weltanschauung oder Parteizugehörigkeit benachteiligt werden.

### Rüstungsabbau (A 24)

Die Delegierten der 6. Bundesfrauenkonferenz begrüßen die Ergebnisse der Konferenz für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa als einen Schritt auf dem Wege zum friedlichen Zusammenleben der Völker in Europa. Sie sind aber der Ansicht, daß die Verhandlungsergebnisse nicht nur auf dem Papier stehen bleiben. Wir begrüßen darum, daß es wieder zu Gesprächen zwischen den Spitzengremien des Deutschen Gewerkschaftsbundes und dem FDGB gekommen ist. Nunmehr muß der politischen Entspannung die militärische folgen. Vor allem gilt das für die Rüstungsausgaben. Wir fordern daher eine allgemeine kontrollierte weltweite Abrüstung. Auch in der Bundesrepublik könnten damit die von den Gewerkschaften geforderten sozialen Reformen schneller realisiert werden. Wir denken dabei insbesondere an die Schaffung von neuen Arbeitsplätzen und an die Behebung der Bildungsmisere, die nicht zuletzt zu der starken Frauenarbeitslosigkeit geführt hat.

## 2. Europäische Gewerkschaftskonferenz

Am 5. und 6. März 1977 trafen in Genf die führenden Repräsentanten von 42 Gewerkschaftsverbänden aus 28 Ländern Europas zusammen. Auf dieser 2. Europäischen Gewerkschaftskonferenz (Bericht siehe Seite 28) wurde über die Verbesserung der Arbeitsumwelt und über Zusammenarbeit im Bereich gewerkschaftlicher Bildungsarbeit diskutiert. Von den Konferenzmaterialien bringen wir das Kommuniqué im Wortlaut, einen Auszug aus dem Entwurf über „gewerkschaftliche Bildungsarbeit“ sowie Auszüge aus den Reden des DGB-Vorsitzenden Heinz Oskar Vetter und des Vorsitzenden des FDGB in der DDR, Harry Tisch. Wahrscheinlich werden NACHRICHTEN die einzige Zeitung in der Bundesrepublik sein, die diese gewerkschaftspolitisch bemerkenswerten Materialien veröffentlicht. Bis Redaktionsschluß dieser Ausgabe hatte noch nicht einmal die Gewerkschaftspresse davon Notiz genommen.

### Kommuniqué

1. Die Konferenz der europäischen Gewerkschaften tagte am 5. und 6. März 1977 in Genf; 42 nationale Gewerkschaftsverbände aus 28 europäischen Ländern nahmen teil. Das Teilnehmerverzeichnis ist im Anhang wiedergegeben.

2. Die Konferenz prüfte einen Bericht über die Tätigkeiten, die die teilnehmenden Gewerkschaftsverbände seit der europäischen Gewerkschaftskonferenz im Februar/März 1975 auf dem Gebiet der Arbeitsumwelt und der Verwendung von gefährlichen Stoffen, Produkten und Verfahren in Industrie und Handel entfaltet haben. Der Bericht beruhte auf ausführlicheren Angaben der nationalen Gewerkschaftsverbände, die von einer Sachverständigengruppe zusammengefaßt worden waren; diese Sachverständigengruppe war auf Weisung der europäi-

schen Gewerkschaftskonferenz von den vier europäischen Arbeitnehmermitgliedern des Verwaltungsrats eingesetzt worden.

3. Die Konferenz prüfte auch eine vorläufige Unterlage über die gewerkschaftliche Bildung und Ausbildung, die als weiterer Bereich für einen Gedankenaustausch direkt zwischen den nationalen Gewerkschaftsverbänden und auf dem Wege über die internationalen Organisationen, einschließlich der IAO, vorgeschlagen wurde.

4. Die Konferenz leistete einen weiteren Beitrag zur Entwicklung der Zusammenarbeit zwischen Gewerkschaften in europäischen Ländern, die im Januar 1974 in Genf angebahnt wurde; sie bestätigte, daß ein regelmäßiger Gedankenaustausch zwischen allen Gewerkschaftsverbänden in Europa über Probleme, die die arbeitenden Menschen berühren, nützlich und erwünscht ist. Der weitgefächte und konstruktive Gedankenaustausch, der auf der Konferenz stattfand, bestätigte die Bedeutung der zur Diskussion stehenden Fragen für die Gewerkschaften und Arbeitnehmer aller europäischen Länder.

5. Die Konferenz erinnerte daran, daß die vorangegangene Konferenz die nationalen Gewerkschaftsverbände ersucht hatte zu prüfen, wie sie auf nationaler Ebene aktiv vorgehen könnten, um die Arbeitsumwelt zu humanisieren und die Gesundheit und Sicherheit der arbeitenden Menschen in den Betrieben und Ämtern der einzelnen Länder zu verbessern. Es wurde anerkannt, daß verschiedene spürbare Fortschritte erzielt wurden und daß der Informationsaustausch zwischen den nationalen Gewerkschaftsverbänden vor und während der gegenwärtigen Konferenz sehr nützlich war. Die Konferenz kam übereinstimmend zu dem Schluß, daß die Arbeit auf der gleichen Grundlage fortgesetzt und auf weiter ausgreifende Fragen der Umwelt und der Auswirkungen der industriellen Tätigkeit ausgedehnt werden sollte.

6. Die Konferenz beschloß ferner, den europäischen Gewerkschaftsverbänden das Dokument über die gewerkschaftliche Bildung und Ausbildung zur Kenntnis zu bringen, mit der Bitte zu prüfen, wie sie einen Informationsaustausch über diese Fragen untereinander und auf dem Wege über die zuständigen internationalen Institutionen entwickeln könnten, wobei sie auf die Zusammenhänge zwischen der Arbeitsumwelt und dem sozialen Milieu einerseits und der Bildung und Ausbildung andererseits Bedacht nehmen sollten. Die Konferenz räumte zwar ein, daß es Unterschiede zwischen Gesellschaftssystemen und ideologischen Vorstellungen gibt, meinte aber, daß die Verbesserung des Austauschs und der Zusammenarbeit zwischen europäischen Gewerkschaftsverbänden dem gegenwärtigen Stand der Entwicklung der internationalen wirtschaftlichen und kulturellen Beziehungen zwischen Ländern entspricht.

7. Die Teilnehmer akzeptierten die Auffassung, daß eine Zusammenarbeit in gewerkschaftlichen Fragen möglich und erwünscht ist; sie kamen übereinstimmend zu dem Schluß, daß diese Konferenz der europäischen Gewerkschaften ihre wichtigste Aufgabe – die Auswertung der Fortschritte auf den 1975 abgegrenzten Gebieten – erfüllt hat. Sie waren ferner übereinstimmend der Meinung, daß die Auswertung den Wert dieses Austauschs bestätigt und Möglichkeiten für einen weiteren gegenseitigen Austausch aufgezeigt hat. Die Konferenz beschloß daher, die europäischen Arbeitnehmervertreter im Verwaltungsrat des IAA zu ersuchen, die europäischen Gewerkschaftsverbände aufzufordern, die Möglichkeit einer weiteren Konferenz Anfang 1979 in Erwägung zu ziehen. Diese weitere Konferenz sollte nach Möglichkeit vor der Dritten Europäischen Regionalkonferenz der IAO abgehalten werden.

8. Die Konferenz einigte sich, den Generaldirektor des IAA zu ersuchen, die vorgelegten und in Abschrift beiliegenden Dokumente zu prüfen und in seinen künftigen Arbeitsprogrammen zu berücksichtigen. Die Konferenz ersuchte die nationalen Gewerkschaftsverbände, auf Grund dieser Berichte zu prüfen, wie sie ihre Arbeit auf nationaler und europäischer Ebene fortsetzen können, um Verbesserungen in der Arbeitswelt zu bewirken und Meinungen und Erfahrungen über gewerkschaftliche Bildungssysteme auszutauschen.

9. Die Konferenz sprach der IAO ihren Dank dafür aus, daß sie ihr die Möglichkeit gegeben hatte, in ihren Räumen zu tagen.

## Heinz Oskar Vetter: Beteiligung an allen Entscheidungen!

Vor drei Jahren haben wir uns im Kreis der Vorsitzenden und Generalsekretäre der nationalen Gewerkschaftsbünde Europas erstmals am Rande der 2. Europäischen Regionalkonferenz der IAO in Genf getroffen, um über das Ob und Wie unserer weltweiten Beziehungen zu beraten. Wir haben uns damals dafür ausgesprochen, den Versuch mit einer gemeinsamen Konferenz zu einem fachlich begrenzten Thema zu machen. „Humanisierung der Arbeitswelt“ sollte dieses erste Thema lauten. Ein Thema, bei dem wir davon ausgehen konnten, daß es uns alle betrifft, unabhängig von den unterschiedlichen Gesellschaftssystemen, in denen wir arbeiten, unabhängig von den verschiedenen Vorstellungen, die wir von unseren Aufgaben haben mögen.

Das Ziel der menschengerechten Arbeitsgestaltung verpflichtet uns auch gleichermaßen. Denn die wirtschaftlichen Verflechtungen erfordern ein gemeinsames Handeln der Gewerkschaften in unterschiedlichen Gesellschaftssystemen, weil durch Import bzw. Export von gefährdenden Arbeitsstoffen, Maschinen oder vollständigen Technologien eine systemüberschreitende Identität der Gefahren für die arbeitenden Menschen geschaffen wird...

Humanisierung des Arbeitslebens steht nicht im Widerspruch zu einem Wirtschaftswachstum, das sich an gesamtgesellschaftlichen Interessen orientiert. Humanisierung der Arbeit muß durch gewerkschaftliche Solidarität erkämpft werden. Sie ist keineswegs automatische Folge eines regen Wirtschaftslebens. So wird in Zeiten eines großen Wirtschaftswachstums immer wieder argumentiert, daß man durch Maßnahmen zur Verbesserung der Arbeitsumwelt die Produktion gefährden würde. Genau so falsch ist es aber auch, wenn auf dem Boden einer derartigen rückständigen Sicht der Dinge solche Erscheinungen wie Rezession und Arbeitslosigkeit gegen die Humanität ins Feld geführt werden.

Das zentrale Mittel zur Realisierung einer humanen Arbeitswelt ist für uns die Beteiligung der Arbeitnehmer an allen Entscheidungsprozessen, die die Situation am Arbeitsplatz beeinflussen. Das gilt für den Betrieb, das Unternehmen, den Staat und die Gesellschaft...

Das Leitmotiv für diese Konferenz sollte sein, daß wir die Förderung der Gesundheit am Arbeitsplatz als eine kontinuierliche Aufgabe verfolgen und unsere Informationen und Erfahrungen auch weiterhin austauschen. Diese Praxis des Informationsaustausches zwischen den nationalen Gewerkschaften sollte zunächst in Fragen der menschengerechten Arbeitsgestaltung, der Sozial- und Tarifpolitik weiter ausgebaut werden. Danach sollten wir prüfen, welche weiteren Maßnahmen in diesem Bereich für die Erreichung unserer Ziele angemessen und nützlich sind.

Das wesentliche positive Ergebnis sehe ich darin, daß durch unsere erste Konferenz neue Initiativen gegenüber der Internationalen Arbeitsorganisation entwickelt worden sind. Hierin liegt nach meiner Auffassung der grundlegende Zweck solcher Zusammenkünfte...

Die politische, gewerkschaftliche und genossenschaftliche Arbeiterbewegung in Deutschland hat ihren Ursprung in der Arbeiterbildung. Es war August Bebel, der vor bald 100 Jahren ausgesprochen hat, was uns allen heute als so selbstverständlich erscheint: „Wissen ist Macht.“ An den Schriften der Klassiker der Arbeiterbewegung und der Weltliteratur haben unsere gewerkschaftlichen Vorfahren lesen und schreiben gelernt und damit gleichzeitig ihr Bewußtsein geformt. Gewerkschaftliche und gesellschaftspolitische Bildungs- und Schulungsarbeit waren schon immer Hauptaufgaben der Gewerkschaften in unserem Lande. Das gleiche gilt wohl für fast alle der hier vertretenen Organisationen.

Wir haben keine Probleme mit dem Ob und Wie gewerkschaftlicher Bildungsarbeit. Probleme gibt es noch immer hinsichtlich der allgemeinen Anerkennung und breiteren Förderung dieser gewerkschaftlichen Aufgabe. Ich denke hier besonders



an die Durchsetzung des Rechts aller Arbeitnehmer auf zusätzlichen Bildungsurlaub und des Anspruchs unserer Betriebsräte, Vertrauensleute und Sicherheitsleute auf Ausbildung für ihre Aufgaben ohne Anrechnung auf den Jahresurlaub...

Nichts wird in dem vorliegenden Papier gesagt zu den Inhalten unserer Bildungsarbeit. Mir erscheint es aber doch noch immer vordringlich, diesen Inhalt zu bestimmen; denn wertfreie Bildungsarbeit gibt es gerade im gewerkschaftlichen Bereich nicht. Das erkennen wir schon, wenn wir Schulungsveranstaltungen über die Anwendung desselben Arbeitsgesetzes auf Arbeitgeber- und Arbeitnehmerseite miteinander vergleichen. Wieviel mehr gilt das bei gesellschaftspolitischen Fragen, die wir aufgrund unseres Bekenntnisses zu verschiedenen Gesellschaftssystemen und Ideologien nur unterschiedlich beantworten können...

Die Regierung der Bundesrepublik Deutschland und mit ihr der Deutsche Gewerkschaftsbund treten entschieden für die Politik der Entspannung in Europa ein. Wir wissen, daß wir anders gar nicht überleben können. Verwirklichung der Absichtserklärungen der Schlußakte der KSZE von Helsinki durch alle Unterzeichnerstaaten ist für uns sowohl ein Pfand für unser eigenes Überleben als auch Aktion eigener Politik. Wir sehen in diesen gewerkschaftlichen Begegnungen im Rahmen der IAO einen praktischen Weg der Praktizierung von Entspannung und Koexistenz...

## Harry Tisch: Gute Bedingungen für Zusammenarbeit

Wir begrüßen aufrichtig das Stattfinden dieser erneuten Beratung,

— weil solche Konferenzen der europäischen Gewerkschaften zum Abbau des noch vorhandenen Mißtrauens in der internationalen Gewerkschaftsbewegung beitragen und das gegenseitige Verständnis fördern;

— weil sie der Zusammenarbeit von Gewerkschaften unterschiedlicher Orientierung und internationaler Zugehörigkeit dienen

— und weil sie der gewerkschaftlichen Arbeit im Lande sowie dem internationalen Gewerkschaftsleben neue Impulse geben. Die Ergebnisse der I. Europäischen Gewerkschaftskonferenz legen dafür — wie aus den vorgelegten Berichten erkennbar — bereites Zeugnis ab.

Das alles entspricht dem Willen der Arbeiter und Gewerkschafter unseres Kontinents, die sehr gut verstehen, daß die Zusammenarbeit ihrer Gewerkschaften der Wahrung der Interessen der Werktätigen und dem Wohle ihrer Völker dient.

Unsere Konferenz findet in einer Zeit statt, wo die Bedingungen für die Zusammenarbeit noch günstiger geworden sind als vor zwei Jahren. Nach der Konferenz von Helsinki besteht die historische Chance, den europäischen Kontinent in eine Zone gesicherten Friedens zu verwandeln. Diese berührte zutiefst das Leben jedes Arbeiters und Gewerkschafters; ihre positive Lösung erfordert das persönliche Engagement genauso wie das aller Arbeiterorganisationen. Was den FDGB angeht, so ist seine Position unveränderlich. Wir sprechen uns für die Fortsetzung der europäischen Gewerkschaftskonferenzen aus...

Die auf der Europäischen Gewerkschaftskonferenz formulierte Zielsetzung, daß die Gewerkschaften im Prozeß der Humanisierung der Arbeitswelt eine zentrale Stellung einnehmen sollten, ist in unserem Staat verfassungsmäßig garantiert. Keine für das Arbeiterleben entscheidende Frage kann ohne die Gewerkschaften behandelt oder entschieden werden.

Soziale Sicherheit und Geborgenheit unter unseren gesellschaftlichen Bedingungen bedeutet nicht allein Sicherheit des Arbeitsplatzes, sondern sie umfaßt die Sorge der Gesellschaft für eine sinnvolle, die Persönlichkeit fördernde schöpferische

Arbeit, für Bildung, Kultur, Gesundheits- und Arbeitsschutz und Erholung bis hin zur materiellen Versorgung bei Krankheit, Invalidität und Alter.

Von besonderer Bedeutung dabei ist die immer bessere Verwirklichung des in der Verfassung garantierten Grundrechts auf Schutz der Gesundheit und Arbeitskraft jedes Bürgers. Es ist vordringliches gewerkschaftliches Anliegen, den wissenschaftlich-technischen Fortschritt untrennbar mit der Verhütung von Arbeitsunfällen und Berufskrankheiten sowie mit Lärm- und Schadstoffbekämpfung zu verbinden. Wir als Gewerkschaften kontrollieren und machen unsere Vorschläge bereits in der Forschung und Entwicklung, der Projektierung, Konstruktion und Technologie bei neuen Objekten und Rekonstruktionen.

Auf diesem Gebiet wurden Maßnahmen eingeleitet, um die Staubemissionen unserer Betriebe bis 1980 um 20 Prozent zu reduzieren. Fast 600 Millionen Mark werden aufgewendet, um trotz weiter wachsender Industrialisierung die Qualität des Oberflächenwassers zu erhalten und schrittweise zu verbessern. Noch weit größere Investitionssummen wurden eingesetzt, um die übernommenen Verpflichtungen zur Reinhaltung der Ostsee, deren Küste eines der begehrtesten Urlaubsgebiete der Bevölkerung ist, zu verwirklichen...

Den Bürgern unseres Landes liegt gegenwärtig der Entwurf des neuen Arbeitsgesetzbuches der DDR zur Diskussion vor. Lassen Sie mich zwei Gedanken dieses Gesetzentwurfes hervorheben:

— Ausgehend von dem erreichten Entwicklungsstand und den neuen Aufgaben hebt das Arbeitsgesetzbuch die wachsende Führungsrolle der Arbeiterklasse hervor und unterstreicht die zunehmende Bedeutung ihrer Klassenorganisation, der Gewerkschaften. Es sichert ihr Mitwirkungsrecht auf allen Gebieten.

— Der sozialistische Staat garantiert, daß jeder Werktätige sein Recht auf Arbeit voll wahrnehmen kann, daß es auch bei technisch bedingten Veränderungen und persönlicher Behinderung jederzeit gesichert ist. Es versteht sich von selbst, daß in ihm auch die Festlegungen über den Arbeits- und Gesundheitsschutz in Übereinstimmung mit den neuesten Erkenntnissen weiter ausgestaltet wurden.

Der bevorstehende Kongreß des FDGB wird diesen Gesetzentwurf abschließend diskutieren und ihn der Volkskammer der Deutschen Demokratischen Republik zur Beschlußfassung unterbreiten. So verwirklicht unsere Organisation ihr verfassungsmäßiges Recht auf Gesetzesinitiative...

Wir haben soeben die Gewerkschaftswahlen in den Betrieben abgeschlossen. 1,7 Millionen Funktionäre erhielten dort das Vertrauen der Gewerkschaftsmitglieder und sind jetzt bestrebt, die Interessen ihrer Kollegen so gut wie möglich zu vertreten. Dafür sind sie bereit, sich immer mehr Wissen anzueignen, um sich als Vertrauensleute der Arbeiterklasse zu bewähren. Der FDGB schafft dafür alle materiellen und geistigen Voraussetzungen...

In der DDR existieren heute alle gesetzlichen Bestimmungen, die die planmäßige Aus- und Weiterbildung der Mitglieder und Funktionäre der Gewerkschaften ermöglichen. Sie sichern die bezahlte Freistellung von der Arbeit, ausreichende Stipendien bei langfristigen Studium und kostenlose Zurverfügungstellung von Lehrmitteln.

Wir stimmen den in den Schlußfolgerungen und Empfehlungen zu beiden Tagesordnungspunkten enthaltenen Vorschlägen zu, die auf die Vertiefung der Zusammenarbeit zwischen den nationalen Gewerkschaftszentralen Europas gerichtet sind. Wir halten es für zweckmäßig und notwendig, daß die Gewerkschaften unseres Kontinents ihren eigenen unabhängigen Standpunkt zu Fragen, die die Arbeiter betreffen, ausarbeiten und bestrebt sind, von einer gemeinsamen Position her weitere Fortschritte zur Wahrung der Arbeiterinteressen zu erzielen.

Nach unserer Auffassung wäre es nützlich, wenn die europäischen Gewerkschaftskonferenzen durch Beratungen von Experten zur Erörterung von Sach- und Grundsatzfragen ergänzt würden. Der FDGB ist dafür, die Themenkreise für europäische Gewerkschaftskonferenzen zu erweitern...

## Will Sperner die Vernichtung von Bergbau-Arbeitsplätzen?

Ungläubiges Kopfschütteln hat bei vielen Gewerkschaftern die Äußerung des Vorsitzenden der IG Bau, Steine, Erden hervorgerufen, daß die IG Bau es „nicht mehr hinnehmen“ wolle, wenn durch Bürgerinitiativen der Bau von Kohle- und Kernkraftwerken blockiert werde und dadurch Arbeitsplätze von Bauarbeitern in Gefahr gerieten. Auf einer Veranstaltung seiner Gewerkschaft in Dortmund engagierte sich Sperner für den Kernkraftwerksbau. Aber auch der Beirat der IG Chemie, Papier, Keramik geht davon aus, „daß zur Zeit ohne Kernenergie unser wirtschaftlicher Lebensstandard und die Konkurrenzfähigkeit unserer Industrien bedroht sind“. Und der DGB-Bundesvorstand will bis Juni ein „umfassendes Papier“ zum Thema Kernenergie vorlegen.

Sieht man einmal von anderen Gesichtspunkten ab, so wird die fehlende Unterstützung der Bürgerinitiativen gegen Kernkraftwerke durch die Gewerkschaften vor allem mit dem Aspekt der Arbeitsplatzsicherung gerechtfertigt. Wenn die Gewerkschaften angesichts von 1,2 Millionen Arbeitslosen und bleibender hoher Dauerarbeitslosigkeit in dieser Frage besonders allergisch reagieren, so ist das verständlich. Aber hat der Bau von Kernkraftwerken überhaupt etwas mit Arbeitsplatzsicherung zu tun?

Zwei Behauptungen werden in diesem Zusammenhang von den Befürwortern des Energieprogramms der Bundesregierung und damit von Atomkraftwerken in die Welt gesetzt:

1. Wenn Kernkraftwerke nicht — wie vorgesehen — gebaut werden, verlieren Zehntausende Bauarbeiter und Beschäftigte in der Zulieferindustrie ihre Arbeitsplätze oder bekommen sie erst gar nicht. Sperner sprach von 31 000 Arbeitsplätzen in der Bauwirtschaft, die durch Bürgerinitiativen gefährdet würden.

2. Wegen nicht gebauter Kernkraftwerke würden in den 80er Jahren „die Lichter ausgehen“, womit gemeint ist, daß die Elektrizitätswirtschaft nicht mehr den erwarteten Zuwachs an Energiebedarf decken könne. Das müsse dann zu Produktionseinschränkungen bzw. Verzicht auf Schaffung neuer Arbeitsplätze führen.

Beide Argumente sind oberflächlich, ja derart an den Haaren herbeigezogen, daß ein kritisch denkender Gewerkschafter keine Schwierigkeit haben sollte, sie zu durchschauen. Von dem Bau von Kernkraftwerken hängt das alles gar nicht ab. Der Bauarbeiter hat auch dann Beschäftigung, wenn er statt eines die Umwelt gefährdenden Kernkraftwerks ein Kohle-, Öl-, Gezeiten- oder Sonnenkraftwerk baut. Und die Maschine an einem neu zu schaffenden Arbeitsplatz läuft auch mit

Strom, der nicht aus Atomen kommt. Was also soll diese Panikmache unter Gewerkschaftern?!

Ganz offensichtlich soll die Massenarbeitslosigkeit genutzt werden, um Stimmung für die Profitinteressen der Energiewirtschaft zu machen — derselben Energiekonzerne, die erst Kohlenbergwerke stilllegten, um das Riesengeschäft mit dem Öl zu machen, und die sich jetzt auf Kernenergie konzentrieren, weil damit noch mehr Profit und obendrein enormer politischer Einfluß zu gewinnen ist. Überdies ist Atomenergie sowieso nur für eine Übergangszeit von 20 bis 30 Jahren konzipiert, denn der Kernbrennstoff wird noch vor Kohle und Öl erschöpft sein. Die Entwicklung von Alternativen Energiequellen (Sonnenkraft und die nicht-radioaktive Kernfusion) bleibt ohnehin auf der Tagesordnung.

Darum bietet sich bis zur gefundenen Alternativlösung in der Bundesrepublik die Nutzung von heimischer Kohle an. Ganz besonders müßte das von jenen verlangt werden, die die Energiepolitik unter dem Aspekt der Arbeitsplatzsicherung diskutieren, wie etwa Rudolf Sperner. Bei der IG Bergbau und Energie kann man erfahren, daß ein modernes Steinkohlekraftwerk mit 1400 Megawatt Leistung während der gesamten Lebensdauer der Anlage 11 000 Arbeitsplätze im Bergbau sichert. Solche Kraftwerke können heute ohne weiteres mit 100prozentiger Rauchgasentschwefelung — also „umweltfreundlich“ — gebaut werden.

Wie unsozial die Bonner Energiepolitik ist, die sich ganz klar nur an den Konzern- und nicht an Arbeiterinteressen orientiert, geht aus der Tatsache hervor, daß an der Ruhr gegenwärtig 25,3 Millionen Tonnen Kohle auf Halde liegen und für die Bergarbeiter von April bis September eine Serie von „Feierschichten“ und Kurzarbeit, weiteren Zechenschließungen und Entlassungen angekündigt ist. Gleichzeitig sollen Kernkraftwerke gebaut werden, die wei-

tere Arbeitsplätze im Bergbau vernichten.

So und nicht anders sieht die richtige Betrachtungsweise aus, wenn die Sorge um den Arbeitsplatz ins Feld geführt wird. Außerdem muß mit allem Nachdruck an die gewerkschaftliche Forderung erinnert werden, daß Atomenergie nicht in Privathand gehört. G. Siebert

## Schleyer kniff

Die Herren in dezenten grauen und blauen Maßanzügen, die am zweiten Frühlingstag '77 in ihren schweren Mercedes- und BMW-Limousinen vor den Prunkbau des Unternehmerverbandes BDI, am Rheinufer in Köln, chauffiert wurden, stützen Sie, rund 70 Top-Manager der Industrie, an ihrer Spitze BDI-Chef Hanns Martin Schleyer, warteten vergebens darauf, von einem Bediensteten regensicher unter dem Dach des Portals zur Drehtür des 10geschossigen Palastes mit den braunen Spiegelscheiben gebracht zu werden. Auch Finanzminister Apel, zu diesem Unternehmertreff höflich, sicherlich aber genauso bestimmt eingeladen, mußte wie die Creme der Unternehmer das „Haus der deutschen Industrie“ am Oberländerufer durch den Hintereingang betreten.

Das Hauptportal des Hauses, in dem die Pläne zur Reduzierung von Zehntausenden von Arbeits- und Ausbildungsplätzen geboren wurden, hielten 12 junge Arbeitslose von Hamburg bis München besetzt. In Ketten hatten sie sich zu einem 36stündigen Hungerstreik an die Edelstahlsäule des Eingangsportals geschlossen. „Hungerstreik — jung und alt sind arbeitslos — Die großen Bosse machen Moos“, lasen Herr Schleyer und seine Freunde, als sie vor dem besetzten Portal standen. Sie waren „Opfer“ der „Aktion unsere Zukunft“, die an diesem Tage in annähernd 100 Städten der Bundesrepublik von der SDAJ durchgeführt wurde.

Eine Delegation der 12 Angeketteten, nach abgeschlossener Lehre, Abitur, nach eineinhalb Jahren Umschulung oder nach kurzer Berufszeit auf die Straße geworfen, erreichten, daß sie vom Pressesprecher Schleyers empfangen wurde. Sie bekamen die Zusage, daß der Unternehmerboß ein Gespräch mit ihnen führen würde. Die jungen Arbeitslosen wollten ihre Auffassung über die Verwirklichung des Rechts auf Arbeit sowie die Schaffung von qualifizierten Ausbildungsplätzen darlegen. „Wie das Amen in der Kirche, wird Herr Schleyer Sie empfangen“, damit wurden sie verabschiedet. Als sie zum angekündigten Termin kamen, war der BDI-Palast von Polizei abgeriegelt. Vom „Amen in der Kirche“ blieb nichts mehr übrig. Herr Schleyer kniff. by



## Vor IGM-Bundesjugendkonferenz: Probleme werden immer mehr

Interview mit IG-Metall-Jugendfunktionären

**Vom 12. bis 14. Mai 1977 findet in Augsburg die 11. Bundesjugendkonferenz der IG Metall statt. Von ihr erwarten die jungen Gewerkschafter Impulse für die Weiterführung und Orientierung des Kampfes um soziale und demokratische Rechte und Antworten auf Fragen, die in der Strategiediskussion der Gewerkschaftsjugend aufgeworfen worden sind. Einen Einblick in diese Diskussionen gibt folgendes Interview, das unser Mitarbeiter Harry von Bahren mit zwei IG-Metall-Jugendfunktionären in Hannover führte.**

Die Gesprächspartner Harry von Bahren waren Rolf Hehnen, Vorsitzender der Gesamtjugendvertretung von VAW-Leichtmetall und stellvertretender Bezirksjugendleiter der IG Metall Niedersachsen, und Reinhard Schwitzer, IG-Metall-Sekretär in Hannover, zuständig für die Jugendarbeit der Ortsverwaltung.

**NACHRICHTEN:** Die 10. Bundesjugendkonferenz der IG Metall im Mai 1974 war gekennzeichnet vom Kampf um eine umfassende Neuordnung der beruflichen Bildung. Auch das Streben nach Lehrlingslöhnen, die es Jugendlichen ermöglichen, ihren Lebensunterhalt selbstständig zu bestreiten, stand im Mittelpunkt dieser Konferenz. Wie hat sich seitdem die Situation der Jugend im Metallbereich entwickelt und welche Erfahrungen habt ihr in eurem Kampf gesammelt?

**Reinhard Schwitzer:** Auf den Jugendkonferenzen der IG Metall, die alle drei Jahre, genau wie der Gewerkschaftstag, stattfinden, soll Rechenschaft abgelegt und gleichzeitig der Stand der gewerkschaftlichen Jugendarbeit analysiert werden. Aus der Analyse unserer Arbeit folgt dann die Diskussion über die zukünftige gewerkschaftliche Jugendarbeit, die Erarbeitung einer Perspektive für die nächsten Jahre. Insofern sind die Jugendkonferenzen auch immer zugleich Diskussionsforen über unsere zukünftige Arbeit und Vorgehen, sprich Strategie.

Seit der letzten Jugendkonferenz 1974 hat sich die objektive Lage, die Arbeits- und Lebensbedingungen der Arbeiter, Angestellten und Jugendlichen, einschneidend verändert. Die größte Wirtschaftskrise seit Bestehen der BRD ist nicht spurlos an den abhängig Beschäftigten, insbesondere an den Jugendlichen, vorbeigegangen. Auf dem Höhepunkt der Krise gab es 1,45 Millionen Arbeitslose, davon fast 300 000 Jugendliche unter 25 Jahren. Für viele Jugendliche gab es keinen Start ins Berufsleben, sondern es war und ist immer noch ein glatter Fehlstart, so daß Jugendliche ihre Berufsbildung als Arbeitslose beginnen.

Die Auswirkungen dieser kapitalistischen Wirtschaftskrise sind aber heute noch nicht vorbei, und die Bedingungen für die Jugendlichen, einen qualifizierten Ausbildungsplatz zu erhalten, sind schlechter geworden. Unsere gewerkschaftlichen Forderungen zur Reform der beruflichen Bildung scheiterten auf gesetzlicher Ebene, einmal mehr hat sich auch in diesem Bereich die Macht der Unternehmer durchgesetzt.

Da wirtschaftliche Krisenzeiten auch immer zugleich die Bedingungen für gewerkschaftliches Handeln erschweren, nutzen die Unternehmer die „Gunst der Stunde“, um eine sogenannte Neuordnung der Metallberufe, die Einführung der Stufenausbildung auch im Metallbereich, voranzutreiben. Die IG Metall hat sehr deutlich und unmißverständlich die Unternehmervorstellungen abgelehnt und erklärt: „Kürzung der Ausbildungszeiten und Lohnabbau sind das Rezept der Unternehmer, um aus der Jugendarbeitslosigkeit zusätzliches Kapital zu schlagen.“ Jetzt kommt es darauf an, auch im Betrieb aufzupassen, daß die Unternehmer die Stufenausbildung nicht auf „kaltem“ Wege einführen und Ausbildungsgänge mit zweijähriger Dauer verstärkt anbieten.

Uns geht es um mehr qualifizierte Ausbildungsplätze, wir wollen nicht heute schon die Umschüler von morgen ausbilden lassen. Besonders die Großbetriebe, die eine qualifizierte Ausbildung gewährleisten können, müssen mehr Ausbildungsplätze zur Verfügung stellen und nicht durch Rationalisierung qualifizierte Ausbildungs- und Arbeitsplätze vernichten. Eine Entschärfung des IGM-Betriebsjugendausschusses zur Jugendkonferenz enthält die berechnete Forderung, die Anzahl der Ausbildungsplätze prozentual an die Anzahl der Arbeitsplätze zu binden.

Betriebsvereinbarungen und tarifliche Regelungen zur Verbesserung der beruflichen Bildung und des Jugendarbeitsschutzes müssen verstärkt durchgesetzt werden. In diesem Zusammenhang sei an die Forderung zum Manteltarifvertrag für Auszubildende der IGM-

Bezirksleitung Stuttgart erinnert, der nach meiner Auffassung richtungsweisend ist. (Siehe NACHRICHTEN 9/76)

Ein weiterer wichtiger Schwerpunkt gewerkschaftlicher Politik ist die Tarifpolitik. Zu diesem Komplex wurde auch auf der letzten Jugendkonferenz ausgiebig diskutiert. Jetzt ist es aber an der Zeit, diese Diskussion zu überprüfen und Konsequenzen aus den vergangenen Jahren zu ziehen. Die Tarifverträge über die Ausbildungsvergütungen wurden in den letzten Jahren zunehmend von den Unternehmern als fünftes Rad am Wagen bei Tarifverhandlungen abgetan, so daß die IGM-Jugend im Bezirk Hannover die Koppelung bzw. Einbeziehung der Ausbildungsvergütungen an die Tarifverträge der Arbeiter und Angestellten fordert. Sowohl die alte gewerkschaftliche Forderung der Anbindung der Ausbildungsvergütung an den Facharbeiterecklohn als auch die Koppelung der Ausbildungsvergütung mit der untersten Lohngruppe im Tarifvertrag sind diskutiert worden. Ganz unabhängig von diesen Diskussionen über die Form der Forderungen halten wir in Bezug auf die Höhe der Forderung an folgendem Prinzip fest:

— Die Höhe der Ausbildungsvergütung muß die Arbeitnehmerhaushalte spürbar entlasten.

— Und der Auszubildende sollte finanziell unabhängig von Dritten leben können.

**NACHRICHTEN:** In der Auseinandersetzung um bessere Berufsbildung waren in den letzten Jahren die Massenaktionen der Arbeiterjugend von großer Bedeutung. Diese werden insbesondere im Rahmen der Strategiediskussion der Gewerkschaftsjugend sehr unterschiedlich beurteilt. Was sind die Inhalte der derzeitigen Diskussion, wie wird in der IG-Metall-Jugend Hannover die Aktionstätigkeit der Gewerkschaftsjugend eingeschätzt und wie hat sich eure Arbeit entwickelt?

**Rolf Hehnen:** Wenn man das Wort Massenaktionen hört, denkt man als Gewerkschaftsjugendfunktionär sofort an den 8. November 1975 in Dortmund, an diese machtvolle Demonstration mit über 60 000 Teilnehmern. Diese Aktion wurde nicht — wie von einigen jetzt behauptet wird — von Gewerkschaftsfunktionären „stellvertretend“ und an den Interessen der Kollegen vorbei organisiert, sondern war Ergebnis vielfältiger betrieblicher und örtlicher Kleinarbeit. Bei uns fand zur Vorbereitung am 5. März in Hannover eine Demonstration mit 2500 Teilnehmern statt, am 14. Juni wurde auf Landesebene eine Demonstration mit über 12 000 Kollegen durchgeführt. Ich meine, all diese Aktionen, die ja im ganzen Bundesgebiet stattgefunden haben, waren kein Endpunkt des Kampfes um bessere Berufsausbildung, sondern haben gezeigt, daß die Arbeiterjugend bereit ist, mit

den Gewerkschaften zusammen etwas zur Verbesserung ihrer Lage zu tun. Schließlich wurden niemals vorher in der Geschichte der DGB-Jugend so viele Kollegen dazu mobilisiert, ihre Interessen in die eigene Hand zu nehmen.

Da diese Aktivitäten nicht den durchschlagenden Erfolg gehabt haben, verfallen manche Kollegen in Resignation. Andere meinen, daß alles, was gemacht wurde, verkehrt war und die Gewerkschaftsjugend mit einer grundsätzlichen Neuorientierung der Arbeit beginnen muß. Ich meine, daß beides verkehrt ist. Gerade angesichts der verschärften Situation des Lehrstellenmangels und der Jugendarbeitslosigkeit, angesichts schwieriger werdender Bedingungen gewerkschaftlicher Jugendarbeit durch die Auswirkungen der Krise darf eine Strategiediskussion nicht nach hinten losgehen. Sie muß vielmehr anknüpfen an die gemachten Erfahrungen und eine Orientierung geben beim Kampf um die Verbesserung der Arbeits- und Lebensbedingungen Jugendlicher.

**NACHRICHTEN:** Welche Konsequenzen zieht ihr aus den veränderten Bedingungen gewerkschaftlicher Jugendarbeit? Was sind die Hauptprobleme, die jetzt angepackt werden müssen, und wie kann die Gewerkschaftsjugend jetzt Erfolge erringen?

**Rolf Hehnen:** Notwendig ist, daß die Gewerkschaften in ihrem direkten Einflußbereich Druck für die Verbesserung der Berufsausbildung entwickeln. Bedeutung wird der Kampf um Betriebsvereinbarungen und manteltarifvertragliche Regelungen zur Berufsausbildung erhalten. Das heißt im Klartext: Je schneller wir als Funktionäre der IGM-Jugend eine klare und vorwärtsweisende Orientierung unseren Mitgliedern in den Betrieben geben, wobei wir natürlich gerade die betrieblichen Diskussionen und Meinungen in unserer Strategie zu berücksichtigen haben, um so eher werden wir Probleme wie Arbeitslosigkeit und Jugendarbeitslosigkeit, Ausbildungstarife, Kampf gegen Abbau demokratischer Rechte oder auch Fragen der Kernenergienutzung im Interesse der arbeitenden Menschen anpacken und lösen können.

Zu einer sinnvollen Strategiediskussion gehört auch eine gezielte Gewerkschaftsarbeit am Ort, die die Jugendvertreter, gewerkschaftliche Jugendgruppen in Verbindung mit den Vertrauensleutenkörper mit einbezieht.

Weiterhin sollten wir künftig stärker die Aufgaben der IG Metall aus unserer Satzung mit Leben erfüllen und zum Beispiel mit entsprechenden Veranstaltungen die politische Rechtsentwicklung in der Bundesrepublik bekämpfen. Im § 2 unserer Satzung steht: „Demokratisierung der Wirtschaft unter Fernhaltung von neofaschistischen, militäristischen und reaktionären Elementen.“

## 12. Gewerkschaftstag der IG Metall einberufen

Der Vorstand der IG Metall hat für die Zeit vom 18. bis 24. September 1977 den 12. ordentlichen Gewerkschaftstag nach Düsseldorf einberufen. Nach der in „Metall“ veröffentlichten Tagesordnung wird IG-Metall-Vorsitzender Eugen Loderer ein Grundsatzreferat mit dem Thema „Internationale Solidarität — gemeinsam für Vollbeschäftigung — Mitbestimmung und soziale Demokratie“ halten. Wie die Satzung vorsieht, müssen Anträge mindestens 15 Wochen vor Beginn des Gewerkschaftstages beim Vorstand eingereicht sein. Antragsschluß ist der 31. Mai.

## GTB mit Achtpunkte-Katalog gegen Arbeitsplatzmiserie

Der Frauenarbeitskreis der Gewerkschaft Textil-Bekleidung (GTB) stellte einen Acht-Punkte-Katalog von Forderungen zur Behebung der Arbeitsplatzmiserie auf. Es werden u. a. gefordert: Ersatz für vernichtete Frauenarbeitsplätze durch ein langfristig angelegtes Arbeitsplatz-Beschäftigungsprogramm; Verkürzung der Arbeitszeit, mehr Bildungsurlaub; Aufhebung der bisherigen Sperrzonen für Frauen im Berufsleben und damit Abbau des geteilten Arbeitsmarktes für Männer und Frauen, Berufsausbildungspflicht für alle Jugendlichen, Verbesserung von Fortbildungs- und Umschulungsmöglichkeiten sowie Ausweitung der Berufsfelder für Frauen.

## Vetter: Kampf gegen Arbeitslosigkeit wird härter

Der Kampf gegen die Arbeitslosigkeit würde in Zukunft noch härter, erklärte DGB-Vorsitzender Heinz Oskar Vetter am 23. März auf einer Funktionärskonferenz des DGB-Kreises Hannover. Die Vollbeschäftigung würde uns nicht geschenkt. „Wir werden sie durchsetzen müssen — gegen den Widerstand von Unternehmern, die aus dem Teufelskreis von Arbeitslosigkeit und Leistungsverdrückung auch weiterhin im wahrsten Sinne des Wortes Kapital schlagen wollen.“

Zu dieser Aufgabe aus der Satzung haben wir in Hannover mehrere antifaschistische Veranstaltungen durchgeführt und unsere Jugendlichen aufgefordert, eine politische Rechtsentwicklung in der BRD zu verhindern. Mit einer Gedenkfeier auf dem sowjetischen Soldatenfriedhof in Bergen-Belsen haben wir zusammen mit Georg Benz vom Vorstand der IG Metall die Opfer des Faschismus geehrt. Wir wollten hiermit auch ein Stück der Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung wachhalten, damit sich eine Entwicklung wie nach 1933 nicht wiederholt.

## PERSONALIEN

**Klaus-Uwe Benneter**, Rechtsanwalt in Westberlin, wurde auf dem Bundeskongreß der Jungsozialisten in Hamburg zum neuen Jusos-Vorsitzenden gewählt. **Gerd Andres**, Bundesjugendsekretär der IG Chemie-Papier-Keramik, und **Bernd Wurl**, in gleicher Funktion bei der IG Metall tätig, verzichteten wegen der Wahl Benneters — sie kam gegen den Willen des SPD-Vorstandes zustande — auf eine erneute Kandidatur für den Jusos-Bundesvorstand.

**Hein Fink**, langjähriger Betriebsratsvorsitzender auf der Deutschen Werft in Hamburg, feierte am 29. März seinen 75. Geburtstag. Während der Nazizeit wurde Hein Fink verfolgt und eingekerkert. Nach 1945 hatte er entscheidenden Anteil an der Schaffung der Einheitsgewerkschaft in Hamburg.

**Anke Fuchs**, Mitglied des geschäftsführenden Vorstands der IG Metall, soll zweiter beamteter Staatssekretär im Bundesarbeitsministerium werden. Offensichtlich verfolgt die Bundesregierung damit das Ziel, ihr bei zahlreichen Gewerkschaften ramponiertes Ansehen wieder zu verbessern.

**Hilde Just**, seit 1970 im ÖTV-Hauptvorstand zuständig für die berufliche Bildung, **Gisela Kiesau**, seit dem letzten HBV-Gewerkschaftstag Mitglied des geschäftsführenden Hauptvorstandes, und **Irmgard Tiemann**, seit 1948 in der Gewerkschaft Nahrung, Genuß, Gaststätten (NGG) organisiert und Vorsitzende des DGB-Landesausschusses Niedersachsen, wurden Mitglieder des DGB-Bundesfrauenausschusses. Ihr Nachrücken war notwendig geworden, weil **Hilde Jähne** (ÖTV) und **Anni Moser** (HBV) wegen Erreichen der Altersgrenze ihre Funktion niedergelegt haben. Irmgard Tiemann ist die Nachfolgerin von **Anni Kraft**, die ebenfalls aus dem DGB-Bundesfrauenausschuß ausschied.

**Fritz Lamm**, langjähriger ehemaliger Betriebsratsvorsitzender der „Stuttgarter Zeitung“ und Mitglied des Landesvorstandes der IG Druck und Papier, starb am 15. März 1977 im Alter von 66 Jahren. Er stand dem sozialistischen Büro nahe.

**Otto Sprenger**, Vorsitzender der Rundfunk- und Fernseh-Film-Union (RFFU) und der Gewerkschaft Kunst, wurde Anfang März 60 Jahre. Sprenger hat auch den Vorsitz des Gewerkschaftsausschusses für Kunst und Unterhaltung im EGB. Er arbeitet als Abteilungsleiter im NDR.



## Hinter romantischer Fassade – Problem Arbeitslosigkeit

Mit einem Hauch nostalgischer Wehmut und der Sehnsucht nach einem romantischen Flair kommt der Fremde nach Heidelberg. Inspiriert von dem Werbetext eines bunten Faltblattes mit Bildern des Schlosses, der alten Neckarbrücke und Aufnahmen der verwinkelten Gassen der Altstadt, in dem es heißt: „Wer viel von der Welt gesehen hat, rühmt Heidelbergs einzigartige Lage, die Sie auf eindrucksvolle Weise genießen können.“ Der Besucher wird auch davon unterrichtet, daß er in eine „traditionsreiche, romantische und weltoffene Stadt“ kommt. Vielleicht nimmt er als Erinnerung ein kleines rotes Herz mit der Aufschrift „In Heidelberg verloren“ mit nach Hause.

Das „andere Heidelberg“ mit seinen arbeitenden Menschen und ihren Sorgen lernt nur selten ein Gast bei seiner Kurzvisite kennen. Eine Fahrt durch das bereits im März blüten erfüllte Neckartal oder den angrenzenden lieblichen Odenwald vermittelt Eindrücke der Naturschönheiten, von gepflegten kleinen Dörfern, die sich oft an den Berghängen hochwinden, von denen man einen herrlichen Blick ins Land hat. Daß in diesen Gemeinden, abseits der industriellen Zentren, oft über 8 Prozent arbeitslos sind, wird von einem Fremdenführer kaum erwähnt werden. Nur wer sich abends in eine der vielen kleinen Weinstuben oder Bierlokale setzt, um das Gespräch mit Arbeitern und Studenten zu suchen, wird aus seiner Traumwelt in die Wirklichkeit zurückgeholt.

Wie ein modernisiertes Verwaltungsgebäude eines Großunternehmens sieht das fünfstöckige Arbeitsamt in unmittelbarer Nähe des Hauptbahnhofs aus. Der Bericht des Arbeitsamtes Heidelberg klingt sachlich trocken: Ende Februar 1977 waren 5719 Arbeitslose registriert. Das entspricht einem Prozentsatz von 4,1. Davon sind 51,6 Prozent Frauen und 35,4 Angestellte. Das vorhandene Stellenangebot ist unzulänglich. Für Männer gibt es 284, für Frauen 368 Angebote.

Der Vorsitzende des Verwaltungsausschusses des Arbeitsamtes, Milan Langhoff, sieht vorerst keine Chancen zur Entlastung des Arbeitsmarktes. Diese Einschätzung wird durch die Industrie- und Handelskammer Rhein-Neckar bestätigt: „Für den Arbeitsmarkt wird sich wegen der zur Zeit freien Kapazitäten vorerst keine Wende zum Besseren ergeben.“

Rationalisierungsinvestitionen haben in den letzten Jahren die Lage auf dem Arbeitsmarkt verschlimmert. So hat beispielsweise der größte Industriebetrieb der Stadt, die Heidelberger Druckmaschinen AG, im Geschäftsjahr 1975/76 insgesamt 1047 Beschäftigte „freigesetzt“ und später, bei nur wenigen

Neueinstellungen, die gleiche Produktionshöhe gehalten. Dies zeigt, wer bei der Rationalisierung das Risiko trägt: 1970 beliefen sich bei der Schnellpresse die Erweiterungsinvestitionen noch auf 55 Prozent, während die Rationalisierungs- und Reparaturinvestitionen bei 45 Prozent lagen. 1975 war das Verhältnis umgekehrt: 28 Prozent Erweiterungsinvestitionen und 72 Prozent Rationalisierungs- und Reparaturinvestitionen. Hauptaktionäre des Unternehmens sind RWE, Allianz-Versicherungsgesellschaft und die Commerzbank. Ihr Personal reduziert hat auch die BBC-Tochter, die Stotz AG in Pfaffengrund, Chrobok machte zu, Post und Bundesbahn bauen Personal ab. Anfang März protestierten die Beschäftigten der Bundesbahn vor dem Bahnhof unter der Losung „Schluß mit den Negativrationalisierungen“.

Der DGB Heidelberg erklärte zur wirtschaftlichen Entwicklung, das Handeln der Unternehmer werde lediglich durch ihr Gewinnstreben bestimmt und nicht durch ihre angebliche soziale Verantwortung. In einem Jahr, – und zwar von 1973 zu 1974 – sei die Zahl der Beschäftigten im Bereich Heidelberg um 3,4 Prozent gesunken, der Umsatz dagegen um 13 Prozent gestiegen. DGB-Kreisvorsitzender Herbert Neumann meinte, diese Entwicklung bedeute Auseinandersetzungen um die Wirtschafts- und Gesellschaftspolitik in der Bundesrepublik.

Alarmierende Zahlen gab auch die IG Metall Heidelberg bekannt. In ihrem Verwaltungsbereich gibt es fast 9000 arbeitslose Jugendliche. 5800 von ihnen sind ohne abgeschlossene Berufsausbildung bzw. waren Anlernlinge. Wie es in der Amtssprache heißt, handelt es sich hier um „schwer vermittelbare Fälle“. Das Institut der Deutschen Wirtschaft gab im Februar 1977 an, daß mit 25 Prozent Schülern ohne Hauptschulabschluß die Bundesrepublik an der Spitze der EG stehe. Neueste Untersuchungen der OECD ergaben, daß Jugendliche heute ein Drittel der Arbeitslosen in den EG-Ländern stellen.

Und so trifft man auch auf dem Heidelberger Arbeitsamt viele Schüler auf der Suche nach einer Lehrstelle.

Die Angestellten im Heidelberger Arbeitsamt geben nur verschlüsselt Auskunft. Mit dem Blick nach „oben“ verweisen sie auf den hierarchischen Aufbau ihrer Dienststelle. Der ständige Umgang mit der Arbeitslosigkeit hat auch sie offensichtlich verunsichert. Hinter vorgehaltener Hand ist man zu kritischen Hinweisen über die Situation auf dem Arbeitsmarkt bereit, aber nur keinen Namen!

In der Aussichtslosigkeit, der Arbeitslosigkeit Herr zu werden, haben sich „Theoretiker“ inzwischen in die Behauptung verstiegen, Arbeitslosigkeit sei in der Marktwirtschaft der Preis für die Freiheit. Von einem gesetzlich verankerten Recht auf Arbeit, das dem Recht auf Eigentum gleichgestellt wird, wollen sie nichts wissen.

Bei der Übergabe von Gesellenbriefen des Handwerks in Heidelberg übernahm Prof. Steinbuch das Wort eines Unternehmers, es gebe „übergenug Mundwerker, aber zu wenig Handwerker“, eine Darstellung, die die Rationalisierungsfolgen für Arbeiter und Akademiker auf den Kopf stellt, die darüber hinaus Ausdruck der Zurückgewinnung absoluter elitärer Positionen verbunden mit der Festschreibung der bestehenden gesellschaftlichen Verhältnisse ist. Für Manager und ihre Hilfstruppen sind die Ende Januar 1977 in der EG registrierten 5,9 Millionen Arbeitslosen – das ist ein neuer Rekord von 5,6 Prozent – nichts anderes als gegenwärtig wirtschaftlich nicht verwendbare und für den Produktionsprozeß überflüssige Personen.

An einem Märzabend fand sich eine kleine Gesprächsrunde in der alten Studentenweinstube „Schnitzelbank“ in der Heidelberger Altstadt ein. Es war eine besonnene Unterhaltung, erfüllt mit den harten Fragen des Alltags. Bei einem Glas „Malschberg“ fiel auf einmal der Satz, ob es nicht gut wäre, einmal die Kraft zum Träumen aufzubringen. Es gab leicht erstaunte Gesichter. Diesen Traum müßte man überall erzählen, ein Traum, der alle Menschen nachdenklich machen würde: Ich träumte, in den Fabriken und Büros ständen moderne technische Roboter, die computergesteuert eine Vielzahl von Arbeitsvorgängen verrichteten. Die Menschen aber, die die neue Technik schufen und meistern, würden nicht mehr ihr Leben in Werkshallen und Verwaltungen verbringen. Erstmals in der menschlichen Geschichte hätten sie Zeit, sich einer sinnvollen Betätigung zuzuwenden. Gemeinsam würden sie bestimmen, was mit den Ergebnissen ihrer Arbeit geschieht. Ein Traum, ein schöner Traum, der kein Phantasiegebilde bleiben muß, wenn menschliche Tatkraft und Mut zur Veränderung ihn mit Leben ausfüllen. Willi Becker

## Berufsverbote im Betrieb – Zusammenarbeit der Schnüffler

Nachdem durch die politischen Berufsverbote im öffentlichen Dienst schon zahlreiche Existenzen vernichtet und viele Menschen an der Wahrnehmung der in der Verfassung garantierten Menschenrechte gehindert wurden, wollen nun auch die privaten Unternehmer die im öffentlichen Dienst praktizierten politischen Berufsverbote auf die privaten Unternehmen ausdehnen.

Am 5. Januar 1977 erschien in „Blick durch die Wirtschaft“, der von der „Frankfurter Allgemeinen Zeitung“ herausgegeben wird, ein Artikel mit der Überschrift „Radikale im privaten Dienst“. Er hatte die bezeichnende Unterüberschrift „Worauf bei der Entlassung geachtet werden muß“. Eines Tages tauche die Frage auf, „ob der Mann für den Betrieb denn überhaupt noch tragbar“ sei. Es gäbe jetzt bereits Fälle, in denen sich die Unternehmer entschlossen hätten, „Mitarbeiter mit radikalen Ideen zu entlassen, obwohl diese Mitarbeiter ihre eigentliche Arbeit anstandslos verrichteten“. Hier wird eingestanden, daß offener Gesinnungsterror und die Verletzung elementarer Menschenrechte durch die Unternehmer gang und gäbe sind. So nebenbei wird dann auch noch mitgeteilt, daß man sich im Frühjahr 1975 in einem Unternehmen „intensiv um die Anzeichen und Verhältnisse einer Reihe von Kollegen“ kümmerte, als Betriebsratswahlen bevorstanden.

Die Unternehmer werden darauf aufmerksam gemacht, daß es nicht genüge, vor den Arbeitsgerichten eine allgemeine antikapitalistische Gesinnung als Entlassungsgrund vorzubringen. „Der Unternehmer“, so wird das Fazit gezogen, „der einen Radikalen zu entlassen beabsichtigt, muß einige Kleinarbeit leisten und sehr konkret nachforschen, wie und wo der ‚Verdächtige‘ sich in Gegensatz gerade zu den Zielen seines Betriebes gesetzt hat.“ Den Juristen wird empfohlen, darüber nachzudenken, den Tendenzschutzparagraphen des BetrVG (Paragraph 118) auf die gesamte Wirtschaft auszudehnen, denn jedes Unternehmen habe im Kern eine Betriebstendenz „mit den entsprechenden betriebsverfassungsrechtlichen Folgen“.

Am 21. Februar 1977 greift die „Frankfurter Allgemeine Zeitung“ dieses Thema unter der Überschrift: „Die ‚Radikalen‘ in der Wirtschaft“ noch einmal auf. Der Personalchef eines privaten Unternehmens sei berechtigt, einen Bewerber „im Prinzip auch aus völlig unsachlichen Gründen“ abzulehnen. Aus dem wohlverstandenen Interesse seines Unternehmens werde ihm vieles einfallen, was die Einstellung nicht ratsam erscheinen läßt, denn ein Radikaler

steuere zielstrebig auf den Betriebsrat zu, und da sei es schon gar nicht mehr so einfach, ihn zu entlassen. Unumgänglich sei, so die FAZ, wie im öffentlichen Dienst eine Einzelfallprüfung, d. h. daß Unternehmer politisch nicht Genehme mit „abwegiger politischer Gesinnung“ nicht mehr einstellen sollen.

„Metall“ stellt in einem ganzseitigen Artikel fest, daß der Verfassungsschutz immer stärker mit den Unternehmern zusammenarbeite. Zwar dürfe der Verfassungsschutz im allgemeinen mit den privaten Unternehmern nicht über seine Erkenntnisse sprechen. Im Skandal um Dr. Traube schimmerte jedoch die all-

## Bildungsabgabe ist „gestorben“

„Das Ausbildungsplatzförderungsgesetz schafft die finanziellen und organisatorischen Voraussetzungen für eine bessere, langfristige Sicherung des Ausbildungsplatzangebotes.“ Mit diesen Worten feierte Bundesbildungsminister Rohde das Inkrafttreten des Ausbildungsplatzförderungsgesetzes am 1. September 1976 – rechtzeitig zur Bundestagswahl. Doch was damals von der Bundesregierung als „wesentlicher Meilenstein“ der Berufsbildungsreform bezeichnet wurde, soll nun, da mit der Verwirklichung Ernst gemacht werden müßte, zur Makulatur werden.

Dieses Gesetz sieht nämlich für den Fall, daß das Angebot an Ausbildungsplätzen weniger als 12,5 Prozent über der Nachfrage liegt, vor, daß die Betriebe eine Berufsausbildungsabgabe aufzubringen haben. Insgesamt geht es hier um eine Summe von 800 Millionen DM, die zur Schaffung neuer Arbeitsplätze eingesetzt werden soll. Dieses Gesetz wurde jedoch von den Gewerkschaften kritisiert, weil es völlig unzureichend ist und außerdem von der Bundesregierung als Ersatz für eine Berufsbildungsreform verkauft wurde.

Anfang des Jahres nun tischten die Unternehmer die Behauptung auf, im Vorjahr seien 100 000 Ausbildungsplätze unbesetzt geblieben. Da ähnliches auch für 1977 zu erwarten sei, wäre eine Berufsausbildungsabgabe überflüssig. Diese

tägliche Praxis durch. Skandal- und Polizeiminister Werner Maihofer, so „Metall“, habe unumwunden zugegeben, daß „offen mit Fakten und Informationen zwischen Verfassungsschutz und Arbeitgeber gehandelt werde“. Da der Verfassungsschutz oder das Politische Kommissariat der Politischen Polizei allen Denunziationen, selbst telefonischen, nachgehen, werden, schreibt die „Welt der Arbeit“, bei dem Unternehmer des Angeschuldigten Erkundigen eingeholt. Dieser erschrecke in aller Regel, „witterte das Ärgste oft auch dann, wenn gegen den Denunzierten im Betrieb nicht die mindesten Klagen vorliegen. Der Mann (oder die Frau) wird entlassen. Ein Grund findet sich immer. Die große politische Glocke muß gar nicht erst geläutet werden.“

Immer ungenierter werden aber auch von den Unternehmern private Schnüfflerorganisationen eingesetzt und zunehmend der Werkschutz zu Spitzeldiensten mißbraucht. „Metall“ schreibt: „Der Kreislauf ist klar: Staatliche und private Schnüffler arbeiten Industrie und Wirtschaft zu – und der Arbeitnehmer trägt die Folgen, oft ahnungslos.“ Gegen diese flagranten Verletzungen der Rechte des einzelnen Arbeiters und Angestellten sowie seiner Gewerkschaft gilt es überall den Widerstand zu entwickeln. H. Sch.

waghalsigen Zweckangaben der Unternehmer beruhen auf Umfragen in zwei ländlich strukturierten Kreisen Niedersachsens, sind also völlig untypisch. Da es immer noch keine verlässliche Lehrstellenstatistik gibt, wollen die Unternehmer mit diesen Zahlen das Ausbildungsplatzförderungsgesetz wirkungslos machen.

Am 10. März lehnte der Hauptausschuß des Bundesinstituts für Berufsbildung die Erhebung der Umlage ab – mit den Stimmen der Unternehmervorteiler, der CDU/CSU-regierten Länder und des SPD-regierten Hessen. Nordrhein-Westfalen enthielt sich der Stimme.

Daraufhin erklärte der DGB, es sei unabdingbar, daß die Bundesregierung die Berufsausbildungsabgabe und die damit verbundene Förderung der Ausbildungsplätze umgehend für das Jahr 1977 in Kraft setzt, diese voll aus-schöpft und die Weiterentwicklung sicherstellt. Gerd Beu, Bundesjugendsekretär der IG Druck und Papier, meinte, daß die Bundesregierung sich darüber klar sein müsse, „daß es bei dieser Entscheidung auch um den Verrat an Hunderttausenden Auszubildenden und Jugendlichen geht“.

Am 30. März beschloß die Bundesregierung auf die Erhebung der Berufsausbildungsabgabe in diesem Jahr zu verzichten. CDU/CSU und Unternehmer klatschten Beifall. W. B.

## Etablierte Parteien sind sich einig: Bevölkerung soll geschröpft werden

**Die erste Lesung der Gesetzentwürfe der Bundesregierung für die Renten- und Krankenversicherung sowie Kriegsopferversorgung hat bestätigt: die im Bundestag und Bundesrat vertretenen Parteien, die Bundesregierung und die Landesregierungen sind sich darin einig, daß die Lasten der Krise mit ihrer anhaltenden Massenarbeitslosigkeit und Kurzarbeit auf die Arbeiter und Angestellten, Rentner, Kriegsoffer und Schwerbehinderte abgewälzt werden sollen.**

Keiner der Kernpunkte zur Verschlechterung des Leistungsrechtes der sozialen Krankenversicherung wurde von den CDU/CSU-regierten Ländern im Bundesrat in Frage gestellt, so auch nicht die Rezeptgebühr für Rentner, Kriegsoffer, Schwerbehinderte und die Bezieher von Kranken- und Unterhaltsgeld. Überhaupt nicht zur Diskussion stand auch die beabsichtigte Ermächtigung für Ärzte und Krankenkassen durch Richtlinien zu bestimmen, für welche Arznei-, Verband- und Heilmittel sowie Brillen die Krankenkassen künftig die Kosten nicht mehr übernehmen.

Mit dieser uneingeschränkten Ermächtigung würden Standesfürsten, wie der Präsident der Bundesärztekammer, Dr. Sewering, darüber befinden, für welche Arzneien, Verband- und Heilmittel sowie Brillen die Kassen künftig überhaupt noch bezahlen oder die Arbeiter, Angestellten und Rentner zur Kasse gebeten werden. Das wäre jedoch der Anfang vom Ende des der sozialen Krankenversicherung zugrunde liegenden Sachleistungs- und Solidarprinzips, zumal von Ärztfunktionären wie dem Präsidenten der Bundesärztekammer nicht das geringste Verständnis für die soziale Situation der Arbeiter, Angestellten und Rentner zu erwarten ist. Dafür spricht, daß Dr. Sewering, der zu den Einkommensmillionären unter den Ärzten zählt und dem die Krankenkassen einen Honorarbetrag in Höhe von einigen hunderttausend Mark vorwerfen, im März einen „ehrlichen Kostenbeitrag“ der Versicherten durch Erhöhung der Rezeptgebühr nicht nur auf 3,50 DM, sondern auf 5 DM anregt.

Im Bundestag hat die in sozialer Demagogie machende CDU/CSU eine Verschiebung der übernächsten Rentenanpassung um ein halbes Jahr mit einer Sonderregelung für die Kriegsopferrenten (stufenweise Verschiebung) zugestimmt. Sie will zwar an der bruttolohnbezogenen Anpassung festhalten und lehnt die für die neuen Rentner ab 1978 ungünstige Aktualisierung der Bemessungsgrundlage ab. Dafür aber soll für Rentner ab einer Rentenmindesthöhe eine direkte Kürzung durch die Wiedereinführung eines Krankenversicherungsbeitrages erfolgen, der nicht nur

nach der Höhe der Sozialrente, sondern auch der weiteren Sozialleistungen (Betriebsrente usw.) bemessen werden soll. Die in dem von ihrem Sozialexperten Katzer vorgelegten „Alternativkonzept“ geforderte Erhöhung der Rentenversicherungsbeiträge für Arbeiter und Angestellte hat die CDU/CSU scheinbar fallengelassen. Wenn aber der CDU-Abgeordnete Franke im Bundestag betonte, das „Alternativkonzept“ sei um 7,3 Milliarden DM solider finanziert, so kann das nur als Eingeständnis gewertet werden, daß die CDU/CSU vor allem die Rentner noch mehr belasten will.

Dabei bestätigen die Zahlen des nun vorliegenden Rentenanpassungsberichtes 1977 erneut, daß von einem allge-

meinen Rentnerwohlstand nicht die Rede sein kann. So beträgt die durchschnittliche Höhe der Versichertenrenten in der Arbeitsversicherung monatlich 591,30 DM, in der Angestelltenversicherung 933,50 DM, die der Witwenrenten 483,80 DM bzw. 694,60 DM. Die zum 1. Juli des Jahres vorgesehene Anpassung um 9,9 Prozent bringt also im Durchschnitt eine Erhöhung von 58,40 DM bzw. 92,40 DM bei den Versicherten- und 47,90 DM bzw. 68,80 DM bei den Witwenrenten. Dabei ist noch zu berücksichtigen, daß die Arbeitsrentenversicherung von den fast 11,7 Millionen Sozialrenten mehr als zwei Drittel (67,7 Prozent), die Angestelltenversicherung ein gutes Viertel (26,1 Prozent) und den Rest die Knappschaft zahlen.

Nur eine Minderheit der Sozialrentner bezieht zwei oder mehr Renten. Von den Männern sind das 30 Prozent und von den Frauen 42 Prozent. Die Zahl der Sozialrenten, die 1000 DM und mehr beträgt, hat durch die letzte Rentenanpassung zugenommen. Knapp 1,9 Millionen, das sind 26,6 Prozent aller Versichertenrenten (Arbeiter und Angestellte) betragen 1000 DM und mehr. Von den nicht ganz 3,4 Millionen Witwenrenten erreichen nur 5,7 Prozent (192 000) eine Höhe von 990 DM und darüber, während 60,9 Prozent (gut 2 Millionen) unter 600 DM im Monat liegen. Mehr als 3 Millionen erhalten Renten unter 500 DM, der überwiegend größte Teil davon sind Frauen. Böpple

## AUS DEM ARBEITS- UND SOZIALRECHT:

### Lohnfortzahlung - Kündigungsrecht

Nach wie vor stehen im Mittelpunkt arbeitsrechtlicher Entscheidungen Fragen, die die Existenz der Arbeiter und Angestellten besonders stark berühren: die Sicherheit des Arbeitsplatzes und die sozialen Auswirkungen des kapitalistischen Profitsystems. Dabei zeigt sich, daß die zunehmende Diskussion über die Forderung nach „Recht auf Arbeit“ selbst die höchstrichterliche Rechtsprechung nicht unberührt läßt. So geht das Bundesarbeitsgericht (BAG) in einer Entscheidung vom 23. September 1976 (2 AZR 309/75) auf die Frage ein, ob eine Kündigung einen Verstoß gegen Art. 12 GG (freie Wahl des Arbeitsplatzes) darstellt. Das BAG verneint die Grundrechtsverletzung und bemerkt trostreich: „Härten, die durch den Verlust des Arbeitsplatzes eintreten, sind nach dem Sozialstaatsprinzip zu lösen.“ Einige dieser „Lösungen“ seien hier vorgestellt.

In welchem Verhältnis Kurzarbeit und Lohnfortzahlung stehen, hat das Bundesarbeitsgericht am 6. Oktober 1976

(5 AZR 503/75) entschieden: Danach hat ein kranker Kurzarbeiter für die Dauer der Kurzarbeit keinen Anspruch auf Lohnfortzahlung, wenn auch im Falle seiner Arbeitsfähigkeit kein Lohnanspruch entstanden wäre. Er wird vielmehr auf das Krankengeld in Höhe des Kurzarbeitergeldes verwiesen.

Zur Frage, wann eine Kündigung wegen Krankheit zulässig ist, hat das Bundesarbeitsgericht am 19. August 1976 (3 AZR 512/75) Stellung genommen. Ein Arbeiter hatte 1970 an 9,2 Prozent, 1972 an 22,4 Prozent, 1973 an 30 Prozent und 1974 bis zum 17. April an rund 50 Prozent der Arbeitstage wegen Krankheit gefehlt. Am 14. April 1974 war ihm gekündigt worden, ohne daß der Unternehmer vorher ein ärztliches Attest eingeholt hätte. Der Arbeiter verlor sowohl in der ersten Instanz, als auch beim Bundesarbeitsgericht in zweiter Instanz die Kündigungsschutzklage. Erst das Bundesarbeitsgericht hielt die vorgetragenen Tatsachen für nicht ausreichend und verwies die Kla-

ge zurück. In seiner Begründung führt das BAG aus: „Da das Kündigungsschutzgesetz dem Arbeitnehmer jedoch einen besonderen Bestandschutz für sein Arbeitsverhältnis einräumen will, sind an die soziale Rechtfertigung einer solchen Kündigung strenge Anforderungen zu stellen.“ Bei Kündigungen wegen Krankheit bedürfe es einer „eingehenden Interessenabwägung“, bei der neben der Dauer und der Häufigkeit der Erkrankungen, die wirtschaftliche Belastung des Unternehmers, die Dauer der Betriebszugehörigkeit und die Art der Erkrankung berücksichtigt werden müßten. Vor allem sei auch die voraussichtliche künftige Entwicklung der Krankheit und die Frage zu prüfen, ob nicht die Umsetzung auf einen anderen Arbeitsplatz möglich sei. Mehrfache Kurzerkrankungen in den letzten drei oder vier Jahren reichten für sich genommen für eine Kündigung nicht aus.

Auch eine zweite Grundsatzentscheidung des Bundesarbeitsgerichts vom 30. September 1976 (2 AZR 402/75) spiegelt das Bemühen des BAG wider, den Kündigungsschutz nicht völlig zu durchlöchern und wenigstens noch den Schein einer gewissen rechtlichen Absicherung bei Entlassungen zu wahren. Es ging um die Frage, unter welchen Voraussetzungen einem Antrag des Unternehmers auf Auflösung des Arbeitsverhältnisses in einem Kündigungs-schutzprozeß stattzugeben ist. Bekanntlich sieht das Kündigungsschutzgesetz in § 9 vor, daß selbst dann, wenn eine Kündigung sozial ungerechtfertigt ist, das Arbeitsverhältnis auf Antrag des Unternehmers aufgelöst werden kann, „wenn Gründe vorliegen, die eine den Betriebszwecken dienliche weitere Zusammenarbeit zwischen Arbeitgeber und Arbeitnehmer nicht erwarten lassen“. Diese gesetzliche Vorschrift hat in der Praxis dazu geführt, daß dem Auflösungsantrag fast automatisch stattgegeben wird. Das Bundesarbeitsgericht stellt in der hier zitierten Entscheidung etwas strengere Anforderungen: Der Unternehmer habe „greifbare Tatsachen“ für seinen Auflösungsantrag vorzutragen. Allgemeine Wendungen, etwa des Inhalts, daß die „Vertrauensgrundlage weggefallen“ oder ein „unüberbrückbares Zerwürf-nis“ eingetreten sei, genüßten nicht zur Begründung des Auflösungsantrags. -n

### Für Selbständigkeit der Arbeitsgerichte

Die CDU-geführten Länder Rheinland-Pfalz, Schleswig-Holstein und Niedersachsen haben im Bundesrat einen Antrag eingebracht, wonach die Selbständigkeit der Arbeitsgerichtsbarkeit aufgehoben und diese in die allgemeine Justizverwaltung eingegliedert werden soll. Der DGB protestierte in einer Erklärung gegen diese Absicht. Selbständige Arbeitsgerichte seien unerlässlich.

## Ein Betriebsrat sieht die USA Haarsträubendes Elend in Städten

**Fünf Wochen reiste der Betriebsratsvorsitzende der Firma Honeywell in Dörnigheim, Rolf Knecht, durch die USA. Für NACHRICHTEN schrieb uns der bekannte Gewerkschafter nachfolgenden Artikel:**

Ich wollte hinter die Kulissen sehen, aber sie waren nicht vorhanden. Armut und Elend, Reichtum und Protzerei waren nicht verdeckt. Vom ersten war ein Mehrfaches zu sehen. Armut außerhalb der Städte bis zu haarsträubendem Elend in den Städten. New York nimmt dabei die Spitze ein. Mag sein, daß es einmal eine angenehme Stadt war, heute spürt und sieht man, wohin ein kapitalistisches Amerika treibt, wenn nur der maßlose Profit die menschliche Entwicklung bestimmt.

Andere Städte waren nicht so verkommen. Irgendwie zeigen die großen Industriestädte alle Ähnlichkeiten. In New York war ich überrascht, daß in dieser brutalen, dreckigen, versackenden Stadt auch Menschen wohnten, die nicht auf eine Art deformiert waren. Hier erlebte ich sogar gleich ein klassenkämpferisches Amerika.

Während meiner Anwesenheit kämpften die Polizisten und das Krankenhauspersonal um höheren Lohn und gegen Abbau von Arbeitsplätzen. Es fing an, daß die Polizei vor der City Hall, dem Rathaus der Stadt, eine ständige Demonstration abhielt. Die dienstfreien Polizisten demonstrierten, lösten sich dann ständig ab, um ihrer Arbeit nachzugehen und kamen wieder zurück, wenn sie wieder frei hatten. Es ging um eine Lohnerhöhung von 3 Prozent, die ihnen schon 1974 zugesagt war, und um den Erhalt ihres Arbeitsplatzes. Denn trotz der steigenden Kriminalität sollen weitere Tausende Polizisten entlassen werden.

Bei der typisch amerikanischen Demonstrationsform waren ständig politische Vertreter der Stadt anwesend, um die Leute zu bereden und von ihrem Protest abzubringen. Innerhalb weniger Tage wurden die Forderungen der Demonstranten immer heftiger. Ihre Frauen und Kinder gingen zur Unterstützung auf die Straße. Dann kam es zum Marsch durch die Stadt. Zu Absperrmaßnahmen wurden die höheren Ränge der Polizei eingesetzt. Gereiztheit auf beiden Seiten, besonnene Zurufe nicht auf Provokationen hereinzufallen und dann doch kleinere Prügeleien und Verhaftungen von Polizisten durch die Polizei.

Auch die Krankenversorgung für die Mehrheit der Bevölkerung, jetzt schon mangelhaft, wird weiter abgebaut. Stän-

dige Preiserhöhungen auf allen Gebieten waren oft Gesprächsthema, wenn ich unterwegs mit Amerikanern sprach. Angst um den Arbeitsplatz, Angst vor den nächsten Tagen und Wochen sind die Hauptgründe, wenn man die Ursachen sucht, die zu einer tiefen Resignation vieler Menschen geführt hat. Unglaube an die Existenz nichtkäuflicher Politiker und ein tiefsitzender Antikommunismus führten zu der mangelhaften Wahlbeteiligung.

Entsetzt war ich, wenn im Fernsehen gezeigt wurde, wie Führer vieler Gewerkschaften bei der Geldübergabe an den Wahlfonds von J. Carter dumme, auf jeden Fall aber seichte Begründungen dafür gaben, warum sie für Carter plädierten. Diese Begründungen waren kennzeichnend für den Tiefstand, in den eine Gewerkschaftsbewegung kommen kann, wenn sie viele Jahrzehnte nur ökonomische Kämpfe führt ohne politische Konzeption, um aus der kapitalistischen Gesellschaft herauszukommen. Selbst hohe Löhne sind nicht so abgesichert wie in der Bundesrepublik.

Unwillkürlich kamen mir Gedanken, welcher Zukunft wir hier entgegengehen. Wird unsere Gewerkschaftsbewegung Lehren ziehen aus dem amerikanischen Weg? Werden wir diesen Tiefstand auch durchmachen müssen? 14 Tage war ich mit Menschen zusammen, die froh waren, auf ihrem Arbeitsplatz sogar zwei Wochen Urlaub im Jahr zu bekommen. Diese kleinen Angestellten großer Gesellschaften waren alle 50 Jahre und wußten nicht mit Sicherheit, wie lange sie noch Arbeit haben. Fragen nach einer gesicherten Altersversorgung lösten erschreckende Gespräche aus. Ich fing an, unsere Situation zu loben, vergaß aber nicht hinzuzufügen, daß wir in der Bundesrepublik das gleiche kapitalistische System haben.

Eine wichtige Erkenntnis habe ich noch von meiner Reise mitgebracht. Wer die ins Elend abgerutschten Menschen gesehen hat und dann noch glaubt, daß absolute Verelendung die Menschen kämpferischer macht, versteht wirklich nichts von der Bedeutung des Kampfes um bessere Lebens- und Arbeitsbedingungen. Im Kampf um das sprichwörtlich tägliche Brot sinken sie noch tiefer in Unwissenheit und Resignation.



## Europas Gewerkschaften wollen die Zusammenarbeit fortsetzen

Zu einem gewerkschaftspolitischen Ereignis von großer Bedeutung gestaltete sich die 2. Konferenz der Gewerkschaften Europas am 5. und 6. März 1977 in Genf. Daran nahmen die Repräsentanten von 42 nationalen Gewerkschaftsverbänden aus 28 europäischen Ländern teil, darunter auch der DGB-Vorsitzende Vetter. Die Konferenz beschäftigte sich mit Fragen des Arbeits- und Umweltschutzes sowie mit der gewerkschaftlichen Arbeiterbildung. Schon 1975 hatte sich eine erste Konferenz dieser Art mit der Humanisierung der Arbeitsumwelt, insbesondere den Wirkungen giftiger Stoffe, befaßt und dabei die Nützlichkeit und Notwendigkeit der Zusammenarbeit der europäischen Gewerkschaften, die in verschiedenen Gesellschaftssystemen wirken, betont.

Diese zweite Konferenz geht auf einen Beschluß der ersten zurück und analysierte die Ergebnisse der seit 1975 von den beteiligten Gewerkschaften im gestellten Aufgabenbereich geleisteten Arbeit. Hatten sich die Gewerkschaftsführer aus West- und Osteuropa, von IBFG- und WGB- sowie solchen Gewerkschaften, die keiner internationalen Zentrale angehören, vor zwei Jahren noch vorsichtig „abgetastet“, so konnte man bei dieser Zusammenkunft im Genfer Gebäude der Internationalen Arbeitsorganisation (IAO) der UNO die verbesserte Atmosphäre zunehmenden Vertrauens und positiver Erfahrungen der gemeinsamen Arbeit geradezu spüren. Beide Konferenzen sind das Ergebnis einer internen Zusammenkunft der europäischen Gewerkschaftsführer am Rande der Europäischen Regional-Konferenz der IAO im Februar 1974, ebenfalls in Genf.

Die seitdem gemachten Erfahrungen drückt das am 6. März einstimmig beschlossene Kommuniqué mit folgenden Worten aus: „Die Konferenz leistete einen weiteren Beitrag zur Entwicklung der Zusammenarbeit zwischen Gewerkschaften in europäischen Ländern, die im Januar 1974 in Genf angebahnt wurde; sie bestätigte, daß ein regelmäßiger Gedankenaustausch zwischen allen Gewerkschaftsverbänden in Europa über Probleme, die die arbeitenden Menschen berühren, nützlich und wünschenswert ist. Der weitgefaßte und konstruktive Gedankenaustausch, der auf der Konferenz stattfand, bestätigte die Bedeutung der zur Diskussion stehenden Fragen für die Gewerkschaften und Arbeitnehmer aller europäischen Länder.“

Auch der DGB-Vorsitzende Heinz Oskar Vetter betonte die Nützlichkeit solcher gemeinsamen Beratungen: „Wir sehen in diesen gewerkschaftlichen Begründungen im Rahmen der IAO einen praktischen Weg der Praktizierung von Entspannung und Koexistenz.“ Zur Konferenzthematik sagte er, die Ge-

werkschaften müßten die „Förderung der Gesundheit am Arbeitsplatz als eine kontinuierliche Aufgabe“ verfolgen und weiterhin Erfahrungen und Informationen austauschen. Vetter schlug vor, diesen Informationsaustausch in Fragen der menschengerechten Arbeitsgestaltung, der Sozial- und Tarifpolitik weiter auszubauen.

Zurückhaltend äußerte er sich über die Empfehlung, die gewerkschaftliche Bildungsarbeit neu in den Themenkatalog gemeinsamer Konsultationen und Konferenzen aufzunehmen. Über die Notwendigkeit dieser Aufgabe gebe es kaum Meinungsverschiedenheiten, aber man habe auf Grund unterschiedlicher gesellschaftspolitischer Standorte gewiß Schwierigkeiten bei der Bestimmung der Bildungsinhalte. Die Sprecher der anderen Gewerkschaftsbünde zeigten sich dagegen optimistischer. (Auszüge der Vetter-Rede im Einhefter)

Der Präsident des britischen TUC, Lionel Murray, hielt eine sehr engagierte Rede für die Fortsetzung solcher europäischen Gewerkschaftskonferenzen.

Der norwegische LO-Vorsitzende, Tor Aspengren, bezeichnete die Schlußakte von Helsinki als eine gute Basis für die Zusammenarbeit der Gewerkschaften. Trotz unterschiedlicher Standpunkte in manchen Fragen zwischen Gewerkschaften, besonders auch Ost- und Westeuropas, habe die bisherige Zusammenarbeit im Bereich der Arbeitsumwelt gute Erfahrungen gebracht. Das Thema Bildungsarbeit bringe bereits begrüßenswerte neue Elemente in diese Zusammenarbeit. Sie erfordere vor allem auch den richtigen politischen Willen.

So wie diese und andere Repräsentanten von Gewerkschaftsbünden, die dem Internationalen Bund Freier Gewerkschaften (IBFG) oder dem Europäischen Gewerkschaftsbund (EGB) angeschlossen sind, engagierten sich auch die Führer von Gewerkschaftsbünden,

die zum Weltgewerkschaftsbund (WGB) gehören, für die Weiterentwicklung der gemeinsamen Arbeit.

Der Vorsitzende des FDGB der DDR, Harry Tisch, regte darüber hinaus an, „die Themenkreise für europäische Gewerkschaftskonferenzen zu erweitern und Probleme zu erörtern, wie Fragen der Sicherung des Arbeitsplatzes, der gewerkschaftlichen Bildungsarbeit im Zusammenhang mit Erfordernissen des wissenschaftlich-technischen Fortschritts, der Einflußnahme auf Arbeitsgesetzgebung und Arbeitsgerichtsbarkeit in Betrieb und Gesellschaft“. Es sei auch nützlich, wenn die europäischen Gewerkschaftskonferenzen durch Expertenberatungen zur Erörterung von Sach- und Grundsatzfragen ergänzt würden.

Eindrucksvoll schilderte Tisch die gewerkschaftlichen Rechte und Möglichkeiten in der DDR bei der Gestaltung der Arbeits- und Umwelt sowie bei der Arbeiterbildung. Gegenwärtig diskutierten die Bürger der DDR den Entwurf eines neuen Arbeitsgesetzbuches, der dann vom bevorstehenden FDGB-Kongreß abschließend beraten und der Volkskammer zur Beschlußfassung unterbreitet werde. So verwirkliche der FDGB sein verfassungsmäßiges Recht auf Gesetzesinitiative. (Redeauszug im Einhefter)

Weitere europäische Gewerkschaftskonferenzen empfahl auch der Vorsitzende des Zentralrates der sowjetischen Gewerkschaften, Alexej Schibajew. Sie könnten sich, neben Arbeitsumwelt und Arbeiterbildung, mit Fragen der Mitbestimmung und Beteiligung der Werktätigen an den betrieblichen Entscheidungsprozessen befassen. Georges Seguy, Generalsekretär der französischen CGT, lenkte die Aufmerksamkeit der europäischen Gewerkschaften auf die Tätigkeit der multinationalen Konzerne als ein weiteres mögliches Thema gemeinsamer Überlegungen und Handlungen.

Als die europäischen Gewerkschaftsführer am Ende ihrer erfolgreichen Beratung ein gemeinsames Kommuniqué verabschiedeten, drückte sich die allgemeine Überzeugung von der Nützlichkeit solcher Gewerkschaftskonferenzen in einstimmiger Billigung aus sowie in der im Kommuniqué enthaltenen Aussage, „die Möglichkeit einer weiteren Konferenz Anfang 1979 in Erwägung zu ziehen“.

Nachdem bis Redaktionsschluß dieser Ausgabe drei Wochen vergangen waren, ohne daß der DGB oder die Einzelgewerkschaften in ihren Publikationsorganen die Gewerkschaftsmitglieder über dieses herausragende gewerkschaftspolitische Ereignis informiert hatten, stellt sich die Frage nach der diesbezüglichen Engagement des DGB. Gerd Sieber:

## Vor dem 9. FDGB-Kongreß: Eine erfolgreiche Bilanz

Von unserem DDR-Korrespondenten Hans Kramer

Was mit den Gewerkschaftsbeiträgen geschieht, ist auch in der DDR eine Frage, die jeden Gewerkschafter interessiert. Sie wurde kürzlich vom Leiter der Abteilung Bundesfinanzen des FDGB, Harry Weber, in einem Artikel in der Gewerkschaftszeitung „Tribüne“ beantwortet: „In den drei Jahren von 1974 bis 1976 hat der FDGB insgesamt 2 502 500 000 Mark für seine Mitglieder ausgegeben.“ Davon entfielen 33,6 Prozent auf Urlaub und Erholung, 21,4 Prozent auf Unterstützungen und Ehrungen und 23,4 Prozent für Bildung, Kultur, Arbeitsschutz sowie Jugend und Sport. Für Vorstands- und Kommissionsarbeit wurden 16,7 Prozent ausgegeben, und die Verwaltungsausgaben betrugen 4,9 Prozent.

In Markbeträgen ausgedrückt sieht die Bilanz folgendermaßen aus: Ein erheblicher Teil der Beitragseinnahmen, nämlich 889,2 Mill. Mark, das sind 35,6 Prozent des Ausgaben des FDGB, wurden direkt von den Betriebs- und Orts-gewerkschaftsleitungen verwendet. Gerade die betrieblichen und örtlichen Gewerkschaftskassen sind von großer Bedeutung für die Arbeit des FDGB, ermöglichen sie es doch den Gewerkschaftsleitungen und ihren Kommissionen in den Betrieben, die finanziellen Mittel entsprechend den jeweiligen speziellen Bedingungen einzusetzen.

Eine große Errungenschaft ist der Feriendienst der Gewerkschaften. Dafür standen in dem obengenannten Zeitraum 837,4 Mill. Mark zur Verfügung. Mit diesem Geld wurden der Zuschuß für die Ferienheime sowie der Neubau und die Erneuerung von Ferienheimen des FDGB finanziert. 576,8 Mill. Mark davon wurden als Zuschuß für über 4,1 Mill. Ferienreisen ausgegeben. Die durchschnittlichen Aufwendungen betrugen im Jahr 1975 je Ferienplatz 186,98 Mark, das Mitglied bezahlte davon im Durchschnitt nur 65,92 Mark. Mit der steigenden Anzahl von Plätzen für die Familienerholung steigt die Höhe des Zuschusses weiter an, denn nach wie vor beträgt der Preis für Kinder nur 30 Mark je Ferienplatz.

Steil bei verbesserter Qualität gestiegen ist die Anzahl der Ferienreisen. So konnten 30 neue Erholungshelme mit 6737 Plätzen in Betrieb genommen und 28 Ferienheime mit 1458 Plätzen rekonstruiert werden. Dafür stellte der Staatshaushalt 260,6 Mill. Mark bereit. Außerdem beteiligte er sich mit 190,7 Mill. Mark an der Finanzierung der Aufwendungen für den Feriendienst der Gewerkschaften.

Für die Bildungs-, Kultur- und Jugendarbeit, für die Betreuung der Kinder, für den Sport und den Arbeitsschutz gab

der FDGB in den vergangenen drei Jahren 581,8 Mill. Mark aus. Von dieser Summe wurden 138,3 Mill. Mark für die Bildung verwandt, besonders für die Schulen der sozialistischen Arbeit, die Schulung der Funktionäre sowie für die Förderung der beruflichen Aus- und Weiterbildung. 243,8 Mill. Mark wurden für die Kulturarbeit, hauptsächlich für das geistig-kulturelle Leben der Gewerkschaftsgruppen, ausgegeben. Mit diesen Mitteln finanziert und unterstützt der FDGB auch die Arbeit der 350 gewerkschaftlich geleiteten Klub- und Kulturhäuser, der 5000 Gewerkschaftsbibliotheken und der über 10 000 Volkskunstkollektive. 142,6 Mill. Mark wurden für Jugendarbeit, Betreuung und Erziehung der Kinder sowie für den Sport zur Verfügung gestellt.

Der FDGB unterstützt und ehrt seine Mitglieder in vielfältiger Weise. Deshalb sind die Ausgaben dafür beträchtlich. Sie beliefen sich insgesamt auf 534,3 Mill. Mark in den Jahren von 1974 bis 1976. So erhielten die Eltern von 390 970 Neugeborenen eine Geburtsbeihilfe in Höhe von je 30 Mark. Alle Kolleginnen und Kollegen mit einer länger andauernden Krankheit wurden nach Wegfall des Lohnausgleiches unterstützt. Diese gewerkschaftliche Krankengeldunterstützung wurde in Höhe von 98 647 700 Mark an 1824 144 Mitglieder gezahlt. Für die Betreuung ihrer erkrankten Mitglieder wandten die Gewerkschaftsleitungen und -gruppen 30 538 900 Mark auf.

Für ihre 50-, 60-, 70-, 75- oder 80jährige Mitgliedschaft bekamen in dem genannten Zeitraum 83 174 Kolleginnen und Kollegen neben Ehrennadel und -urkunde auch eine Ehrengabe. Jährlich erhielten über 340 000 Gewerkschaftsveteranen eine regelmäßige vierteljährliche Unterstützung. Dafür wurden in den letzten drei Jahren 164 933 300 Mark ausgegeben. Der FDGB gewährt beim Tod eines Mitgliedes an Hinter-

bliebene ein Sterbegeld. Insgesamt wurden dafür 67,2 Mill. Mark gezahlt. In der Berichtsperiode wurden für die Vorstands-, Leitungs- und Kommissions-tätigkeit der Gewerkschaften insgesamt 426,4 Mill. Mark ausgegeben.

## DGB-Delegation auf dem Kongreß der Sowjet-Gewerkschaften

Vom 21. bis 25. März 1977 tagte im Moskauer Kreml-Palast der 16. Kongreß der sowjetischen Gewerkschaften. Über 5000 Delegierte zogen Bilanz der gewerkschaftlichen Arbeit seit dem 15. Kongreß im März 1972 und beschlossen die weiteren Aufgaben. Von den Delegierten waren 50 Prozent Arbeiter und 40 Prozent Frauen. Erstmals nahm auch eine offizielle Delegation des DGB-Bundesvorstandes, bestehend aus Alois Pfeiffer, Mitglied des geschäftsführenden Bundesvorstandes, sowie dem Leiter der Internationalen Abteilung des DGB, Christophersen, an einem Kongreß der sowjetischen Gewerkschaften teil.

In den letzten fünf Jahren hat sich die Zahl der Mitglieder der sowjetischen Gewerkschaften um 15,5 Millionen erhöht und beträgt gegenwärtig über 113 Millionen. Damit sind faktisch alle Berufstätigen, Lehrlinge und Studenten der technischen Fach- und Hochschulen sowie der Institute gewerkschaftlich organisiert. Die Bilanz verzeichnet 701 500 gewerkschaftliche Grundorganisationen, 485 900 Abteilungsgewerkschaftsorganisationen und 2,6 Millionen Gewerkschaftsgruppen. In der Sowjetunion gibt es 30 Industriegewerkschaften und Gewerkschaften, außerdem 170 gewerkschaftliche Leitungen in Gebieten, Rayons und Republiken.

Im Verlaufe der jetzigen Gewerkschaftswahlen wurden über 13 Millionen Mitglieder in die verschiedenen gewerkschaftlichen Leitungen bzw. Kommissionen gewählt, davon 12 Millionen in den Grundorganisationen. Insgesamt arbeiten in den unterschiedlichen gewerkschaftlichen Organen und Kommissionen 56 Millionen Mitglieder. Damit hat etwa jedes zweite Mitglied eine ehrenamtliche gewerkschaftliche Funktion.

Während der Wahlperiode zwischen dem 15. und 16. Kongreß wurden neu gebildet: 10 200 Abteilungsgewerkschaften, 10 600 Betriebsgewerkschaftskomitees, 370 Kreis- und Stadtkomitees sowie 35 Gebiets- und Regionskomitees der Gewerkschaften und fünf Industriegewerkschaften. In einer der nächsten Ausgaben werden NACHRICHTEN weiter über den 16. Kongreß der sowjetischen Gewerkschaften berichten.

# Türkischer Gewerkschaftsbund DISK für gute Beziehungen zum DGB

Interview mit Mehmet Karaca, DISK-Generalsekretär

Am Türkischen Arbeiterkongreß vom 26. bis 27. Februar 1977 in Düsseldorf nahm auch der Generalsekretär des türkischen Gewerkschaftsbundes DISK, Mehmet Karaca, teil. Anschließend bereiste er eine Woche lang die Bundesrepublik und Westberlin, sprach auf zahlreichen Veranstaltungen mit Tausenden türkischen Arbeitern über ihre Belange und informierte sie über die politische Situation in der Türkei. Er rief seine Landsleute in der Bundesrepublik zum solidarischen Handeln mit ihren deutschen und ausländischen Kollegen für die Rechte der arbeitenden Menschen auf. Der DGB verhielt sich zu diesem Kongreß distanziert.

In der Türkei, so erklärte Mehmet Karaca, habe sich der Klassenkampf verschärft. Der progressive Gewerkschaftsbund DISK, mit knapp einer halben Million Mitgliedern seiner Einzelgewerkschaften mit Abstand die größte Arbeiterorganisation in der Türkei, habe eine Reihe wichtiger Erfolge errungen. Als besonders bemerkenswert bezeichnete Karaca in diesem Zusammenhang die Demonstrationen zum 1. Mai 1976 und die erfolgreiche Streik- und Demonstrationsaktion gegen die Wiedereinführung von Sondergerichten. Die Regierung versuchte durch die Verhaftung Tausender streikender Arbeiter und Gewerkschaftsfunktionäre den Widerstand zu brechen. Schließlich wurde sie durch die Entschlossenheit der Arbeiter zum Nachgeben und zur Freilassung der Verhafteten gezwungen.

Wiederholt bedauerte der DISK-Generalsekretär das Fehlen von Beziehungen zwischen DISK und DGB und hob den Willen seiner Organisation hervor, mit dem DGB gemeinsame Probleme zu diskutieren und gute Beziehungen herzustellen. Vor seiner Rückkehr in die Türkei, stellten die NACHRICHTEN Mehmet Karaca einige Fragen.

**NACHRICHTEN:** Wie schätzen Sie den Türkischen Arbeiterkongreß und die dort gegründete Föderation der türkischen Arbeitervereine in der Bundesrepublik FIDEF ein?

**Mehmet Karaca:** Wie Sie wissen, haben sich am 26. und 27. Februar 1977 die Vertreter der verschiedenen türkischen Arbeitervereine der Bundesrepublik in Düsseldorf getroffen. Sie gründeten dort einen Dachverband, die FIDEF. In einer kapitalistischen Gesellschaftsordnung müssen sich die Arbeiter und Angestellten selbst an die Lösung ihrer Probleme machen. Erfolge jedoch können sie meiner Meinung nach nur erringen, wenn sie einheitlich und geschlossen handeln.

Der Arbeiterkongreß in Düsseldorf hat einen wichtigen Schritt in Richtung auf

diese Einheit getan. Ich bin zuversichtlich, daß die Einheit auch unter den schweren Bedingungen für meine Landsleute in der Bundesrepublik, bedingt durch das Fehlen zahlreicher Rechte, bei der Lösung der Probleme erfolgreich sein wird. Dabei darf nicht vergessen werden, daß der Kampf der türkischen Arbeiter in der Bundesrepublik nicht zu trennen ist vom Kampf der Arbeiterklasse in der Türkei.

Um keine Mißverständnisse aufkommen zu lassen, muß ich hier eines klarstellen: wir lehnen die Absicht gewisser Kreise, in der Bundesrepublik eine separate Gewerkschaftsorganisation für ausländische Arbeiter zu bilden, strikt ab. Die türkischen Arbeiter würden da nicht mitmachen.

**NACHRICHTEN:** Hat der DISK Beziehungen zu internationalen Gewerkschaftsbünden oder beabsichtigt er, einer internationalen Gewerkschaftsorganisation beizutreten?

**Mehmet Karaca:** Bis heute hat sich der Gewerkschaftsbund DISK noch keinem der internationalen Gewerkschaftsbünde angeschlossen. Nichtsdestoweniger

## Erfolgreicher Streikverlauf in Holland

Holland erlebte im Februar den umfangreichsten und längsten Streik seit Jahrzehnten. Anlaß dafür war die Weigerung der Unternehmerverbände, in diesem Jahr der automatischen Kaufkraftangleichung der Löhne und Gehälter an die Inflationsrate zuzustimmen.

Das führte zum Streik Zehntausender Arbeiter, vor allem in den Häfen, der Metallverarbeitung, Bauindustrie und anderen Branchen. Nach zwei Wochen Streik sagten die Unternehmer schließlich die Lohnangleichung und im Prinzip auch eine geringe Reallohnanhebung zu.

ist er untrennbar mit der internationalen Arbeiter- und Gewerkschaftsbewegung verbunden. Der DISK ist jetzt 10 Jahre alt. Er versteht sich als Zusammenschluß demokratischer Klassen- und Massengewerkschaften und sieht seine Aufgabe darin, für die wirtschaftlichen und sozialen Rechte der arbeitenden Menschen, darüber hinaus aber auch, entsprechend den Voraussetzungen in der Türkei, für demokratische Rechte zu kämpfen.

Wie bisher wird DISK auf internationaler Ebene zur Durchsetzung gewerkschaftlicher Ziele mit allen nationalen und internationalen Gewerkschaftsbünden zusammenarbeiten. Auch wenn verschiedene Gewerkschaften unterschiedliche weltanschauliche Ansätze haben, so müssen sie nichtsdestoweniger bei voller Wahrung der ideologischen Unabhängigkeit zusammenarbeiten. Denn im Kampf gegen die Monopole ist die internationale Zusammenarbeit unausweichlich. Was den Beitritt zu internationalen Gewerkschaftsorganisationen betrifft, so liegt die Entscheidung darüber allein bei den dafür zuständigen Gremien meines Gewerkschaftsbundes.

**NACHRICHTEN:** In vielen Massenmedien der Bundesrepublik und auch von offizieller Seite ist viel die Rede von fehlenden Menschenrechten in anderen Ländern. Sie haben sich nun ein Bild machen können: Wie ist es mit den Menschenrechten für Ihre Landsleute in der Bundesrepublik bestellt?

**Mehmet Karaca:** Wir, der progressive Gewerkschaftsbund DISK, fordern die volle Anwendung der Menschenrechtsbeschlüsse von Helsinki und der Vereinbarung der ILO, d.h. die volle Rechtsgleichheit für alle Ausländer in der Bundesrepublik. Wie ich auch auf dem Kongreß in Düsseldorf erklärt habe, ist es falsch, von kapitalistischer Regierungen zu erwarten, daß sie irgendwelche Rechte von sich aus gewähren. Rechte fallen einem nicht in den Schoß, man erkämpft sie sich.

**NACHRICHTEN:** Der Düsseldorfer Arbeiterkongreß hat einen offenen Brief an Bundeskanzler Schmidt gerichtet, in dem die Verwirklichung von wichtigen Menschenrechten gefordert wird, u.a. das Recht auf Familienzusammenführung, auf Freizügigkeit und auf Gleichheit vor dem Gesetz. Unsere Zeitschrift hat diesen offenen Brief veröffentlicht und ihre Leser aufgerufen, diesen mit ihrer Unterschrift zu unterstützen. Möchten Sie uns hierzu etwas sagen?

**Mehmet Karaca:** Wir unterstützen die Forderung, die der Arbeiterkongreß in seinem offenen Brief an Bundeskanzler Schmidt gerichtet hat. Diese Forderungen sind auch unsere Forderungen. Wir wünschen uns, daß alle gewerkschaftlichen Kräfte Ihrem Beispiel folgen und für die Durchsetzung dieser Forderung eintreten.

## Werktage sollen besser werden

Werktage werden besser. Der Kampf um den Lohnrahmentarifvertrag II in Nordwürttemberg/Nordbaden. Hrsg.: Vorstand der IG Metall. Europäische Verlagsanstalt, Köln 1977, 207 Seiten, 16 DM.

Der vorliegende Sammelband zur Entstehung des Lohnrahmentarifvertrages (LRTV) II von 1973 enthält sechs Beiträge und einen umfangreichen dokumentarischen Anhang, in dem auch der Tarifvertrag selbst vollständig abgedruckt ist. Seine Ergebnisse wurden in der Vergangenheit oft — auch in Gewerkschaftskreisen — als „Revolution per Tarifvertrag“ — gefeiert, eine Wertung, die den erzielten Verbesserungen jedoch nicht gerecht werden dürfte. Bezeichnend ist — und das ist ausdrücklich zu begrüßen —, daß im vorliegenden Band nicht auf jeder dritten Seite von der „Humanisierung“ der Arbeit die Rede ist, ohne daß erklärt würde, worin eigentlich deren bestimmende Elemente bestehen.

## DAS AKTUELLE BUCH

Vielmehr wird der gewerkschaftliche Kampf um die Verbesserung der Arbeitsbedingungen im historischen, gesellschafts- und tarifpolitischen Kontext gesehen, wobei der erstgenannte Aspekt besonderes Interesse verdient, werden doch die verschiedenen „Humanisierungs“-Konzeptionen gern als etwas völlig „Neues“ dargestellt.

In seinem Vorwort zeichnet der 2. IG-Metall-Vorsitzende Hans Mayr die wichtigsten Etappen des unternehmerischen Kampfes gegen die Gewerkschaften und ihre Tarifpolitik seit der Jahrhundertwende nach und belegt an zahlreichen Beispielen die Kontinuität sogenannter „qualitativer“ Forderungen in der Tarifpolitik der deutschen Metallgewerkschaften. Hierbei werden frappierende Parallelen zur gegenwärtigen Politik der Unternehmer deutlich, vor allem, was die Anwendung tarifvertraglicher Regelungen angeht. Aus der Auseinandersetzung um den LRTV II leitet Mayr für die gewerkschaftliche Tarifpolitik wichtige Forderungen ab, die hauptsächlich die Durchsetzbarkeit von qualitativen Forderungen im Rahmen einer aktiven Tarifpolitik betreffen.

Franz Steinkühler (Stuttgart), einer der an der Aushandlung des LRTV II Hauptbeteiligten, befaßt sich mit einigen Problemen der Durchsetzung und Anwendung der Vertragsergebnisse, wobei er auf die unabdingbare Notwendigkeit des aktiven gewerkschaftlichen Kampfes zur Durchsetzung gewerkschaftlicher Forderungen hinweist. Einmal mehr wird in diesem Beitrag

deutlich, daß Argumente zur Durchsetzung von gewerkschaftlichen Forderungen allein nicht genügen und daß mit dem Abschluß eines Tarifvertrages die Verhältnisse noch nicht verändert, sprich: die erreichten Erfolge in den Betrieben noch nicht Wirklichkeit geworden sind.

Belegt wird dies einmal am Beispiel mehrerer Forderungen, um die beim Abschluß des Vertrages besonders hart gerungen werden mußte: Datenermittlung für den Akkord-Zeitfaktor, Erholungszeitregelungen für Leistungslöhner, Alterssicherung. Zum anderen werden die verschiedenen Versuche der Unternehmer, den Tarifvertrag zu unterlaufen, dargestellt; so die Bestrebungen vieler Metallbetriebe im Tarifbezirk, nach Abschluß des Tarifvertrages vom Leistungslohn zum Zeitlohn überzugehen, wodurch einige wichtige Regelungen des Vertrages keine Anwendung mehr finden. Angesichts der Tatsache, daß die Unternehmer gerade der IG Metall in den Tarifverhandlungen vorwarfen, sie wollten „den Leistungslohn töten“, erscheinen derartige Unternehmerstrategien als geradezu zynische Reaktionen auf einen im Streik erkämpften Teilerfolg der Gewerkschaft.

Steinkühler gelangt wohl nicht zuletzt aufgrund derartiger Erfahrungen zu dem Schluß, daß der LRTV II „nun ein erster, ein bescheidener Schritt“, ein „Bauplan für menschlichere Arbeitsbedingungen“ (S. 55) sein kann, deren Qualität abhängt „von der Kraft und der Ausdauer derer, die täglich erneut im Betrieb für die Durchführung des Tarifvertrages eintreten müssen“ (S. 55).

Abschließend sei noch auf den wichtigen Aufsatz von Peter Scherer hingewiesen, in dem die historischen Zusammenhänge und Hintergründe des gegenwärtigen Kampfes um bessere Arbeitsbedingungen auf der Basis umfangreichen empirischen Materials behandelt werden. Scherer weist nach, daß in Süddeutschland die Arbeiter schon zu Beginn dieses Jahrhunderts sich erfolgreich gegen unternehmerische Krisenpolitik zur Wehr gesetzt haben, daß der Kampf um die Verbesserung der Arbeitsbedingungen also ebensowenig neu ist wie die Grundsätze der Unternehmerkonzepte zur „Humanisierung“ der Arbeit.

Alles in allem ein empfehlenswertes Buch. K. P.

## VERLAGSINTERNES

Erinnern Sie sich noch: In den NACHRICHTEN Nr. 8/76 berichteten wir in „Verlagsinternes“ über den Wunsch der Fernmeldekabel-Gemeinschaft (Kabelkartell), mit den Autoren der nachrichten-reihe 2: „Die Post im Griff der Konzerne“, Michael Raabe und Wolfgang Stöhr, ein Gespräch zu führen. Nach vielem Hin und Her fand nun dieses Gespräch am 28. März 1977 statt. Der Versuch der Unternehmervereinigung, den beiden Autoren nachzuweisen, daß die von ihnen in der nachrichten-reihe 2 angegebenen Fakten nicht stimmen, mißlang.

In der nächsten Ausgabe der NACHRICHTEN werden Michael Raabe und Wolfgang Stöhr an anderer Stelle über die Erfahrungen berichten, die sie in dem Gespräch mit dem Beauftragten der Kabelgemeinschaft gemacht haben. Übrigens: von der nachrichten-reihe 2, die das Unternehmerkarussell ins Rollen brachte, sind noch einige Exemplare vorhanden. Es lohnt sich, in dieser Schrift, die nur 3,— DM kostet, zu blättern und festzustellen, wie weit der Einfluß der Konzerne auf die bundes-eigene Post bereits gediehen ist.

Auf vollen Touren laufen die Vorbereitungen für das Arbeiterseminar am 23./24. April in Frankfurt mit dem Thema: „Sozialpolitik in der Krise — Sicherung und Ausbau demokratischer Rechte und Leistungen“. Die Experten, die sich bereits vor Redaktionsschluß (Ende März) aus Gewerkschaften, Wissenschaft und Betrieben angemeldet haben, lassen ein gutes Seminar erwarten. Natürlich ist die Teilnehmerkapazität begrenzt. Darum haben wir uns auch diesmal entschlossen, die Ergebnisse in Buchform zu veröffentlichen. Rechtzeitig werden wir Sie über nähere Einzelheiten z.B. Umfang, Preis und Erscheinungszeit informieren.

Im April erscheint die nachrichten-reihe (nr) 6: „Peter Katzer, Zur Gewerkschaftsjugendbewegung, Probleme und Entwicklungen seit Ende der sechziger Jahre.“ Dieses Heft kommt unter dem Sammelbegriff „Soziale Bewegungen — Analyse und Dokumentation des IMSF“ heraus. nr 6 hat 96 Seiten und kostet 6 DM. Bald fertig ist nachrichten-reihe 7: „Gewerkschaften 1976 — Beschlüsse und Erklärungen, Materialien zur Programmdiskussion“. Sie hat ebenfalls 96 Seiten und kostet 5 DM.

Gerade in den letzten Wochen bekam unsere Redaktion viel Post mit wirklich guten Hinweisen für unsere NACHRICHTEN. Wir werden alle diese Hinweise beachten. Bitte, haben Sie Verständnis dafür, daß wir nicht alle Briefe sofort beantworten können. Auf diesem Wege also vorerst unseren besten Dank. Jaco



# Terminkalender

- **23. bis 24. April**  
Arbeiterseminar '77 der Redaktion der NACHRICHTEN und des NACHRICHTEN-Verlags in Frankfurt
- **12. bis 14. Mai**  
11. ordentliche Bundesjugendkonferenz der IG Metall in Augsburg
- **19. bis 21. Mai**  
Bundesjugendkonferenz der Deutschen Postgewerkschaft in Böblingen
- **2. bis 3. Juni**  
9. Bundesfrauenkonferenz des Deutschen Gewerkschaftsbundes in Saarbrücken
- **3. bis 4. Juni**  
Kulturpolitische Tagung des DGB in Recklinghausen
- **11. bis 14. September**  
11. ordentlicher Gewerkschaftstag der Gewerkschaft Gartenbau, Land- und Forstwirtschaft in Malente/Schleswig-Holstein
- **18. bis 24. September**  
12. ordentlicher Gewerkschaftstag der IG Metall in Düsseldorf
- **29. September bis 1. Oktober**  
Bundestagung der Delegierten des 10. ordentlichen Gewerkschaftstages der IG Bau, Steine, Erden in Frankfurt
- **3. bis 8. Oktober**  
10. ordentlicher Gewerkschaftstag der Gewerkschaft Holz und Kunststoff in Leverkusen
- **9. bis 15. Oktober**  
12. Kongreß der Deutschen Postgewerkschaft in Mainz
- **19. bis 21. Oktober**  
9. Bundes-Angestelltenstag des DGB in Frankfurt
- **16. bis 22. Oktober**  
11. ordentlicher Gewerkschaftstag der IG Druck und Papier in Augsburg
- **18. Oktober bis 31. Oktober**  
Kongreß des Internationalen Metallarbeiterbundes in München
- **30. Oktober bis 4. November**  
Gewerkschaftstag der Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft in Mannheim

## Beilagenhinweis

Diese Ausgabe der NACHRICHTEN enthält einen Prospekt über die nachrichtenreihe 6 von Peter Katzer: „Zur Gewerkschaftsjugendbewegung, Probleme und Entwicklungen seit Ende der sechziger Jahre.“ Dieses Heft kommt unter dem Sammelbegriff „Soziale Bewegungen – Analyse und Dokumentation des IMSF“ heraus. Wir bitten unsere Leser um freundliche Beachtung.

D 3476 1

Postvertriebss  
Gebühr bezah  
NACHRICHTEN  
Verlags-GmbH  
Glauburgstr.  
Postf. 18 03 72  
6000 Frankfurt

0039 NN 1/  
FREIE UNIVERSITÄT B.  
VORM. OTTO-SUHR-INSTITUT  
IHNESTR. 21

1000 BERLIN 33

## Zu guter Letzt

### Definition eines Streikbrechers

Von Jack London

*Definition: Nachdem Gott die Klapperschlange, die Kröte und den Vampir geschaffen hatte, blieb ihm noch etwas abscheuliche Substanz übrig, und daraus machte er einen Streikbrecher. Ein Streikbrecher ist ein aufrecht gehender Zweibeiner mit einer Korkenzieherseele, einem Sumpfhirn und einer Rückgratkombination aus Kleister und Gallert. Wo andere das Herz haben, trägt er ein Geschwulst räumiger Prinzipien.*

*Wenn ein Streikbrecher die Straße entlang geht, wenden die Menschen ihm den Rücken, die Engel weinen im Himmel, und selbst der Teufel schließt die Höllenpforte, um ihn nicht hereinzulassen. Kein Mensch hat das Recht, Streikbrecher zu sein, so lange es einen Wassertümpel gibt, der tief genug ist, daß er sich darin ertränken kann, oder solange es einen Strick gibt, der lang genug ist, um sein Gerippe daran aufzuhängen. Im Vergleich zu einem Streikbrecher war Judas Ischariot ein Gentleman. Nachdem er seinen Herrn verraten hatte, besaß er genügend Charakter, sich zu erhängen. Den hat ein Streikbrecher nicht.*

*Esau verkaufte sein Erstgeburtsrecht für ein Linsengericht. Judas Ischariot verriet seinen Heiland für dreißig Silberlinge. Benedict Arnold verkaufte sein Land für das Versprechen, daß man ihm ein Offizierspatent in der britischen Armee geben würde. Der moderne Streikbrecher verkauft sein Geburtsrecht, sein Land, seine Frau, seine Kinder und seine Mitmenschen für ein unerfülltes Versprechen seines Unternehmers, seines Trusts oder seiner Gesellschaft.*

*Esau war ein Verräter an sich selbst, Judas Ischariot war ein Verräter an seinem Gott und Benedict Arnold ein Verräter an seinem Land. Ein Streikbrecher ist ein Verräter an seinem Gott, seinem Land, seiner Familie und seiner Klasse.*

(Aus „Gewerkschaftspresse“ Nr. 9/65)

## NACHRICHTEN

ZUR WIRTSCHAFTS-UND SOZIALPOLITIK

Gewerkschafts-Spiegel  
Informationen und Kommentare

Herausgeber: Arthur Böpple, Bremen; Heinz Lukrawka, Dinslaken; Willi Malkomes, Frankfurt; Heinz Seeger, Friedrichshafen.

Verlags- und Redaktionsanschrift:

Postfach 18 03 72, Glauburgstraße 66, 6000 Frankfurt/Main; Telefon 59 97 91; Konto-Nr. 1 615 6129 00 Bank für Gemeinwirtschaft, Frankfurt/M.; Postscheckk.: Frankfurt/M. 3050 40-606.

Die NACHRICHTEN erscheinen monatlich in der NACHRICHTEN-Verlags GmbH mit vierteljährlicher Beilage „Informationen zur Wirtschafts-entwicklung und Lage der Arbeiterklasse“ (März, Juni, September, Dezember – nur für Abonnenten).

Einzelpreis 3,- DM; Jahresabonnement 25,- DM zuzüglich 3,60 DM Zustellgebühren. Das Jahresabonnement verlängert sich jeweils um ein weiteres Jahr, falls es nicht bis zum 30. November des laufenden Jahres schriftlich gekündigt wird.

Redaktionskollegium:

Gisela Mayer, Glauburgstraße 66, 6000 Frankfurt/M. 1.

Dr. Werner Petschick (verantwortlich für den Inhalt), Glauburgstraße 66, 6000 Frankfurt/M. 1.

Dr. Heinz Schäfer, Sterngasse 52, 6103 Griesheim.

Gerd Siebert, Burgstraße 4, 2411 Borstorf/Mölln.

Namentlich gezeichnete Artikel entsprechen nicht unbedingt der Meinung der Redaktion.

Bei Nichterscheinen infolge höherer Gewalt besteht kein Ersatzanspruch. Nachdruck nur mit Quellenangabe, bei Interviews ist die Zustimmung des Gesprächspartners notwendig.

Druck: Plambeck & Co Druck und Verlag GmbH, 4040 Neuss.

NACHRICHTEN-Verlags-  
Gesellschaft mbH

Frankfurt am Main





## Terminkalender

- 23. bis 24. April  
Arbeiterseminar '77 der Redaktion der NACHRICHTEN und des NACHRICHTEN-Verlags in Frankfurt
- 12. bis 14. Mai  
11. ordentliche Bundesjugendkonferenz der IG Metall in Augsburg
- 19. bis 21. Mai  
Bundesjugendkonferenz der Deutschen Postgewerkschaft in Böblingen
- 2. bis 3. Juni  
9. Bundesfrauenkonferenz des Deutschen Gewerkschaftsbundes in Saarbrücken
- 3. bis 4. Juni  
Kulturpolitische Tagung des DGB in Recklinghausen
- 11. bis 14. September  
11. ordentlicher Gewerkschaftstag der Gewerkschaft Gartenbau, Land- und Forstwirtschaft in Malente/Schleswig-Holstein
- 18. bis 24. September  
12. ordentlicher Gewerkschaftstag der IG Metall in Düsseldorf
- 29. September bis 1. Oktober  
Bundestagung der Delegierten des 10. ordentlichen Gewerkschaftstages der IG Bau, Steine, Erden in Frankfurt
- 3. bis 8. Oktober  
10. ordentlicher Gewerkschaftstag der Gewerkschaft Holz und Kunststoff in Leverkusen
- 9. bis 15. Oktober  
12. Kongreß der Deutschen Postgewerkschaft in Mainz
- 19. bis 21. Oktober  
9. Bundes-Angestelltentag des DGB in Frankfurt
- 16. bis 22. Oktober  
11. ordentlicher Gewerkschaftstag der IG Druck und Papier in Augsburg
- 23. bis 31. Oktober  
10. ordentlicher Gewerkschaftstag des Internationalen Metallbundes in München
- 1. bis 4. November  
11. ordentlicher Gewerkschaftstag der Gewerkschaft Kunst, Druck und Wissenschaft in Mannheim

## Beilagenhinweis

Diese Ausgabe der NACHRICHTEN enthält einen Prospekt über die nachrichtenreihe 6 von Peter Katzer: „Zur Gewerkschaftsjugendbewegung, Probleme und Entwicklungen seit Ende der sechziger Jahre.“ Dieses Heft kommt unter dem Sammelbegriff „Soziale Bewegungen – Analyse und Dokumentation des IMSF“ und wird unseren Lesern umsonst beigegeben.

D 3476 1

Postvertriebs  
Gebühr bezaf  
NACHRICHTEN  
Verlags-GmbH  
Glauburgstr.  
Postf. 18 03 7  
6000 Frankfurt

0039 NN 1/  
FREIE UNIVERSITÄT B.  
VORM. OTTO-SUHR-INSTITUT  
IHNESTR. 21

1000 BERLIN 33

## Zu guter Letzt

Definition  
eines Streikbrechers

Von Jack London

Definition: Nachdem Gott die Klapperschlange, die Kröte und den Vampir geschaffen hatte, blieb ihm noch etwas abscheuliche Substanz übrig, und daraus machte er einen Streikbrecher. Ein Streikbrecher ist ein aufrecht gehender Zweibeiner mit einer Korkenzieherseele, einem Sumpfhirn und einer Rückgratkombination aus Kleister und Gallert. Wo andere das Herz haben, trägt er ein Geschwulst rüddiger Prinzipien.

Wenn ein Streikbrecher die Straße entlang geht, wenden die Menschen ihm den Rücken, die Engel weinen im Himmel, und selbst der Teufel schließt die Höllenpforte, um ihn nicht hereinzulassen. Kein Mensch hat das Recht, Streikbrecher zu sein, so lange es einen Wassertümpel gibt, der tief genug ist, daß er sich darin ertränken kann, oder solange es einen Strick gibt, der lang genug ist, um sein Gerippe daran aufzuhängen. Im Vergleich zu einem Streikbrecher war Judas Ischariot ein Gentleman. Nachdem er seinen Herrn verraten hatte, besaß er genügend Charakter, sich zu erhängen. Den hat ein Streikbrecher nicht.

Esau verkaufte sein Erstgeburtsrecht für ein Linsengericht. Judas Ischariot verriet seinen Heiland für dreißig Silberlinge. Benedict Arnold verkaufte sein Land für das Versprechen, daß man ihm ein Offizierspatent in der britischen Armee geben würde. Der moderne Streikbrecher verkauft sein Geburtsrecht, sein Land, seine Frau, seine Kinder und seine Mitmenschen für ein unerfülltes Versprechen seines Unternehmers, seines Trusts oder seiner Gesellschaft.

Esau war ein Verräter an sich selbst, Judas Ischariot war ein Verräter an seinem Gott und Benedict Arnold ein Verräter an seinem Land. Ein Streikbrecher ist ein Verräter an seinem Gott, seinem Land, seiner Familie und seiner Klasse.

(Aus „Gewerkschaftspresse“ Nr. 9/65)

NACHRICHTEN  
ZUR WIRTSCHAFTS- UND SOZIALPOLITIKGewerkschafts-Spiegel  
Informationen und Kommentare

Herausgeber: Arthur Böpple, Bremen; Heinz Lukrawka, Dinslaken; Willi Malkomes, Frankfurt; Heinz Seeger, Friedrichshafen.

Verlags- und Redaktionsanschrift:  
Postfach 18 03 72, Glauburgstraße 66, 6000 Frankfurt/Main; Telefon 59 97 91; Konto-Nr. 1 615 6129 00 Bank für Gemeinwirtschaft, Frankfurt/M.; Postcheckk.: Frankfurt/M. 3050 40-606.

Die NACHRICHTEN erscheinen monatlich in der NACHRICHTEN-Verlags GmbH mit vierteljährlicher Beilage „Informationen zur Wirtschafts- und Lage der Arbeiterklasse“ (März, Juni, September, Dezember – nur für Abonnenten).

Einzelpreis 3,— DM; Jahresabonnement 25,— DM zuzüglich 3,60 DM Zustellgebühren. Das Jahresabonnement verlängert sich jeweils um ein weiteres Jahr, falls es nicht bis zum 30. November des laufenden Jahres schriftlich gekündigt wird.

## Redaktionskollegium:

Gisela Mayer, Glauburgstraße 66, 6000 Frankfurt/M. 1.

Dr. Werner Petschick (verantwortlich für den Inhalt), Glauburgstraße 66, 6000 Frankfurt/M. 1.

Dr. Heinz Schäfer, Sternengasse 52, 6103 Griesheim.

Gerd Siebert, Burgstraße 4, 2411 Borstorf/Mölln.

Namentlich gezeichnete Artikel entsprechen nicht unbedingt der Meinung der Redaktion.

Bei Nichterscheinen infolge höherer Gewalt besteht kein Ersatzanspruch. Nachdruck nur mit Quellenangabe, bei Interviews ist die Zustimmung des Gesprächspartners notwendig.

Druck: Plambeck & Co Druck und Verlag GmbH, 4040 Neuss.

NACHRICHTEN-Verlags-  
Gesellschaft mbH  
Frankfurt am Main

NACHRICHTEN  
ZUR WIRTSCHAFTS- UND SOZIALPOLITIK

GEWERKSCHAFTS-SPIEGEL • INFORMATIONEN UND KOMMENTARE

Frankfurt/M., Mai 1977

Einzelpreis 3,— DM

XVII. Jahrgang

D 3476 EX

5/77

## Aus dem Inhalt:

- |  |    |
|--|----|
| 1. Mai: Gemeinsam erreichen wir mehr   | 2  |
| Solidarität mit Arbeitslosen heißt Senkung der Arbeitszeit<br>Interview mit Günter Döding,<br>2. Vorsitzender der Gewerkschaft NGG | 4  |
| 7 Prozent mehr Lohn und Gehalt in der chemischen Industrie   | 6  |
| Lohnrunde in der Bauindustrie: Angst vor der eigenen Courage?  | 7  |
| Daten zur Wirtschaftsentwicklung   | 9  |
| Können in Rüstungsbetrieben Arbeitsplätze erhalten werden?   | 10 |

## Auszüge aus Maireden

Aktionspapier zur Bekämpfung der Jugendarbeitslosigkeit

Skala der durchschnittlichen effektiven Bruttomonatsverdienste der Angestellten

Arbeiterseminar '77  
Thesen zum Referat  
„Sozialpolitik in der Krise“

Beirat der IG Metall zu Rüstungsexporten 13–24

Sozialistische Internationale umarmt die Gewerkschaften 26

Rationalisierungsinvestitionen rauben Arbeitsplätze 29

Juso-Kongreß diskutiert Verhältnis zur Einheitsgewerkschaft 30

Auch in den Gewerkschaften: CIA spielt überall mit 33

DGB-Delegation erstmals auf Kongreß in Moskau 34

Bei den Kundgebungen zum 1. Mai – wir berichten an anderer Stelle ausführlich über den internationalen Kampftag – haben mehrere Redner die Haltung der Gewerkschaften zur Kernenergie angesprochen und sich dabei auf die am 5. April vom DGB-Bundesvorstand verabschiedete Stellungnahme „Kernenergie und Umweltschutz“ berufen. Mit diesem Papier hat der DGB ein bedingtes Ja zur Kernenergie gegeben. Zu den Bedingungen nennt der DGB unter anderem die Entsorgungsforderung und den Arbeitsschutz der in Kernkraftwerken Beschäftigten sowie den notwendigen Umweltschutz. Gleichzeitig orientiert der DGB für die künftige Energieerzeugung auf die Ausweitung des Einsatzes von Steinkohle durch den sofortigen Bau zusätzlicher Kohlekraftwerke.

Die erwähnten Bedingungen für den Bau von Kernkraftwerken sind im Detail zu unterstützen. Nur hat die Haltung des DGB einen ganz entscheidenden Mangel. Mit keiner Silbe wird angesprochen, in wessen Eigentum sich die Kernkraftwerke befinden, wer über sie die Verfügungsgewalt ausübt. Kernkraftwerke in den Händen der großen nationalen und multinationalen Konzerne dienen nicht der Bevölkerung und der Energieversorgung für ein duales „Gemeinwohl“, sondern der Ausdehnung der ökonomischen und politischen Macht sowie den Profitinteressen des Großkapitals. Unter diesen Bedingungen ist keine Sicherheit der Bevölkerung erreichbar. Die Ökatastrophe in der Nordsee, unter technischen Gesichtspunkten völlig vermeidbar, sollte mahnen. Viele Gewerkschafter fragen sich, warum man bei der Ausarbeitung der Stellungnahme zur Kernenergie das gültige DGB-Grundsatz- und Aktionsprogramm wie auch die Prüfsteine zu den Bundestagswahlen einfach ignoriert habe. Im Zusammenhang mit Kernenergie gibt es im Grundsatzprogramm eine klare Aussage. Unter dem Abschnitt über Gemeineigentum heißt es wörtlich: „Die wachsende Bedeutung der Atomindustrie erfordert staatliches Eigentum an allen Kernbrennstoffen und eine strenge Kontrolle des Reaktorbaus im Hinblick auf eine Koordinierung der gesamten Energiepolitik sowie aus Gründen des Arbeits- und Bevölkerungsschutzes.“

Nicht einmal im Ansatz ist die Forderung, Kernkraftwerke in Gemeineigentum zu überführen bzw. nur in dieser Eigentumsform zu entwickeln, vom DGB-Bundesvorstand angesprochen worden. Auch die zentrale gewerkschaftliche Forderung nach Mitbestimmung oder gar nach Investitionslenkung und -kontrolle sucht man in der umfangreichen Stellungnahme vergeblich. Wenn hier nicht die Kontrolle wirtschaftlicher Macht verlangt und als wesentlichste Bedingung herausgestellt wird, dient die DGB-Position bei vielen richtigen Einzelforderungen nicht den Interessen der überwiegenden Mehrheit der Bevölkerung. So wie sie jetzt vorliegt, bedeutet sie nicht nur ein Abrücken von bewährten gewerkschaftlichen Positionen, sondern hilft letztlich das vorhandene kapitalistische Wirtschaftssystem zu perfektionieren. Dieser Aspekt sollte bei der bevorstehenden Diskussion über ein neues DGB-Grundsatz- und Aktionsprogramm beachtet und die Stellungnahme zur Kernenergie und Umweltschutz vom Kopf auf die Füße gestellt werden.

pet.